

Entwurf:

Regierungsprogramm 2009 – 2013 von CDU und CSU

Gliederung

A.	Zusammenhalt schafft Zukunft	3
1.	Unsere Erfolge in der Regierung	3
2.	Unser Weg aus der internationalen Krise	5
B.	Unsere Politik für Deutschland	9
I.	Unsere Soziale Marktwirtschaft – Wirtschaftliche Stärke und soziale Sicherheit	9
I.1	Verantwortungsbewusste Steuerpolitik für Leistungsgerechtigkeit	9
I.2	In Deutschlands Zukunft investieren	12
I.3	Energie – sicher, sauber und bezahlbar	16
I.4	Faire Regeln für internationale Finanzmärkte und Weltwirtschaft	19
I.5	Sozial ist, was Arbeit schafft	20
I.6	Verlässliche Versorgung im Alter sichern	22
I.7	Zukunftsfähige Politik für Gesundheit und Pflege	23
II.	Chancen eröffnen – Chancengesellschaft verwirklichen	26
II.1	Miteinander solidarisch handeln	26
II.2	Wahlfreiheit für Familien	29
II.3	Gerechte Chancen in der Bildungsrepublik	31
II.4	Vorfahrt für Integration	33
II.5	Kulturnation: Identität pflegen – Kreativität entfalten	35
II.6	Zur aktiven Bürgergesellschaft ermutigen	37

III. Deutschland lebenswert erhalten	39
III.1 Aus Verantwortung vor der Geschichte und unseren Werten handeln	40
III.2 Deutschlands Einheit vollenden	41
III.3 Ländliche Räume und Landwirtschaft stärken	42
III.4 Tourismus in Deutschland – vielfältig und attraktiv	46
III.5 Unsere Städte – weltoffen und lebenswert	46
III.6 Umwelt- und Klimaschutz – Für die Zukunft unserer Erde	48
III.7 Verbraucherschutz verwirklichen	51
IV. In Sicherheit und Freiheit leben	53
IV.1 Freiheit und Sicherheit für die Bürger	53
IV.2 Internationale Sicherheit festigen	57
IV.3 Konsequenz für Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit	60
IV.4 Starkes Europa – Sichere Zukunft	61

1 **A Zusammenhalt schafft Zukunft**

2
3 **1. Unsere Erfolge in der Regierung**

4
5 Die von CDU und CSU geführte Bundesregierung hat unser Land seit 2005 zum Besseren ver-
6 ändert.

- 7
8 - Wir haben gezeigt, dass wir die Finanzen sanieren können. Wir haben erstmals seit lan-
9 gem einen ausgeglichenen Gesamthaushalt der öffentlichen Hände erreicht.
- 10
11 - Wir haben gezeigt, dass wir die Zahl der Arbeitslosen reduzieren können. Wir haben mit
12 unserer Wachstumspolitik erreicht, dass die Zahl der Arbeitslosen im Herbst 2008 unter
13 drei Millionen gesunken ist und wir erstmals über 40 Millionen Erwerbstätige hatten.
- 14
15 - Wir haben gezeigt, dass wir Familien stärken können. Wir haben die Wahlfreiheit zwi-
16 schen Familie und Beruf durch das Elterngeld, mehr Betreuungsplätze, verbesserte Ab-
17 setzbarkeit von Kinderbetreuungskosten, die Erhöhung des Kindergeldes und des Kin-
18 derfreibetrages verbessert.
- 19
20 - Wir haben gezeigt, dass wir Bildung und Forschung voranbringen können. Wir haben be-
21 schlossen, den Hochschulpakt, die Exzellenzinitiative und den Pakt für Forschung und
22 Innovation bis 2019 fortzusetzen.
- 23
24 - Wir haben gezeigt, dass wir deutsche Interessen in Europa und der Welt durchsetzen
25 können. Wir haben Vertrauen in der Welt zurückgewonnen und damit dafür gesorgt, dass
26 Europa, die NATO und die Vereinten Nationen wieder an einem Strang ziehen.

27
28 Alles in allem steht unser Land heute – 2009 – besser für die Zukunft gerüstet da als 2005. Dar-
29 auf bauen wir auf.

30
31 Die Zeiten fordern uns. Immer wenn unser Land vor wichtigen Weichenstellungen stand, konn-
32 ten sich die Menschen sicher sein: Mit CDU und CSU ist das Land auf gutem Kurs. Wir haben
33 gegen große Widerstände die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland verankert und damit
34 Wohlstand und soziale Sicherheit ermöglicht. CDU und CSU haben gegen große Widerstände
35 die Bundesrepublik Deutschland eng in den Kreis der freien Völker eingebunden und unser Land
36 mit NATO und Europäischer Union eine Sicherheit gegeben, wie wir sie nie zuvor in unserer
37 Geschichte hatten. Wir haben gegen große Widerstände an der deutschen Einheit festgehalten
38 und – als sie möglich wurde – beherzt wahr gemacht, sodass heute alle Deutschen in Frieden und
39 Freiheit leben können.

40
41 60 Jahre Bundesrepublik Deutschland und 20 Jahre vereintes Deutschland zeigen, was unser
42 Land kann. Sie zeigen auch: Wir haben schon ganz andere Herausforderungen bewältigt.

43
44 Heute muss unser Land wie alle anderen Länder eine globale Finanzkrise bewältigen, wie wir sie
45 seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland noch nicht erlebt haben. Die dafür notwendigen
46 Weichenstellungen verlangen wieder nach einer politischen Kraft, die gestalten will und gestal-
47 ten kann. Das ist die Union.

48
49 Das Jahr 2009 darf nicht nur das Jahr einer außergewöhnlichen weltweiten Krise sein, sondern es
50 muss auch das Jahr sein, in dem die Grundlage für einen neuen Aufschwung gelegt wird. Damit

51 unser Land 2013 noch besser dasteht als 2009, nach innen wie nach außen, zum Wohle der Men-
52 schen.

53
54 Um das zu erreichen, wollen wir, die Christlich Demokratische Union Deutschlands und die
55 Christlich-Soziale Union, in der nächsten Legislaturperiode eine Regierung mit der Freien De-
56 mokratischen Partei bilden. So können wir die notwendigen Entscheidungen für die Zukunft un-
57 seres Landes treffen.

58

59 **Für die Menschen. Für Soziale Marktwirtschaft. Für eine sichere Zukunft.**

60

61 Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hat eine Fülle von Ursachen. Trotz ihrer ganzen
62 Komplexität lassen sie sich auf einen zentralen Kern zurückführen: auf das Fehlen eines soliden
63 Ordnungsrahmens und auf individuelle Verantwortungslosigkeit.

64

65 Kreditvergabe, Geldpolitik, Risikovorsorge, Finanzprodukte – wenn all dies ohne den erforderli-
66 chen Ordnungsrahmen und das notwendige Verantwortungsbewusstsein stattfindet, wenn Ver-
67 antwortungslosigkeit infolgedessen sogar noch mit schwindelerregenden Summen belohnt wird,
68 dann wird ein Kartenhaus errichtet, das irgendwann einstürzen muss. Inzwischen versteht jeder:
69 Wir brauchen international eine Wirtschaftsordnung, die von Verantwortungsbewusstsein getra-
70 gen wird und sich an den Prinzipien des „ehrbaren Kaufmanns“ orientiert. Diese ver-
71 antwortungsbewusste Wirtschaftsordnung ist die Soziale Marktwirtschaft.

72

73 Die Soziale Marktwirtschaft ist die Ordnung, die CDU und CSU in Deutschland durchgesetzt
74 haben. Sie ist die Ordnung, die unser Land stark gemacht hat. In der Sozialen Marktwirtschaft
75 sichert der Staat den Rahmen, in dem die Menschen frei handeln. Er stellt sicher, dass fairer
76 Wettbewerb Arbeitsplätze schafft, Leistung belohnt und Schwache schützt. Materielle Wohl-
77 stand allein ist nie genug – Erfüllung und Zufriedenheit bemessen sich auch danach, wie viel
78 Mitmenschlichkeit, wie viel Zuwendung, wie viel Zusammenhalt es in unserer Gesellschaft gibt.
79 Der Krise und ihren Ursachen setzen CDU und CSU die Wertvorstellungen entgegen, für die wir
80 immer eingetreten sind und eintreten werden: Wir handeln verantwortlich auch über den Tag
81 hinaus und denken an unsere Nachkommen. Wertschöpfung und Wertschätzung gehören zu-
82 sammen. Diese Prinzipien wollen wir jetzt international verankern, damit wir verhindern, dass
83 uns Verantwortungslosigkeit noch einmal in eine so schwierige wirtschaftliche Lage bringt.

84

85 Dabei lassen wir auch in der Krise unsere Ziele nicht gegeneinander ausspielen. Denn auch jetzt
86 müssen Wirtschaft und Umwelt zusammen gedacht werden. Es geht immer um die Menschen.
87 Wohlstand in einer zerstörten Umwelt ist kein Wohlstand. Wir verbinden die wichtigen Ziele
88 und richten unsere Politik daran aus. Wohlstand und Klimaschutz wie auch Frieden in Freiheit
89 sind immer die beiden Seiten einer Medaille.

90

91 Die Aufgabe unserer Zeit ist nicht einfach. Sie verlangt eine vertrauensvolle, beständige und
92 verlässliche Zusammenarbeit mit allen wichtigen Partnern auf der Welt. Sie verlangt das Ver-
93 trauen, das Bundeskanzlerin Angela Merkel heute in Europa und der Welt genießt.

94

95 Nur das entschlossene Handeln der von ihr geführten Bundesregierung hat im Herbst 2008 das
96 Schlimmste verhindert. Innerhalb von Tagen haben Bund und Länder angesichts der akuten in-
97 ternationalen Finanzmarktkrise Entscheidungen getroffen, von denen wir heute sagen können:
98 Sie haben Deutschland vor großem Schaden bewahrt. Für CDU und CSU ist klar: Im Augenblick
99 der Not muss der Staat einspringen – aber nur dann. Denn es wäre ein großer Fehler, wenn wir
100 die Rolle des Staates falsch verstünden und ihm nun auf Dauer immer neue Aufgaben übertragen
101 wollten. Genau das wollen CDU und CSU nicht. Der Staat ist kein guter Unternehmer. Staats-

102 wirtschaften schaffen keinen Wohlstand, sondern sie nehmen den Menschen die Freiheit. Darum
103 lehnen wir es ab, dass der Staat Unternehmer wird. Aber wir treten dafür ein, dass er Hüter der
104 Ordnung ist. Er muss helfen, dass die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft neu geweckt werden.
105

106 Die Welt muss zeigen, dass sie ihre Lektion gelernt hat. Nach der Krise darf es nicht so weiter-
107 gehen wie vor der Krise. Die erfolgreichen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft müssen
108 weltweit verankert werden. Dafür sind die beim G20-Gipfel in London getroffenen Verabredun-
109 gen für eine neue internationale Finanzverfassung erste Bausteine.
110

111

112 **2. Unser Weg aus der internationalen Krise**

113

114 **I. Wir konzentrieren uns in den kommenden vier Jahren auf folgende zehn Punkte:**

115

116 1. Wir brauchen nachhaltiges Wachstum, um die Folgen der Krise zu überwinden. Um die-
117 ses zu erreichen, müssen wir den Haushalt konsolidieren, Investitionen fördern sowie
118 Bürgerinnen und Bürger entlasten.
119

120

121 • Wir wollen die Neuverschuldung senken, indem wir die zur Krisenbekämpfung
122 notwendigen neuen Ausgaben so schnell wie möglich wieder abtragen. Wir halten
123 am Ziel eines ausgeglichenen Haushalts fest. Dafür haben wir die Schuldenbremse
124 im Grundgesetz auch gegen Widerstände verankert. Sie ist ein Gebot der Generati-
125 onengerechtigkeit und der Vernunft. Der Staat muss sich die Luft verschaffen, um
126 zu gestalten. Je größer die Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung desto grö-
127 ßer die entsprechenden Gestaltungsspielräume.

128

129 • Wer gestärkt aus der Krise hervorgehen will, muss die richtigen Schwerpunkte set-
130 zen. Unser Leitgedanke ist: in Deutschlands Stärken investieren. Wir brauchen In-
131 vestitionen in Innovationen und in Bildung. Wenn wir unseren Wohlstand erhalten
132 wollen, sind wir auch in den kommenden Jahrzehnten auf den Ideen- und Erfinder-
133 reichum unseres Landes angewiesen. Made in Germany steht für Wertarbeit und
134 Spitzentechnologie. Dieses Markenzeichen werden wir erhalten.

135

136 • Die Krise wird zuallererst von den Menschen bewältigt, die durch ihren Fleiß, ihre
137 Arbeit und ihren Einsatz unser Land voranbringen. CDU und CSU wollen sie mo-
138 tivieren und sie deshalb entlasten. Wir schaffen Freiräume für die Bürgerinnen und
139 Bürger und lassen ihnen ihre eigenen Gestaltungsmöglichkeiten. Wir setzen Lei-
140 stungsanreize, denn Leistung muss sich lohnen. Daraus erwächst die Kraft, den
141 Wohlstand und die Solidarität in unserem Land zu sichern.

142

143 2. Wir halten an unserem Ziel „Arbeit für Alle“ fest. Um dies zu erreichen, müssen wir mehr
144 denn je eine Bildungs- und Qualifizierungsoffensive starten. Die deutsche Industrie, der
145 Mittelstand, das Handwerk und die Freien Berufe, Arbeitnehmer wie Arbeitgeber, Besit-
146 zer von Arbeitsplätzen und Arbeitslose – alle in unserer Gesellschaft müssen ihren Beitrag
147 leisten, damit Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden.

148

149 3. Wir wollen Deutschland als Bildungsrepublik stärken. Bildung darf keine Frage des Ein-
150 kommens der Eltern sein. Wir wollen unser Bildungsangebot weiter ausbauen. Damit un-
151 terstützen wir auch die Familien. Auch dies ist ein wichtiger Beitrag, Deutschland famili-
152 enfreundlicher zu machen.

- 153 4. Wir werden Ehe und Familie stärken. Die Familien sind der Kern unserer Gesellschaft. Es
154 ist unsere Politik, Familien Wahlmöglichkeiten zu schaffen und in unserer Gesellschaft
155 insgesamt ein Klima zu fördern, das auf Respekt für unterschiedliche Lebensmodelle fußt.
156 Dazu werden wir unsere Anstrengungen im Bereich des Ausbaus von Kinderbetreuungs-
157 plätzen für unter Dreijährige fortsetzen und ein Betreuungsgeld einführen. Was für die Be-
158 treuung der Kinder gilt, muss zunehmend auch für die Pflege von Eltern und Großeltern
159 gelten. Deshalb werden wir Deutschland in diesem wichtigen Feld modernisieren.
160
- 161 5. Deutschland braucht starke ländliche Räume. CDU und CSU stehen für eine Politik, die
162 die Leistungen der Menschen in ländlichen Räumen anerkennt und ihre Chancen für die
163 Zukunft sichert. Deshalb werden wir weiter in alle Regionen investieren. Faire Rahmen-
164 bedingungen für die Landwirte sorgen für Versorgungssicherheit und faire Preise. Eine
165 gesunde und starke Landwirtschaft sichert die Ernährung, erhält unsere Kulturlandschaft,
166 produziert nachwachsende Rohstoffe und trägt zur Energiesicherheit bei.
167
- 168 6. Wir setzen uns weiter für den verantwortungsbewussten Umgang mit knappen Ressourcen
169 und für die Bekämpfung des Klimawandels ein. Dabei fangen wir im eigenen Land an:
170 Dafür müssen neue Energiequellen erschlossen werden. Unsere Energiestrategie setzt auf
171 Energiesicherheit, ökologische Verträglichkeit und Unabhängigkeit. Wir wollen unsere
172 Anstrengungen in Forschung und Entwicklung noch einmal steigern.
173
- 174 7. Die Chancen- und Lohngleichheit von Frauen zu verwirklichen, ist Teil einer Gesellschaft
175 des Zusammenhalts. Wir stehen für eine ausgewogene Berücksichtigung von Frauen in
176 Führungsfunktionen.
177
- 178 8. Wir wollen ein gutes Zusammenleben von Einheimischen und Migranten ermöglichen.
179 CDU und CSU haben Integration zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe gemacht.
180 Deutschland ist Integrationsland. Fördern und Fordern stehen dabei im Mittelpunkt. Gute
181 Sprachkenntnisse und gute Bildung sind unverzichtbar. Wer sich in unsere Gesellschaft
182 eingliedern und Deutschland als seine Heimat annehmen will, wird seine Chance in unse-
183 rem Land bekommen und ist herzlich willkommen.
184
- 185 9. Wir werden die Sicherheit in unserem Land gegen innere und äußere Gefahren bewahren.
186 Jeder Mensch muss die Möglichkeit haben, sich jederzeit ohne Angst und Befürchtungen
187 auf Straßen und Plätzen bewegen zu können.
188
- 189 10. CDU und CSU wollen die Grundregeln der Sozialen Marktwirtschaft auch international
190 verankern. Deutschland hat gute Chancen, dass seine Soziale Marktwirtschaft weltweit
191 zum Modell wird. Deutschlands und Europas Selbstständigkeit und Einfluss sind in der
192 Krise gewachsen. Das wollen wir nutzen, damit sich alle Staaten für zukünftige Generati-
193 onen und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen einsetzen und friedlich miteinan-
194 der leben. Wir wollen ein starkes und bürgernahes Europa.
195

196 **II. Diese Politik verdeutlicht sich in Zukunftsprojekten, die wir besonders fördern wol-** 197 **len.** 198

199 Zukunftsprojekt: Wachstumspotenzial Umwelttechnologien

200 Die Umwelttechnik ist einer der Wachstumsmärkte des 21. Jahrhunderts. Die effiziente Nutzung
201 von Energie und Rohstoffen, erneuerbare Energien sowie eine nachhaltige Wasser- und Kreis-
202 laufwirtschaft vereinbaren Ökonomie mit Ökologie und bieten gewaltige Wachstumspotenziale.
203 Umwelttechnologien können schon bald in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung mit aktuell führen-

204 den Wirtschaftsbereichen wie der Automobilindustrie oder dem Maschinen- und Anlagebau
205 gleichziehen. Diese Entwicklung wollen wir durch marktwirtschaftlich orientierte Instrumente
206 und kluge Anreize weiter unterstützen und die notwendigen Rahmenbedingungen setzen. So
207 sichern wir Wohlstand in Deutschland, schaffen neue Exportpotenziale und leisten unseren Bei-
208 trag zum Klimaschutz weltweit.

209
210 Zukunftsprojekt: Modellregion für Elektroautos
211 Deutschland baut die besten Autos der Welt. Die Elektromobilität bietet zusammen mit anderen
212 zukunftsweisenden Antriebstechnologien große Potenziale zur Verringerung der Abhängigkeit
213 vom Öl und zur Reduktion von CO₂-Emissionen. Wir wollen in Zukunft auch die besten Elekt-
214 roautos herstellen. Wir werden eine Modellregion für Elektromobilität in Deutschland einrichten,
215 um weltweiter Vorreiter in dieser Zukunftsantriebstechnologie zu werden. In einer Region soll
216 der Einsatz von Elektrofahrzeugen aller Art mit den dazugehörigen flächendeckenden Elektro-
217 tankstellen als Großprojekt getestet werden. Diese Region könnte das erste Gebiet sein, in der
218 die Vision eines CO₂-freien Verkehrs realisiert wird. Wir werden die Voraussetzungen schaffen,
219 dass bis zum Jahr 2020 auf deutschen Straßen mindestens eine Millionen Elektrofahrzeuge im
220 Einsatz sind.

221
222 Zukunftsprojekt: Neue Werkstoffe fördern
223 Fahrzeug- und Maschinenbau, Chemische Industrie, Elektrotechnik/Elektronik, Informations-
224 und Kommunikationstechnik sowie die Energieversorgung profitieren in besonderem Maße von
225 Entwicklungen in der Materialforschung. Neue Werkstoffe sind wichtig für Produkte und Pro-
226 duktionsverfahren, mit denen sich neue Märkte erschließen und Produktionsschritte effizienter
227 durchführen lassen. Enorme Kosteneinsparungen werden durch neue Werkstoffe möglich. Wir
228 wollen, dass Innovationen im Werkstoffsektor möglichst rasch in wettbewerbsfähige Produkte
229 und Verfahren umgesetzt werden. Deswegen werden wir die wissenschaftliche Zusammenarbeit
230 und das Rahmenprogramm zur Förderung neuer Werkstoffe intensivieren.

231
232 Zukunftsprojekt: Dienst am Menschen
233 Die demografische Entwicklung und der Wandel im Zusammenleben der Menschen in unserem
234 Land stellen uns vor Herausforderungen, bieten aber auch neue berufliche Chancen. Wir wollen
235 einen Dienst am Menschen, der jeden nach seinen Bedürfnissen ernst nimmt, fördert und Chan-
236 cen bietet. Als Christdemokraten und Christsoziale wissen wir: Für die persönliche Ansprache
237 und Zuwendung wird Zeit benötigt. Es ist ein Dienst an den Älteren, die Pflege benötigen, an
238 den Kranken, denen geholfen werden muss sowie an den Jüngsten, die alle Entwicklungsmög-
239 lichkeiten bekommen müssen. Wir wollen mehr Chancen und Arbeitsplätze in diesem wichtigen
240 Feld ermöglichen: für Lehrerinnen und Lehrer, für Erzieherinnen und Erzieher, für Pflegerinnen
241 und Pfleger, für Krankenschwestern und Krankenpfleger sowie die Ärztinnen und Ärzte. Bessere
242 Qualifikationsangebote für Menschen, die eine Betreuung eines Angehörigen zu Hause über-
243 nommen haben, sind uns besonders wichtig.

244
245 Zukunftsprojekt: Gesundheitsforschung
246 Der Erhalt der Gesundheit ist für uns von zentraler Bedeutung. Krankheiten wie Diabetes, Krebs
247 oder Demenz treten in erschreckend hoher Zahl bei uns in Deutschland und anderen Ländern auf.
248 Wir werden durch die gezielte Schwerpunktförderung die Forschungsanstrengungen auf diesen
249 Gebieten verstärken und die Arbeiten der verschiedenen Forschungseinrichtungen durch die
250 Schaffung eines Forschungsnetzwerkes koordinieren. Damit bauen wir die Spitzenstellung
251 Deutschlands auf dem Gebiet der Medizinforschung aus. Wir wollen dazu beitragen, dass den
252 Menschen so schnell wie möglich Medikamente und Therapien zur Verfügung gestellt werden,
253 um die Volkskrankheiten zu heilen.

254

255 Zukunftsprojekt: Ehrenamt

256 Viele Menschen sind ehrenamtlich engagiert. Das wollen wir stärker fördern. In Zukunft wer-
257 den in Deutschland mehr denn je Frauen und Männer gebraucht, die sich ehrenamtlich für das
258 Gemeinwohl einsetzen. Dafür benötigen wir eine neue gesellschaftliche Initiative. Sie führt
259 diejenigen, die helfen und diejenigen, die Hilfe brauchen, zusammen. Wir werden zukunftswei-
260 send weitere Anreize schaffen, damit die vielen heute schon ehrenamtlich Tätigen auch morgen
261 aktiv bleiben und wir neue für diese Aufgabe hinzugewinnen. Wir werden die Ehrenamtskultur
262 in unserem Land stärken und hierzu ehrenamtliches Engagement gezielt von Bürokratie befrei-
263 en. Für die öffentliche Würdigung setzen wir uns ebenso ein, wie für die Anerkennung von eh-
264 renamtlicher Arbeit und geleisteten Freiwilligenjahren in den Berufsbiografien. Zudem werden
265 wir Ehrenamtsbörsen einrichten, Freiwilligenagenturen fördern und die Ehrenamtscard weiter-
266 entwickeln.

267

268 **CDU und CSU stehen für die Zukunft Deutschlands.**

269

270 Die Soziale Marktwirtschaft hat unserem Land Glück gebracht, weil sie auf Ver-
271 antwortungsbewusstsein beruht. Sie ist gut für die Menschen. CDU und CSU arbeiten daran, die
272 Soziale Marktwirtschaft auch international zu verankern, damit diese internationale Wirtschafts-
273 krisen überwunden wird und sich nicht wiederholt. Das ist das Beste für unsere Zukunft.

274

275 CDU und CSU stehen für die Zukunft Deutschlands. Wir bewahren das Bewährte und sind dort
276 zur Veränderung bereit, wo es notwendig ist. Als Volksparteien richten CDU und CSU sich an
277 alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Unsere Motivation ist die Liebe zu unserer Hei-
278 mat. Wir wollen dem Vaterland dienen. Unser Anspruch ist es, Deutschland in eine sichere und
279 gute Zukunft zu führen.

280

281

282 **Für die Menschen. Für Soziale Marktwirtschaft. Für eine sichere Zukunft.**

283 **Dafür stehen die CDU und CSU.**

284 **B. Unsere Politik für Deutschland**

285

286 **I. Unsere Soziale Marktwirtschaft – wirtschaftliche Stärke und soziale Sicherheit**

287

288 Die Soziale Marktwirtschaft ist das Erfolgsmodell, dass es uns auch in Zukunft ermöglicht, in
289 Wohlstand zu leben. Sie verbindet Chancen für den Einzelnen mit dem sozialen Ausgleich in
290 unserer Gesellschaft. Seit Ludwig Erhard gilt der Grundsatz „Wohlstand für alle“. Für uns be-
291 deutet das heute vor allem: Arbeit für alle, Leistungsgerechtigkeit und Generationengerechtig-
292 keit. Wir halten Arbeit für alle für möglich und arbeiten für die Erreichung dieses Ziels. Die
293 Leistungsgerechtigkeit erfordert, dass sich Leistung lohnt und die Entlastung der Bürger Vorrang
294 vor neuen staatlichen Aktionsfeldern hat. Mit dem Bürgerentlastungsgesetz und der zweiten Stu-
295 fe der Steuerreform zur Abmilderung der „kalten Progression“ werden die Bürger zum Jahresbe-
296 ginn 2010 um rund 13 Mrd. Euro entlastet. Generationengerechtigkeit erfordert, die Schulden des
297 Staates zu begrenzen und mit Investitionen in Innovationen und Infrastruktur die Grundlagen für
298 das Leben zukünftiger Generationen zu schaffen. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer.
299 Wir sehen ihn in der Pflicht, mit marktkonformen Mitteln Hilfestellungen zu bieten und Anreize
300 zu setzen, damit Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden können.

301

302 **I.1 Verantwortungsbewusste Steuerpolitik für Leistungsgerechtigkeit**

303

304 Die Menschen, die arbeiten, Steuern zahlen und sich an die Regeln halten, erarbeiten und schul-
305 tern die staatlichen Investitionen und Aufgaben. Nur mit diesen Leistungsträgern werden wir die
306 Herausforderungen der Zukunft bewältigen. Diese Bürgerinnen und Bürger und ihre Familien
307 wollen wir entlasten. Unsere Steuerpolitik ist leistungsgerecht, familiengerecht, generationenge-
308 recht und krisenfest. Unser Ziel ist es, dass die Menschen mehr Netto vom Brutto erhalten. Sie
309 haben einen Anspruch auf ein Steuerrecht nach den Prinzipien „einfach, niedrig, gerecht“. Steu-
310 ererhöhungen lehnen CDU und CSU ab. Eine höhere staatliche Belastung der Energiepreise wird
311 es mit CDU und CSU nicht geben.

312

313 Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist stark. CDU und CSU sind optimistisch, dass die Men-
314 schen in unserem Land – wenn wir unsere Wachstumspolitik fortsetzen – in den nächsten Jahren
315 wieder nachhaltiges Wirtschaftswachstum schaffen werden. Wir können auch in Zukunft Wachs-
316 tum in Deutschland erreichen. Die Haushaltskonsolidierung bleibt unser Ziel. Sie schafft Spiel-
317 räume, um mit attraktiven steuerlichen Rahmenbedingungen die Grundlage für mehr Wachstum
318 und Beschäftigung zu legen. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist der Staat gefordert.
319 Er muss alles tun, um Brücken für den nächsten Aufschwung zu bauen. Die aus Wachstum fol-
320 genden Steuermehreinnahmen wollen wir in etwa gleichen Teilen für Haushaltskonsolidierung,
321 Zukunftsinvestitionen und Entlastung der Bürger verwenden. Eine richtige Steuerpolitik beför-
322 dert Wachstum. Deshalb werden wir vor allem folgende Entlastungsmaßnahmen umsetzen.

323

- 324 • CDU und CSU stehen für eine grundlegende Tarifreform, die eine schleichende Steuererhö-
325 hung allein aufgrund des Tarifverlaufs („Kalte Progression“) mildert. In zwei Schritten wol-
326 len wir die Bürgerinnen und Bürger spürbar entlasten:
 - 327
 - 328 ■ Abflachung des Mittelstandsbauches: Leistung und Einsatzbereitschaft müssen sich wie-
329 der mehr lohnen. Durch eine Korrektur des Tarifverlaufs (Abbau des „Mittelstandsbau-
330 ches“) sorgen wir dafür, dass Lohnerhöhungen auch wirklich bei denjenigen ankommen,
331 die sie erarbeitet haben.
 - 332
 - 333 ■ Senkung des Eingangssteuersatzes: Jeder Steuerzahler leistet einen wertvollen Beitrag für
334 unser Land, seine Menschen und ihre soziale Absicherung. Es ist für uns eine Selbstver-

335 ständlichkeit, dass Starke einen größeren Anteil daran zu tragen haben als Schwache.
336 Genauso finden wir es richtig, dass jeder seinen Beitrag leistet, so gut er kann. Vor allem
337 die Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen stoßen aber oftmals an die Grenze ihrer
338 finanziellen Leistungsfähigkeit. Deshalb wollen wir den Eingangssteuersatz in einem ers-
339 ten Schritt von 14 Prozent auf 13 Prozent und in einem zweiten Schritt auf 12 Prozent
340 senken.

341
342 ■ Verschiebung des Höchststeuersatzes: Die Höchststeuer betrifft heute nicht mehr nur
343 Spitzenverdiener, sondern bereits viele Facharbeiter, Handwerker und Kleinunternehmer.
344 Diese leistungsfeindliche Wirkung wollen wir ändern. Der Höchststeuersatz, der heute
345 schon ab einem Jahreseinkommen von 52.552 Euro greift, soll künftig ab 55.000 Euro
346 und später ab 60.000 Euro zum Zuge kommen. Der Steuersatz bleibt dabei unverändert.
347

348 ● Wir werden die Unternehmensteuerreform krisenfest weiterentwickeln. In einer weltweiten
349 Wirtschaftskrise darf der Staat den Unternehmen keine zusätzlichen Steuer-Steine in den
350 Weg legen, die ihre Chancen auf Wachstum und Konkurrenzfähigkeit im internationalen
351 Wettbewerb behindern. Wir werden daher die Besteuerung von Unternehmen auf krisenver-
352 schärfende Wirkungen überprüfen und die notwendigen Anpassungen vornehmen. Wachs-
353 tumsfeindliche Steuerpolitik wird es mit CDU und CSU nicht-geben.
354

355 ● Wir werden die steuerliche Förderung der privaten Altersvorsorge flexibler gestalten. Auf-
356 grund der demografischen Entwicklung ist private Vorsorge für alle unerlässlich. Deshalb
357 wollen wir die Förderung der privaten Altersvorsorge entbürokratisieren und vereinfachen.
358 Arbeitnehmer und Selbständige sollen so künftig besser vorsorgen können.
359

360 ● Wir wollen eine strukturelle Überprüfung der Vorschriften zur Mehrwertsteuerbelastung mit
361 dem Ziel, nicht mehr zeitgemäße und für die Bürger nicht nachvollziehbare Belastungswir-
362 kungen zu korrigieren und insbesondere die europäische Wettbewerbssituation bestimmter
363 Bereiche zu berücksichtigen.
364

365 ● Wir werden in der nächsten Legislaturperiode das Besteuerungsverfahren deutlich vereinfachen
366 und die Steuerverwaltung nachhaltig entlasten. Damit gehen wir den Weg weiter, den
367 wir mit der Errichtung des Normenkontrollrates und der Evaluierung eingeschlagen haben.
368 Von dem dadurch eingesparten Bürokratieaufwand profitieren Bürger und Unternehmen
369 gleichermaßen: Sie sparen Zeit, Geld und Nerven. Diese Entlastung ist auch in Zeiten der
370 Krise möglich.
371

372 In der nächsten Legislaturperiode wollen wir finanzielle Spielräume, die sich darüber hinaus
373 ergeben, für weitere Steuersenkungen nutzen. Die Rahmenbedingungen sollen verbessert wer-
374 den, um Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen sowie die Schaffung und Sicherung von Arbeits-
375 plätzen zu erleichtern. Familien wollen wir zusätzlich entlasten.
376

377 ● Wir werden die Bemühungen der Wirtschaft um neue Produkte und Technologien durch
378 eine steuerliche Förderung von klar abgrenzbaren Ausgaben für Forschung und Entwick-
379 lung flankieren. Forschung und Innovation sind die Grundlage für wirtschaftliche Entwick-
380 lung in Deutschland und für die Erhaltung zukunftsfähiger Arbeitsplätze. Deshalb muss ge-
381 gerade jetzt die Wirtschaft ihre Forschungs- und Innovationsaktivitäten ausbauen und sich für
382 den nächsten Aufschwung vorbereiten. Die Finanz- und Steuerpolitik muss Innovations-
383 motor sein. Die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung hilft kleinen und mit-
384 telgroßen Unternehmen besonders und muss in Kombination mit der bestehenden themen-

385 spezifischen Projektförderung erfolgen. Beides gemeinsam ergibt ein geschlossenes und
386 international wettbewerbsfähiges Innovationsfördersystem.

387

- 388 • Gerade angesichts der Bankenkrise sind junge und innovative Unternehmen verstärkt auf
389 das Engagement privater Investoren angewiesen. Wir werden deshalb die Rahmenbedin-
390 gungen für Investitionen in Chancenkaptal verbessern, angefangen von der steuerlichen
391 Förderung der Nutzbarmachung des Kapitals und der Erfahrung ehemaliger Führungskräfte
392 bis hin zur speziellen Unterstützung für junge Unternehmen und deren Kapitalgeber.

393

- 394 • Für CDU und CSU ist das Grundrecht, Eigentum zu bilden und zu vererben, seit jeher ein
395 elementarer Bestandteil unserer freiheitlichen Gesellschaft. Wir wollen den erzielten Kom-
396 promiss zur Erbschaftsteuer insbesondere mit Blick auf seine familiengerechte Ausgestal-
397 tung und im Lichte der Wirtschafts- und Finanzkrise überprüfen.

398

- 399 • CDU und CSU bekennen sich zur Ehe als partnerschaftliche Lebens- und Verantwortungsgemeinschaft und als Kern der Familie. Dieser Rolle muss das Steuerrecht weiterhin spürbar Rechnung tragen. Wir wollen daher das Ehegattensplitting voll erhalten. Im Sinne eines realen Familiensplittings wollen wir die steuerliche Berücksichtigung von Kindern auf 8.004 Euro, also auf den für Erwachsene geltenden Grundfreibetrag, anheben.

400

401 **Solide Finanzen**

402 Eine Politik der soliden Finanzen entspricht dem Prinzip der Generationengerechtigkeit, denn die
403 Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Die Staatsschulden haben eine Höhe erreicht,
404 bei der die Rückführung der Neuverschuldung und der Beginn der Tilgung zu der zentralen Frage der Generationengerechtigkeit geworden sind. Nicht nur das Wohl unserer Generation darf uns interessieren. Wir sind auch dem Wohl der Kinder von heute und dem Wohl noch nicht geborener Generationen verpflichtet. Wir werden die von uns im Bundestag durchgesetzte Schuldenbremse im Grundgesetz einhalten. Unser Anspruch ist, so bald wie möglich einen Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung vorzulegen.

405

- 406 • Wir werden Haushaltsdisziplin üben und die staatlich übernommenen Aufgaben auf ihre
407 Notwendigkeit hin überprüfen. Der Einsatz für eine stabile Währung und für solide Staatsfinanzen sind Markenzeichen unserer nachhaltigen Politik. Die Schieflage der öffentlichen Haushalte lässt sich dauerhaft nur durch eine Reformpolitik mit langem Atem korrigieren. Der Wohlstand unseres Landes ist gefährdet, wenn der Staat auf Dauer mehr ausgibt, als er einnimmt. Stoppen wir diese Entwicklung nicht, wird der Staat in Zukunft wichtige Aufgaben nicht mehr erfüllen können. Angesichts des demographischen Wandels wird diese Aufgabe immer dringlicher.

408

- 409 • Währungsstabilität und Haushaltssolidität sind die Grundlagen einer funktionsfähigen
410 Marktwirtschaft. Solide Staatsfinanzen erleichtern es der Notenbank, Preisstabilität mit niedrigen Zinsen zu garantieren. Preisstabilität ist die Voraussetzung für ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum und ein hohes Beschäftigungsniveau. Inflation dagegen enteignet schleichend die Bürgerinnen und Bürger und belastet vor allem die Bezieher von staatlichen Leistungen. Wir stehen zu dem von Helmut Kohl und Theo Waigel durchgesetzten europäischen Stabilitätspakt. Wir lehnen alle Versuche ab, die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank durch politische Einflussnahme in Frage zu stellen.

411

412

413

414

415

416

417

418

419

432 **I.2 In Deutschlands Zukunft investieren**

433
434 Ein starker und innovativer Mittelstand, Forschung, Innovation und Entwicklung sowie leistungsfähige Infrastrukturen sind entscheidende Zukunftsfaktoren für den Wohlstand der Menschen in Deutschland. In Zeiten, in denen zur Bewältigung der konjunkturellen Krise vorübergehend eine enorme öffentliche Verschuldung verkräftet werden muss, gilt: Investitionen in die Zukunft unseres Landes müssen Vorrang haben. Dadurch werden Ausgaben von heute Kapital von morgen.

440
441 **Mittelstand stärken**
442 Deutschlands Mittelstand ist unser wirtschaftliches Rückgrat im Hinblick auf Beschäftigung, Ausbildung, Investition und technischen Fortschritt. Der Mittelstand, Familienunternehmen, Handwerk und Freie Berufe stehen für nachhaltiges Denken und solides Wirtschaften. Deutschlands mittelständische Unternehmen zeichnen sich durch ihre Standorttreue aus: Sie agieren zwar weltweit, oftmals als Marktführer in hoch spezialisierten Fachbereichen, sind aber gleichzeitig fest in ihrer Heimat verwurzelt. Ihr Handeln vermittelt Zuversicht in den Standort Deutschland. Zugleich ist der Erfolg unseres Mittelstandes eng an die Voraussetzung eines funktionierenden Wettbewerbs und unternehmerischer Freiheit geknüpft.

- 450
- 451 • Für uns steht fest: Deutschlands Mittelstand darf in der Wirtschafts- und Finanzkrise nicht in eine Kreditklemme geraten. Wir bekennen uns zum deutschen Drei-Säulen-Bankmodell. Banken müssen sich ihrer Finanzierungsverantwortung gegenüber dem Mittelstand bewusst sein. Wir werden uns deshalb für geänderte Rating-Vorgaben für die Banken einsetzen. Wir wollen verhindern, dass durch eine restriktive Bewertungspraxis bei den Banken die Kreditversorgung für den Mittelstand mitten in der Krise zusammenbricht. Gerade in der aktuellen Konjunktursituation spielen auch staatliche Förderinstrumente eine wichtige Rolle. So setzen wir auch in Zukunft auf die ERP-Programme, die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur und die Kreditanstalt für Wiederaufbau bei der Unterstützung von Unternehmensinvestitionen in Deutschland.
 - 461
 - 462 • Wir wollen die Bürokratie weiter abbauen. Die Bürokratielasten sind seit 2006 um rund 7 Mrd. Euro gesunken. Normenkontrollrat und Standardkostenmessung haben sich bewährt. Nach wie vor trägt Deutschlands Wirtschaft jedoch jährliche Bürokratielasten in Höhe von rund 40 Mrd. Euro. Unser Ziel ist der Abbau aller nationalen Statistik- und Berichtspflichten netto um 25 Prozent bis 2012. Wir werden den Normenkontrollrat stärken und seine Kompetenzen ausweiten. Wir werden zudem daran arbeiten, alle Gesetzesvorhaben aus der Mitte von Bundestag und Bundesrat auf Bürokratiekosten zu überprüfen.
 - 469
 - 470 • Eine einfachere und bessere Gesetzgebung hilft besonders mittelständischen Unternehmen, Wachstumspotenziale zu nutzen. Wir werden die Möglichkeiten der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien in den Behörden und für den Kontakt mit den Bürgern noch intensiver nutzen und so für eine Vereinfachung bürokratischer Vorgänge sorgen. Wir werden EU-Richtlinien wettbewerbsneutral („1 zu 1“) umsetzen, damit Unternehmen am Standort Deutschland kein Wettbewerbsnachteil entsteht. Weitere Antidiskriminierungsvorgaben der EU lehnen wir ab. Wir fordern weniger Bürokratie in Europa und einen grundsätzlichen Bürokratiecheck für europäische Entscheidungen.
 - 478
 - 479 • Wir werden das Meisterprinzip im Handwerk stärken. Der „Meisterbrief“ sichert einen hohen Qualitätsstandard, eine beeindruckende Ausbildungsleistung. Er sorgt dafür, dass Existenzgründungen im Handwerk weitaus erfolgreicher sind als in anderen Wirtschaftsbereichen.
 - 480
 - 481

482 Um die Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen für den Mittelstand zu erleichtern, muss
483 der Rechtsrahmen weiter vereinfacht werden.

484

485 • Wir werden uns in Europa für ein verbessertes Patentsystem einsetzen. Denn ein rechtssiche-
486 res und für den Mittelstand kostengünstiges europäisches Patentsystem stärkt die Wettbe-
487 werbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Wir werden einen verbesserten Schutz geistigen
488 Eigentums verwirklichen.

489

490 • Wir werden die Forschungsförderung für den Mittelstand zur Intensivierung des Technolo-
491 gietransfers weiter steigern. Wichtig für den Innovationsstandort Deutschland ist es, diese
492 Förderprogramme so effizient wie möglich zu gestalten, damit kleine und mittlere Technolo-
493 gieunternehmen im globalen Wettbewerb noch erfolgreicher sind. Dafür müssen For-
494 schungsergebnisse schneller in Produkte und Dienstleistungen umgesetzt werden. Wir wer-
495 den deshalb die Zusammenarbeit von Forschungsinstituten und Hochschulen weiter fördern.
496 Gleichzeitig werden wir die wettbewerbsfähige Netzwerkbildung von Mittelstand und
497 Handwerk, Forschungseinrichtungen und verbundenen Institutionen vorantreiben. Insbeson-
498 dere Hochschulen und Wirtschaft müssen noch intensiver zusammenarbeiten. Unser Zu-
499 kunftsprojekt „Neue Werkstoffe“ wird beispielhaft die Zusammenarbeit und Netzwerkbil-
500 dung verdeutlichen.

501

502 **Forschung, Innovation und Entwicklung fördern**

503 Forschung und Innovation sind ein entscheidender Baustein unseres Programms für Wachstum
504 und zur Überwindung der Wirtschaftskrise. Deutschland hat als Innovationsstandort beste Vor-
505 aussetzungen: herausragende Forschungseinrichtungen, starke forschende Unternehmen und
506 hervorragend ausgebildete Fachkräfte. Jetzt geht es darum, die globalen Zukunftsherausforde-
507 rungen anzunehmen und damit auf qualitatives Wachstum zugunsten von Klimaschutz, Ressour-
508 censchonung und Krankheitsbekämpfung zu setzen. Wir brauchen einen Technologieschub für
509 mehr Nachhaltigkeit. Ein zweites Wirtschaftswunder scheint möglich, wenn jetzt die Weichen
510 für den nächsten Aufschwung richtig gestellt werden.

511

512 • Wir wollen, dass Staat und Wirtschaft gemeinsam mindestens drei Prozent des BIP in For-
513 schung und Entwicklung investieren. Forschung und Innovation sind die Grundlage für wirt-
514 schaftliche Entwicklung in Deutschland und für die Erhaltung zukunftsfähiger Arbeitsplätze.
515 Deshalb muss gerade jetzt die Wirtschaft ihre Forschungs- und Innovationsaktivitäten.

516

517 • Die kommenden zehn Jahre werden weltweit durch große Erkenntnisfortschritte und Innova-
518 tionswellen auf den Feldern Gesundheit und Ernährung, Energie und Klima, Mobilität, Si-
519 cherheit sowie Information und Kommunikation geprägt werden. Die erfolgreiche Hochtech-
520 nologie-Strategie werden wir fortführen und auf diese Themen ausrichten. Dazu gehört auch,
521 wo dies sinnvoll ist, die Bündelung der Forschungspotenziale unter einem Dach. Das Karls-
522 ruher Institut für Technologie (KIT), das Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen und
523 das Nationale Diabeteszentrum sind wichtige erste Schritte, denen weitere folgen müssen.

524

525 • Von entscheidender Bedeutung für den Innovationsstandort sind moderne Informations- und
526 Kommunikationswege. Wir werden die flächendeckende Versorgung der entsprechenden Inf-
527 rastruktur, insbesondere im Bereich der Breitbandversorgung massiv vorantreiben. Vorhan-
528 dene nationale Stärken wie in der Verkehrs-, Automobil- und Mobilitätsforschung, in der
529 Entwicklung und Anwendung neuer Werkstoffe und im Anlagen- und Maschinenbau wollen
530 wir ausbauen. Wir werden auch mit dem Zukunftsprojekt „Modellregion Elektroautos“ die
531 Voraussetzungen schaffen, dass bis zum Jahr 2020 auf den deutschen Straßen eine Million
532 Elektrofahrzeuge im Einsatz sind.

- 533 • Wir werden in Deutschland die Forschung und Entwicklung insbesondere in den Bereichen
534 Gesundheit, Altern, Medizintechnik, die im Zukunftsprojekt „Gesundheitsforschung“ zu-
535 sammengefasst sind, sowie Ernährung, Nachhaltigkeit und Umwelt und Anpassung an den
536 Klimawandel, die unser Zukunftsprojekt „Wachstumspotenzial Umwelttechnologien“ aus-
537 machen, stärken. Wir werden den europäischen Forschungsraum aktiv gestalten und die In-
538 ternationalisierung unserer Hochschulen weiter vorantreiben.
539
- 540 • Wir bekennen uns zur besonderen Bedeutung der Grundlagenforschung und zu wissenschaft-
541 lichen Autonomie. Wir werden den „Pakt für Forschung und Innovation“ verwirklichen, der
542 verlässliche staatliche Investitionen in Forschung garantiert. Wir werden die zweite Runde
543 der Exzellenzinitiative für die Hochschulen und den Hochschulpakt konsequent umsetzen.
544 Wir wollen die deutschen Forschungseinrichtungen stärken und die Arbeit von Deutscher
545 Forschungsgemeinschaft, Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft, Helmholtz-
546 Gemeinschaft und Leibniz-Gemeinschaft weiter zukunftsorientiert fördern. Die deutschen
547 Wissenschaftsorganisationen müssen sich in einer immer stärker werdenden internationalen
548 Konkurrenz bewähren. Der Wettbewerb um die besten Köpfe, die Nobelpreisträger von mor-
549 gen, wird weltweit ausgetragen. Die Wissenschaftsfreiheitsinitiative muss weiter vorange-
550 trieben werden.
551
- 552 • Wissenschaft braucht klare ethische Einbettung und Orientierung. Das gilt gerade für die
553 moderne Bio- und Gentechnologie. Die Auseinandersetzung über ethische Grenzen der For-
554 schung muss sachlich und in der Überzeugung, dass Deutschland im internationalen Wett-
555 bewerb forschungsfreundliche Rahmenbedingungen braucht, geführt werden. So werden ge-
556 sellschaftlich Vertrauen und Akzeptanz geschaffen. Deshalb brauchen wir Sicherheitsfor-
557 schung in umstrittenen Forschungsbereichen, insbesondere in der grünen Gentechnik.
558
- 559 • Wir setzen auf ein starkes Selbstbewusstsein der Geistes- und Sozialwissenschaften, die zur
560 Zukunftsfähigkeit unseres Landes mit eigener Kompetenz wichtige Beiträge leisten: Sie be-
561 schreiben und tradieren Identität, eröffnen den Zugang zu anderen Völkern und Kulturen und
562 erschließen Orientierungsangebote. Wir werden Deutschlands neu geschaffene Nationale
563 Akademie der Wissenschaft für die Politikberatung nutzen.
564
- 565 • Wir werden die „Hochtechnologie-Strategie“ weiterführen und sie gezielt auf Zukunftsmärk-
566 te ausrichten. Wir streben eine Kompetenzbündelung der Forschungsförderung in einem
567 starken Forschungs- und Wissenschaftsministerium an. Wir werden eine stärkere Vernetzung
568 von Grundlagenforschung und Anwendung fördern und dabei insbesondere klassische Inno-
569 vationsstärken Deutschlands.
570
- 571 • Wir werden den Hochschulpakt konsequent umsetzen und den wissenschaftlichen Nach-
572 wuchs gezielt fördern. So werden wir einem drohenden Fachkräftemangel entgegenwirken.
573 Ein Hochtechnologiestandort ist auf exzellente Köpfe, Wissenschaftlerinnen und Wissen-
574 schaftler sowie auf hervorragend ausgebildete Fachkräfte angewiesen.
575

Leistungsfähige Verkehrsnetze – Impulse für die Bauwirtschaft

576 CDU und CSU bekennen sich zur nachhaltigen Weiterentwicklung der Infrastruktur in Deutsch-
577 land. Orientierungsmaßstäbe sind dabei die berechtigten Erwartungen und Mobilitätsbedürfnisse
578 der Bürger, die Erfordernisse der Wirtschafts- und Logistikabläufe sowie Nachhaltigkeit. Wir
579 treten ein für eine Politik, die die hoch entwickelte Mobilitätskultur in Deutschland bewahrt und
580 den Standort Deutschland stärkt. Wir wollen dabei den Erfordernissen des Umwelt- und Klima-
581 schutzes gerecht werden. Mobilität muss zudem bezahlbar bleiben. Dies gilt für den Individual-
582 verkehr, für den Öffentlichen Personenverkehr und für den Wirtschaftsverkehr.
583

- 584
- 585 • Wir werden den Bundesverkehrswegeplan bedarfsgerecht weiterentwickeln und fertig ge-
- 586 plante Verkehrsprojekte zügig realisieren. Politik für eine moderne Infrastruktur braucht
- 587 Kontinuität und Verlässlichkeit in der Planung und Mittelzuweisung. Wir werden dafür sor-
- 588 gen, dass das hohe Niveau unserer Infrastruktur erhalten bleibt und keine Investitionslücken
- 589 entstehen. Der Verkehrshaushalt muss dauerhaft so ausgestattet sein, dass die Lkw-
- 590 Mauteinnahmen für die Verbesserung der Infrastruktur verwendet werden. Wir werden die
- 591 Verpflichtungen des Bundes bei den Bahn-Regionalisierungsmitteln und nach dem Gemein-
- 592 deverkehrsfinanzierungsgesetz verlässlich erfüllen.
- 593
- 594 • Leistungsfähige Infrastrukturen brauchen moderne Finanzierungsinstrumente. Wir werden
- 595 bei der Infrastrukturfinanzierung PPP-Projekte wie das Betreibermodell beim Ausbau von
- 596 Bundesautobahnen mittelstandsfreundlich weiter entwickeln. Wir brauchen eine starke Ver-
- 597 kehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG), um die Mittel effizienter und zweckge-
- 598 bunden zu bewirtschaften. Die Gesellschaft soll die im Rahmen der Bundesauftragsverwal-
- 599 tung tätigen Länder bei der Substanzerhaltung und Optimierung des Verkehrsnetzes unter-
- 600 stützen.
- 601
- 602 • Für uns gilt: Mobilität muss so umweltgerecht wie möglich gestaltet werden. Um umwelt-
- 603 freundliche Mobilität zu ermöglichen, werden wir verstärkte Anstrengungen zur Verlagerung
- 604 von der Straße auf Schiene und Wasserstraßen unternehmen. Der Straßenverkehr kann und
- 605 muss umweltfreundlicher gestaltet werden: Von der weiteren Reduzierung des Kraftstoff-
- 606 verbrauchs bis zu geräuscharmen Fahrbahnbelägen. Ein generelles Tempolimit auf Autobah-
- 607 nen lehnen wir ab.
- 608
- 609 • Verkehrssicherheit hat für uns Priorität. Jedes Unfallopfer ist eines zu viel. Wir setzen des-
- 610 halb auf modernste Sicherheitstechnik für alle Verkehrsträger - ohne Bevormundung der
- 611 Bürger. Im Dialog mit der Verkehrswirtschaft werden wir deshalb für die Optimierung der
- 612 Sicherheitssysteme werben.
- 613
- 614 • Der Wohlstand in Deutschland basiert auf der Einbindung in die internationalen Handels-
- 615 ströme. Wir wollen, dass der Logistikstandort Deutschland seine herausragende Stellung im
- 616 Herzen Europas noch weiter ausbaut. Deutschland darf nicht nur reines Transitland mitten in
- 617 Europa sein, sondern muss auch in Zukunft an der Wertschöpfung im Handel und in der Lo-
- 618 gistik teilhaben. Wir werden die Verkehrsträger durch gezielte Investitionen in Infrastruktur
- 619 und Umschlagstechnik marktorientiert verknüpfen und Schnittstellen optimieren. Dazu wer-
- 620 den wir Deutschlands Rolle als führender Standort für Telematik- und Verkehrsmanagement-
- 621 systeme stärken. Wir werden die Innovations- und Marktpotenziale im Zusammenhang mit
- 622 dem Satelliten-Navigationssystem Galileo konsequent nutzen.
- 623
- 624 • Wir werden den „Masterplan Güterverkehr und Logistik“ weiterentwickeln, um die Effizienz
- 625 des Güterverkehrssystems zu steigern und maximalen Nutzen für den Logistikstandort
- 626 Deutschland zu erreichen. Wir wollen dadurch auch die Einbindung in die transeuropäischen
- 627 Netze verbessern.
- 628
- 629 • Der Luftverkehr ist Mobilitätsfaktor und Jobmotor für Deutschland. Die „Initiative Luftver-
- 630 kehr“ hat sich als wichtiges Instrument im Zusammenspiel von Politik und Wirtschaft be-
- 631 währt und wird fortgesetzt. Gerade für eine weltweit wettbewerbsfähige Wirtschaft braucht
- 632 Deutschland ein Netz gut erreichbarer Flughäfen. Wir werden die Kapazitäten der Flughäfen
- 633 dem zukünftigen Wachstum anpassen.
- 634

- 635 • Wir wollen den Öffentlichen Personennahverkehr als Bestandteil der Daseinsvorsorge stär-
636 ken. Das Schienennetz muss für alle Anbieter diskriminierungsfrei zugänglich sein. Durch
637 Wettbewerb ergeben sich für Staat und Kunden enorme Optimierungs- und Einsparpotenzia-
638 le, die wir nützen wollen. Auch im ländlichen Raum muss ein öffentliches Verkehrsangebot
639 vorgehalten werden, weil viele Bürger gerade dort darauf angewiesen sind.
640
- 641 • CDU und CSU wollen die 1994 begonnene Bahnreform auf ihrem erfolgreich eingeschlage-
642 nen Weg weiterführen. Im Sinne einer Teilprivatisierung müssen Schienennetz und Bahnhöfe
643 in der Hand des Bundes bleiben. Politische Infrastrukturverantwortung muss wieder stärker
644 berücksichtigt werden. Wir brauchen eine kundenorientierte und leistungsfähige Bahn in
645 Deutschland. Wir werden die Schienenwege bedarfsgerecht und flächendeckend erhalten und
646 ausbauen. Den Wettbewerb auf der Schiene werden wir stärken und dazu die Kompetenzen
647 der Bundesnetzagentur erweitern.
648
- 649 • Wir werden die Leistungsfähigkeit des deutschen Wasserstraßennetzes und der Binnenschiff-
650 fahrt stärken. Flussbauvorhaben müssen umweltverträglich sein und den Hochwasserschutz
651 berücksichtigen. Wir wollen in der maritimen Verbundwirtschaft den Standort Deutschland
652 stärken und die Seeschifffahrt unter deutscher Flagge fördern. Wir wollen die Hinterlandan-
653 bindung der deutschen Seehäfen verbessern.
654
- 655 • Wir wollen Deutschlands Stellung in den europäischen Verkehrsnetzen stärken. Dazu müs-
656 sen die seit langem vereinbarten Strecken der „Transeuropäischen Netze“ mit Nachdruck
657 verwirklicht werden – wie etwa die Schienenverbindungen Paris-Stuttgart-Wien, Budapest -
658 Prag-Nürnberg/Dresden und Berlin-München-Brenner. Wir wollen das Konzept der Transeu-
659 ropäischen Netze um eine leistungsfähige Verbindung von der Ost- und Nordsee bis an die
660 Adria und das Schwarze Meer ergänzen.
661
- 662 • Wir stehen dafür, dass Wohnungsbau und Stadtentwicklung in Deutschland einen hohen
663 Stellenwert genießen. Der Wohnungsbau ist in Deutschland in einigen Regionen stark unter
664 das für einen ausgeglichenen Wohnungsmarkt notwendige Neubauniveau abgesunken, so
665 dass es zumindest in einigen Ballungsräumen wieder Angebotsengpässe gibt. Ein ausrei-
666 chender Neubau von Wohnungen ist auch in Zukunft dringend erforderlich. Das erleichtert
667 es, die konjunktur- und klimapolitischen Ziele zu erreichen. Auch die Wohneigentumsbil-
668 dung weist im internationalen Vergleich weiterhin einen deutlichen Rückstand auf. CDU und
669 CSU wollen, dass mehr Menschen sich den Wunsch nach den „eigenen vier Wänden“ erfül-
670 len können.
671

672 **I.3 Energie – sicher, sauber und bezahlbar**

673

674 Deutschland braucht eine nationale Energiestrategie. Deutsche Energiepolitik muss ihren Beitrag
675 zu einer sicheren, wirtschaftlichen und klimafreundlichen Energieversorgung leisten. Starke
676 Preisschwankungen zeigen, wie drängend die Probleme der Energieversorgung sind. Der welt-
677 weit wachsenden Nachfrage stehen begrenzte fossile Ressourcen gegenüber. Hinzu kommen die
678 vom Menschen verursachten Klimaveränderungen und die politische Instabilität wichtiger Erdöl
679 und Erdgas exportierender Länder. Wir müssen Abhängigkeiten verringern, Energie effizienter
680 nutzen und erneuerbaren Energien zum Durchbruch verhelfen. Die Herausforderungen des Kli-
681 mawandels und der Rohstoffverknappung bieten Zukunftschancen, gerade auch für die deutsche
682 Wirtschaft. Unser Ziel muss es sein, unsere weltweit führende Rolle in der gesamten Bandbreite
683 der Energie- und Klimaschutztechnologien weiter auszubauen.
684

- 685 • Wir setzen uns für einen breiten und klimafreundlichen Energiemix ein und wollen, dass
686 Deutschlands Energie-Importe auf möglichst viele Länder verteilt sind, um einseitige Ab-
687 hängigkeiten zu vermeiden. Wir setzen dabei auch auf fossile Energiequellen, die effizient
688 und klimaschonend genutzt werden können und müssen. Deutschland braucht voll funktions-
689 fähige Transportnetze für Strom und Gas. Das deutsche Stromverbundnetz muss zum Bau-
690 stein eines europaweiten Stromtransportnetzes ausgebaut werden. Wir werden nationale Eng-
691 pässe beseitigen und die nötigen grenzüberschreitenden Kuppelstellen schaffen. Wir wollen,
692 dass aus den derzeit vier Netzregelzonen ein einheitliches deutsches Netzregelsystem wird,
693 wobei eine staatliche Beteiligung nicht zielführend ist. Für die weitere Integration der erneu-
694 erbaren Energien in das Verbundnetz sind dringend Ausbaumaßnahmen im Höchstspan-
695 nungsübertragungsnetz notwendig.
696
- 697 • Wir wollen die Rahmenbedingungen für eine möglichst schnelle Modernisierung des kon-
698 ventionellen Kraftwerkparks verbessern. Die dezentrale Energieversorgung wollen wir stär-
699 ken, etwa durch Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung, um Stromproduktion und Strom-
700 verbrauch nahe zueinander zu bringen. Damit senken wir Leitungsverluste. Zudem kann die
701 Technologie zur Abscheidung und Speicherung von CO₂ (CCS) einen wichtigen Beitrag zur
702 klimafreundlichen Nutzung fossiler Energieträger leisten.
703
- 704 • Der Bau neuer konventioneller Kraftwerke, die Ertüchtigung und der Ausbau der Energienet-
705 ze und auch der Ausbau erneuerbarer Energien stoßen zunehmend auf Akzeptanzprobleme in
706 der Umgebung geeigneter Standorte. Die Aufklärungsarbeit über energiepolitische Zusam-
707 menhänge muss daher verstärkt werden.
708
- 709 • Wir werden durch die Erarbeitung und ständige Fortschreibung eines „Energie-Atlas
710 Deutschland“ regionale und lokale Potenziale erneuerbarer Energien aufzeigen. Ziel ist die
711 intelligente Vernetzung der Energieerzeugungsstellen und Verbraucher. Parallel dazu möch-
712 ten wir auch im Bereich fossiler Energieträger Rahmenbedingungen für eine verbrauchsnahe
713 und bedarfsgerechte Energieerzeugung setzen.
714
- 715 • Erneuerbare Energien bieten große Chancen im Hinblick auf umweltverträgliches und klima-
716 schonendes Wachstum, innovative Geschäftsfelder, neue Arbeitsplätze und Wertschöpfung
717 im ländlichen Raum. Wir haben uns ehrgeizige Ziele im Bereich des Ausbaus erneuerbarer
718 Energien (20 Prozent bis 2020) gesetzt. Wir wollen unseren Beitrag zu einer höheren Wirt-
719 schaftlichkeit und Grundlastfähigkeit leisten. Wir wollen den bisher überwiegend quantitati-
720 ven Ausbau der Erneuerbaren Energien weiterentwickeln. Wir streben einen qualitativen
721 Ausbau an, insbesondere durch eine zukunftsfähige Strominfrastruktur unter Einschluss „In-
722 telligenter Stromnetze“ und Speichertechnologien. Das bewährte Erneuerbare-Energien-
723 Gesetz werden wir weiterentwickeln und an dem Ziel einer wirtschaftlichen und bedarfsge-
724 rechten Energieversorgung ausrichten.
725
- 726 • Die Kernenergie ist ein vorerst unverzichtbarer Teil in einem ausgewogenen Energiemix.
727 Wir verstehen den Beitrag der Kernenergie zur Stromversorgung als Brückentechnologie,
728 weil heute klimafreundliche und kostengünstige Alternativen noch nicht in ausreichendem
729 Maße verfügbar sind. Daher streben wir eine Laufzeitverlängerung der sicheren deutschen
730 Anlagen an. Einen Neubau von Kernkraftwerken lehnen wir ab. Der größte Teil des zusätz-
731 lich generierten Gewinns aus der Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke soll nach einer
732 verbindlichen Vereinbarung mit den Energieversorgungsunternehmen zur Forschung im Be-
733 reich der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien sowie zur Senkung der Strompreise
734 genutzt werden. Eine verantwortungsvolle Nutzung der Kernenergie beinhaltet auch die si-
735 chere Endlagerung radioaktiver Abfälle. CDU und CSU fordern eine sofortige Aufhebung

736 des Moratoriums zur Erkundung des Standortes Gorleben, um so schnell wie möglich die
737 Zwischenlager an den Kraftwerken auflösen zu können.

- 738
- 739 • Die Steigerung der Energieeffizienz bietet viele ungenutzte Potenziale. Mit Hilfe moderner
740 Energie-Technologien muss es gelingen, die Entwicklung des wirtschaftlichen Wachstums
741 von dem Ressourcenverbrauch weiter abzukoppeln. Die Forschung an effizienten Technolo-
742 gien muss stärker gefördert werden. Wir wollen gemeinsam mit der Wirtschaft ein „Aktions-
743 bündnis Energieeffizienz“ anstoßen. Dazu gehören unter anderem allgemeine Informations-
744 und Aufklärungskampagnen, Beratungen über Stromsparmöglichkeiten und Möglichkeiten
745 zur Einführung individueller Stromtarife.
746
 - 747 • Wir wollen die erfolgreichen KfW-Programme zu energetischen Gebäudesanierung weiter-
748 führen und flexibler gestalten. Der Gebäudebereich bietet große Effizienzsteigerungspotenzi-
749 ale. Neben einer flexibleren Gestaltung der Förderinstrumente zur energetischen Gebäudes-
750 anierung müssen Anreize zur Modernisierung des Heizungsbestandes gesetzt werden.
751
 - 752 • Wir wollen die Energiekompetenz der Verbraucher stärken: durch eine verstärkte Umwelt-
753 bildung und mehr Beratungsangebote, durch eine klare Kennzeichnung des Energie-
754 verbrauchs und transparente Stromzähler. Wir wollen mit marktkonformen Mitteln die
755 Verbreitung energiesparender Geräte fördern. Wir sprechen uns für anspruchsvolle Höchst-
756 verbrauchsstandards, Anreize für die Anschaffung besonders energiesparender Geräte und
757 für Stromeffizienz als Kriterium der öffentlichen Beschaffung aus. Wir wollen eine „Effi-
758 zienzstrategie Mittelstand“, die auf eine verbesserte Aufklärung zielt sowie zinsverbilligte
759 Darlehen und Zuschüsse für Energieeffizienzmaßnahmen bereitstellt.
760
 - 761 • Wir treten für eine breit angelegte, technologieoffene Energieforschung ein. Wir wollen die
762 Weichen stellen, dass Deutschland Weltmarktführer bei klimaschonenden Energieträgern
763 und Klimaschutztechnologien in allen Bereichen wird. Hierzu gehören saubere Gas- und
764 Kohlekraftwerke, aber auch die Forschung im Bereich der Erneuerbaren, der Kerntechnik
765 und der Geothermie. Im Bereich der Kernforschung ist für uns die Förderung deutscher Si-
766 cherheitskompetenz als Beitrag zur Sicherheit kerntechnischer Anlagen weltweit von hoher
767 Bedeutung. Die Forschung an Speichertechnologien muss ein Schwerpunkt im Bereich der
768 Förderung regenerativer Energieformen sein.
769
 - 770 • Wir werden das Zukunftsprojekt Elektromobilität mit der dazu notwendigen Infrastruktur
771 beschleunigen – als Beitrag dazu, Energieeffizienz, Klimaschutz und Mobilität in Einklang
772 zu bringen. Forschung und Entwicklung in den Bereichen Batterie, Brennstoffzelle und
773 Leichtbau müssen stärker gefördert werden. Industrie, Wissenschaft und Politik müssen eine
774 Strategie für Zukunftstechnologien des Automobils entwerfen.
775
 - 776 • Die gegenwärtige Aufteilung der energiepolitischen Entscheidungskompetenzen auf unter-
777 schiedliche Politikfelder verhindert Energiepolitik aus einem Guss. Um eine größere Pla-
778 nungs- und Finanzierungssicherheit in der Energiepolitik zu erreichen, wollen wir die Kom-
779 petenzen innerhalb der Bundesregierung bündeln.
780
 - 781 • Energiepreise dürfen die Substanz des Wirtschaftsstandortes Deutschlands nicht gefährden
782 oder Energie zu einer sozialen Frage machen. Genauso wie wir daher eine weitere Verteue-
783 rung von Energie vermeiden wollen, müssen wir im Energiesektor die Voraussetzungen für
784 einen funktionierenden Wettbewerb setzen.
785

786 **I.4 Faire Regeln für internationale Finanzmärkte und Weltwirtschaft**
787

788 CDU und CSU setzen auf die Soziale Marktwirtschaft auch als Ordnungsmodell der internatio-
789 nalen Finanz- und Wirtschaftsordnung. Die weltweite Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat
790 deutlich gemacht, dass die internationalen Märkte eines weltweiten ordnungspolitischen Rah-
791 mens bedürfen, der mit den Innovationen auf den Finanzmärkten Schritt hält. Für uns ist klar:
792 Globale Probleme bedürfen global abgestimmter Lösungen. Hierzu müssen die Abstimmung
793 zwischen Staaten intensiviert, aber auch multilaterale Institutionen gestärkt werden. Die beim
794 G20-Gipfel in London im April 2009 getroffenen Verabredungen sind der erste Baustein für eine
795 neue internationale Finanzverfassung.
796

- 797 • Wir werden auf international einheitliche Standards der Regulierung und Überwachung drin-
798 gen. Deutschland wird an einer intensiven Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden konstruk-
799 tiv mitwirken. Wir werden die Bankenaufsicht in Deutschland unter einem Dach zusammen-
800 führen. In der Europäischen Union müssen die Aufsichtsbehörden im Rahmen der Europäi-
801 schen Zentralbank so zusammengeführt werden, dass für eine effiziente Aufsicht sowie ge-
802 meinsame Krisenprävention und Krisenbewältigung gesorgt ist.
803
- 804 • Wir streben eine Überarbeitung der internationalen Standards zur Rechnungslegung an. Wir
805 setzen uns dafür ein, aus europäischer Tradition ein Modell zu entwickeln, das sich vom bis-
806 herigen anglo-amerikanisch geprägten unterscheidet. Das vom ehrbaren Kaufmann zu beach-
807 tende Prinzip der Vorsicht und Vorsorge muss Bewertungsmaxime sein. Wir werden uns da-
808 für einsetzen, die Vorgaben des Baseler Ausschusses zur Bankenaufsicht zu stärken. Sie
809 müssen so geändert werden, dass nicht prozyklisch wirkende Regeln Krisen verschärfen –
810 und sie müssen dann auch tatsächlich international verbindlicher Standard werden.
811
- 812 • Wir streben eine wirksamere Bankenregulierung an. Für Kreditzusagen an eine nicht konsoli-
813 dierte Zweckgesellschaft müssen grundsätzlich die gleichen Eigenkapitalvorschriften gelten
814 wie für Aktiva vergleichbaren Risikos in der Bilanz. Institute, die verbriefte Finanzprodukte
815 vertreiben, müssen einen bestimmten Teil davon in den eigenen Bilanzen behalten, um eine
816 vernünftige Risikobewertung sicherzustellen.
817
- 818 • Wir dringen bei den Rating-Agenturen auf Trennung von Bewertung und Beratung. Europä-
819 isch wie international muss eine Aufsicht über Rating-Agenturen geschaffen werden, die
820 Standards für die Risikobewertung und die Vergabe von Bonitäts-Urteilen setzt und ihre
821 Einhaltung überwacht. Bundesbank und Europäische Zentralbank sollen regelmäßig und
822 nach transparenten Kriterien Bewertungen über die Arbeit der Rating-Agenturen veröffentli-
823 chen. Wir werden daran mitwirken, dass es in Zukunft eine europäische Rating-Agentur gibt.
824
- 825 • Wir werden für Finanzinvestoren mehr Transparenz durchsetzen. Ihre Geschäftslage und ihre
826 Verschuldungsposition müssen aus ihrer Rechnungslegung klar erkennbar sein. Hedge Fonds
827 sind einem international abgestimmten Verhaltenskodex zu unterwerfen.
828
- 829 • Wir setzen uns in den WTO-Verhandlungen für einen fairen Ausgleich mit den Entwick-
830 lungsländern ein. Wir wollen bessere Rahmenbedingungen für die Teilhabe der Entwick-
831 lungsländer am Welthandel. Dabei treten wir für wirksame Regeln zum Schutz des geistigen
832 Eigentums und für weltweit geltende angemessene Gesundheits-, Tierschutz- und Umwelt-
833 standards ein. Soziale Mindeststandards müssen eingehalten werden.
834
- 835 • Wir streben einen Abschluss der Doha-Runde an, um Handelsbarrieren abzubauen und
836 Märkte zu öffnen. Wir bekennen uns zum Grundsatz des freien Welthandels und lehnen Pro-

837 tektionismus ab. Wir werden Handels- und Wettbewerbsverzerrungen auf den internationalen
838 Märkten konsequent entgegentreten.

839

840 **I.5 Sozial ist, was Arbeit schafft**

841

842 Arbeit ist die zentrale Quelle von Einkommen sowie materiellem und immateriellem Wohlstand.
843 Arbeitsteilige Gesellschaften bieten die Chance für Wohlstand und ein gutes Leben. Das Thema
844 Arbeit ist mit Hoffnungen und Befürchtungen gleichermaßen verbunden. Es ist die Hoffnung des
845 Einzelnen, seinen Arbeitsplatz zu behalten, einen neuen zu finden oder Entwicklungs- und Auf-
846 stiegsmöglichkeiten für sich und seine Kollegen zu erkennen. Befürchtungen in einer Krisenzeit
847 bestehen hingegen vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, schwindenden Kontakten, Aufstiegs- und
848 Beschäftigungsperspektiven sowie sinkenden Einkommen. Jetzt kommt es darauf an, auch mit
849 kurzfristig wirkenden, pragmatischen Maßnahmen Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaf-
850 fen. Gleichzeitig geht es uns um mittel- und langfristig wirkende Politik, die dazu führt, dass sich
851 die Beschäftigungsperspektiven verbessern. CDU und CSU bekennen sich zur Tarifautonomie
852 zum fairen Ausgleich der Interessen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

853

854 • Wir wollen die Tarifautonomie als ein Garant für die Stabilität des Standortes Deutschland
855 stärken. Sie gehört unverzichtbar zum Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft. Der
856 wichtigste Ansatzpunkt ist dabei, dass die Lohnfindung nicht verstaatlicht wird, sondern
857 Aufgabe der Tarifpartner bleibt. Wer Vollzeit arbeitet, soll in der Regel von seinem Ein-
858 kommen leben können. Das werden wir beim Arbeitnehmerentendegesetz weiter gewähr-
859 leisten. Mit dem Mindestarbeitsbedingungsgesetz greifen wir dort ein, wo keine Tarifbin-
860 dung vorhanden ist. Zur Verhinderung von Lohndumping wollen wir das Verbot sittenwidri-
861 ger Löhne gesetzlich klarstellen.

862

863 • CDU und CSU gewährleisten Mindesteinkommen für Alle in Deutschland. Das für ein men-
864 schenwürdiges Leben notwendige Einkommen sichert nicht ein einheitlicher, gesetzlicher
865 Mindestlohn, sondern, wo dies erforderlich ist, eine Kombination aus fairen Löhnen und er-
866 gänzenden staatlichen Leistungen. Für uns gilt: Wenn man arbeitet, muss man mehr haben,
867 als wenn man nicht arbeitet. Ein Mindesteinkommen macht Arbeit gerade auch für die Ar-
868 beitsuchenden ohne Berufsabschluss oder mit geringer Qualifikation, aber auch für Ältere in
869 Unternehmen attraktiver. Mit dem Mindesteinkommen gelingt es, Arbeitsplätze zu sichern
870 und zu schaffen – mit dem Mindestlohn werden Arbeitsplätze zerstört. Die Mini-Jobs sollen
871 erhalten bleiben.

872

873 • Unser Ziel bleibt die Stabilisierung der Lohnzusatzkosten. Damit begegnen wir der Verlage-
874 rung von Arbeitsplätzen ins Ausland oder in die Schwarzarbeit. Gleichzeitig stärken wir die
875 finanziellen Möglichkeiten gerade von personalintensiven Unternehmen und von Arbeitneh-
876 mern.

877

878 • CDU und CSU bekennen sich zu Deutschland als Industrie- und Hochtechnologiestandort,
879 der die Herausforderungen des internationalen Wettbewerbs annimmt. Wir werden den dafür
880 notwendigen Technologiewandel, wie zum Beispiel im Bereich der Automobilindustrie, poli-
881 tisch mit Nachdruck unterstützen. Denn die Beschäftigungsperspektiven von vielen Millio-
882 nen Menschen sind damit eng verknüpft.

883

884 • Wir wollen mehr Sicherheit für Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz verlieren und wegen
885 der weltweiten Krise keinen neuen Arbeitsplatz finden können. Die Förderung der priva-
886 ten Altersvorsorge ist eine wichtige Maßnahme zur Verhinderung einer zukünftigen Al-
887 tersarmut von breiten Bevölkerungsschichten. Deswegen ist der Freibetrag beim Schon-

888 vermögen im SGB II pro Lebensjahr wesentlich zu erhöhen. Bedingung dabei ist, dass das
889 Altersvorsorgevermögen erst mit Eintritt in den Ruhestand verfügbar ist. Zusätzlich wol-
890 len wir die selbstgenutzte Immobilie umfassender schützen.

- 891
- 892 • Wir stehen für eine effektive und effiziente Arbeitsmarktpolitik, die Arbeitslose dabei unter-
893 stützt, rasch wieder eine Stelle zu finden. Wir begegnen den Sorgen vieler Menschen vor Ab-
894 stieg und Überforderung, indem wir marktgerechte Arbeitsplätze fördern statt Arbeitslosig-
895 keit zu finanzieren. Wir halten an dem Prinzip des „Förderns und Forderns“ fest. Nur Maß-
896 nahmen, die Arbeitslose wirksam in Beschäftigung mit Perspektive bringen, sollen fortbeste-
897 hen.
 - 898
 - 899 • Wir stehen zur Bundesagentur für Arbeit (BA). Die verbesserte Arbeitsvermittlung und die
900 weiteren Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik tragen zur sozialen Stabilität bei. Dennoch ist
901 der Weg der Verbesserung auch in der BA nicht abgeschlossen. Gerade in Zeiten, in denen
902 die Arbeitslosigkeit wieder steigt, muss die BA noch besser werden, um noch mehr Men-
903 schen den Weg zurück in das Erwerbsleben zu ermöglichen.
 - 904
 - 905 • Der demografische Wandel eröffnet neue Berufsperspektiven. Besonderes Augenmerk ist auf
906 Beschäftigungsperspektiven in personenbezogenen Dienstleistungen, wie etwa dem „Dienst
907 am Menschen“ zu legen. Wir widmen dem „Dienst am Menschen“ ein Zukunftsprojekt. Ge-
908 rade hier gilt für uns: „Qualifizierung geht vor Zuwanderung“. Wir werden die Attraktivität
909 der Berufsgruppe der Kranken- und Altenpfleger steigern und Umschulungsprogramme in
910 diese Berufsgruppe stärken. Wir wollen Weiterbildungsmaßnahmen für die Pflege von An-
911 gehörigen ausbauen und fördern.
 - 912
 - 913 • Wir streben eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung vor allem von Älteren und Frauen an und
914 ermutigen zu mehr Bildungs- und Weiterbildungsanstrengungen. Wir werden die Programme
915 zur Eingliederung Älterer in den Arbeitsmarkt konsequent fortführen.
 - 916
 - 917 • Wir wollen den Beruf der Erzieherinnen und Erzieher attraktiver gestalten und einen
918 Schwerpunkt auf Weiterbildung setzen. Der Ausbau der Betreuungs- und Bildungsangebote
919 für Kinder wird neue Berufschancen eröffnen.
 - 920
 - 921 • Wir wollen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Bespitzelungen an ihrem Arbeitsplatz wirk-
922 sam schützen. Soweit zusätzliche gesetzliche Regelungen notwendig sind, um den Schutz der
923 Privatsphäre der Mitarbeiter zu gewährleisten, werden wir diese durchsetzen.
 - 924
 - 925 • Schwerpunkt der Grundsicherung für Arbeitsuchende muss das Bemühen um Qualifizierung
926 und Vermittlung sein. Wir wollen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende die Anreize zur
927 Arbeit durch die Neuordnung der Hinzuverdienstregelungen sowie eine konsequente Miss-
928 brauchsbekämpfung verstärken. Die Grundsicherung für Arbeitsuchende soll grundsätzlich
929 mit einer Gegenleistung verbunden sein.
 - 930
 - 931 • Wir halten an dem Prinzip fest, dass die Betreuung von Menschen, die langzeitarbeitslos
932 sind, in enger Kooperation zwischen den Kommunen und der BA erfolgt. Die Leistungen
933 sollen dabei aus einer Hand erfolgen. Dazu werden wir Organisationsstrukturen schaffen, die
934 effizient und ideologiefrei die organisatorische Kompetenz der BA und die gerade bei der
935 Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit wichtigen örtlichen Kenntnis der Kommunen ver-
936 binden. Dazu zählt auch unser Bekenntnis zu Optionskommunen.
 - 937

- 938 • Arbeit hat gerade für Menschen mit Behinderung einen besonderen Stellenwert. Wir wollen
939 Menschen mit Behinderung mit fein gesteuerten Eingliederungszuschüssen unterstützen, auf
940 dem ersten Arbeitsmarkt eine Beschäftigung finden. Alternative Beschäftigungsmöglichkeiten
941 in Berufsbildungswerken und Berufsförderungswerken sind wichtige Eckpfeiler unserer
942 Sozialpolitik.
943
- 944 • Deutschlands leistungsfähige öffentliche Verwaltung ist ein wichtiger Standortvorteil. Der
945 Öffentliche Dienst ist dank seiner engagierten, am Gemeinwohl orientierten Mitarbeiterinnen
946 und Mitarbeiter ein starkes Stück Deutschland. Wir stehen zum Berufsbeamtentum und wol-
947 len Tarifverträge für den Öffentlichen Dienst und Beamtenrecht im Gleichklang weiterentwi-
948 ckeln.
949

950 **I.6 Verlässliche Versorgung im Alter sichern**

- 951
952 CDU und CSU haben seit 2005 erfolgreich eine Politik verfolgt, durch die der Generationenver-
953 trag auf eine solidere Basis gestellt und die gesetzliche Rentenversicherung finanziell konsoli-
954 diert wird. Eine zukunftsfeste Altersvorsorge ruht auf den drei Säulen gesetzliche Rente sowie
955 private und betriebliche Vorsorge. Die Altersvorsorge in Deutschland ist wieder verlässlich –
956 nicht zuletzt dank der maßvollen Anhebung des Renteneintrittsalters. Das ist die Voraussetzung
957 dafür, auch künftigen älteren Generationen den Lebensstandard sichern zu können. Die Ergän-
958 zung der gesetzlichen Rente durch private oder betriebliche Altersvorsorge und zusätzliche Ein-
959 kommen bieten auch bei geringen Renten in fast allen Fällen einen auskömmlichen Lebensun-
960 terhalt. Die Anbindung der Rente an die Lohnentwicklung wirkt der Altersarmut entgegen.
961
- 962 • Die gesetzliche Rentenversicherung ist das erfolgreichste Instrument zur Vermeidung von
963 Armut im Alter. Wir sind stolz darauf, dass nur wenige Menschen auf ergänzende Sozialleis-
964 tungen im Alter angewiesen sind. Deshalb halten wir auch in Zukunft am bewährten geglie-
965 derten System der Alterssicherung fest. Die Erweiterung der vom Zusammenwirken von Ar-
966 beitgebern und -nehmern geprägten gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstäti-
967 genversicherung löst die Herausforderungen einer veränderten Arbeitswelt und der demogra-
968 fischen Entwicklung langfristig nicht.
969
- 970 • Wir verschließen die Augen nicht davor, dass durch veränderte wirtschaftliche und demogra-
971 fische Strukturen in Zukunft die Gefahr einer ansteigenden Altersarmut besteht. Wir werden
972 diese Gefahr eindämmen und uns dafür stark machen, dass die Bürgerinnen und Bürger, die
973 ein Leben lang Vollzeit beschäftigt waren, eine Rente oberhalb des Existenzminimums erhal-
974 ten. Diese werden wir bedarfsabhängig ausgestalten und aus Steuermitteln finanzieren.
975
- 976 • Wir werden uns auch künftig für eine Rentenentwicklung einsetzen, die den Rentnerinnen
977 und Rentnern eine verlässliche und gerechte Beteiligung an der allgemeinen Einkommens-
978 entwicklung gewährleistet, ohne der jüngeren Generation Chancen auf Entfaltung und Wohl-
979 stand zu nehmen.
980
- 981 • Wir werden bei der Weiterentwicklung der Altersvorsorge sicherstellen, dass bestehende
982 Gerechtigkeitslücken in der Rente geschlossen werden. Wir wollen, dass die Kindererzie-
983 hung noch besser in der Rente berücksichtigt wird.
984
- 985 • Die geförderte Vorsorge haben wir attraktiver und unbürokratischer gestaltet. Eine Vielzahl
986 von Menschen nutzt deshalb diesen Weg, um private Vorsorge zu betreiben. Wir möchten,
987 dass künftig weitere Personengruppen die staatlich geförderte Altersvorsorge in Anspruch

988 nehmen können. Wir werden die unterschiedlichen steuerlichen Förderungen der privaten Al-
989 tervorsorge vereinfachen und von Bürokratie befreien.

990

991 **I.7 Zukunftsfähige Politik für Gesundheit und Pflege**

992

993 CDU und CSU wollen, dass auch in Zukunft jeder in Deutschland – unabhängig von Einkom-
994 men, Alter, sozialer Herkunft oder gesundheitlichem Risiko – eine qualitativ hochwertige,
995 wohnortnahe medizinische Versorgung erhält und alle am medizinischen Fortschritt teilhaben
996 können. Im Mittelpunkt der Gesundheitspolitik von CDU und CSU stehen die Patienten und
997 Versicherten. Gerade im Umgang mit Kranken, Älteren und Schwachen zeigt die Gesellschaft
998 ihr soziales Gesicht und ihr Wertefundament.

999

1000 **Leistungsfähiges und modernes Gesundheitssystem**

1001 Aufgrund des medizinischen und medizinisch-technischen Fortschritts und des demografischen
1002 Wandels müssen Struktur, Organisation und Finanzierung sowohl der gesetzlichen als auch der
1003 privaten Krankenversicherung ständig weiterentwickelt werden. Wir brauchen mehr Transparenz
1004 und Wettbewerb und weniger Bürokratie im Gesundheitswesen, damit die Qualität weiter steigt
1005 und die Mittel effizienter eingesetzt werden. Zum Erfolg des deutschen Gesundheitswesens ha-
1006 ben entscheidend die Freien Berufe beigetragen. Sie gewährleisten eine Patientennahe, humane
1007 und fachlich hochwertige medizinische Versorgung nicht nur in Ballungszentren, sondern auch in
1008 ländlichen Regionen und gewährleisten so Versorgungssicherheit. Regionalität statt Zentralismus
1009 hat sich in der Gesundheitspolitik bewährt. Die Freien Berufe müssen deshalb auch weiterhin
1010 eine der tragenden Säulen erstklassiger Patientenversorgung sein. Um dies zu gewährleisten,
1011 werden wir bürokratische Vorgaben und Dokumentationspflichten drastisch auf ein Maß redu-
1012 zieren, das zur Abrechnung und Qualitätssicherung unabdingbar notwendig ist. Planbarkeit, Ver-
1013 lässlichkeit und Vertrauen müssen die zukünftige Finanzierung prägen. Im konstruktiven Dialog
1014 mit den im Gesundheitswesen Tätigen werden wir die erforderlichen Kurskorrekturen (bei-
1015 spielsweise beim ärztlichen Honorarsystem und beim Risikostrukturausgleich) festlegen, damit
1016 unser Gesundheitswesen zukunfts- und tragfähig bleibt.

1017

1018 • Wir setzen auf eine Kultur des Vertrauens und des Verantwortungsbewusstseins im Gesund-
1019 heitswesen. Wir wollen, dass die Beteiligten in einem selbstverwalteten Gesundheitswesen
1020 als Partner handeln und lehnen eine Staatsmedizin ab. Vor allem der Selbstverwaltung der
1021 Ärzte ist daher die Möglichkeit zu geben, sich wieder als echte Interessensvertretung ihrer
1022 Mitglieder zu etablieren. Denn nur eine an der Basis der Ärzteschaft akzeptierte Selbstver-
1023 waltung kann ihre Funktion im Gesundheitswesen auch erfüllen.

1024

1025 • Therapiefreiheit, freie Arzt- und Krankenhauswahl sowie freie Gesundheitsberufe gehören
1026 für uns zum Kern eines freiheitlichen Gesundheitswesens. Niedergelassene freiberuflich täti-
1027 ge Haus-, Fach- und Zahnärzte, Apotheker, selbständige Gesundheitshandwerker und Heil-
1028 mittelerbringer sind für uns auch in Zukunft Garanten für eine qualitativ hochwertige, patien-
1029 tennahe Versorgung. Diese Strukturen gilt es neben dem Bereich der stationären Kranken-
1030 hausversorgung zu bewahren und geänderten gesellschaftlichen Verhältnissen anzupassen.
1031 Der Sicherung einer wohnortnahen Versorgung vor allem in ländlichen Regionen werden wir
1032 besondere Aufmerksamkeit widmen. Medizinische Versorgungszentren sollen nur unter be-
1033 stimmten Voraussetzungen zugelassen werden. Wesentlich ist dabei vor allem, dass diese nur
1034 von Ärzten und Krankenhäusern als Träger verantwortlich geführt werden. Eigentümer ge-
1035 führte Apotheken und strikte Grenzen für den Arzneimittelversandhandel sind unverzichtba-
1036 re Stützen für die Arzneimittelsicherheit. Wir schätzen die große Kompetenz und Leistung in
1037 den pflegerischen Gesundheitsberufen und wollen ihre Verantwortung für die Patientinnen
1038 und Patienten stärken.

- 1039
- 1040 • Wir werden Eigenverantwortung, Vorsorge und Prävention weiter stärken, Effizienz- und
- 1041 Wirtschaftlichkeitspotenziale ausschöpfen sowie individuelle Wahlmöglichkeiten und Ent-
- 1042 scheidungsspielräume ausweiten. Wir wollen, dass Versicherte und Patienten bundesweit un-
- 1043 komplizierten Zugang zu unabhängiger Information und Beratung im Gesundheitswesen er-
- 1044 halten. Angesichts der Vielfalt der Angebote wollen wir über verlässliche und verständliche
- 1045 Kriterien zu Leistung, Qualität und Preis zu mehr Transparenz und besserer Orientierung -
- 1046 sowohl bei der Inanspruchnahme von Sachleistungen als auch bei Kostenerstattungstarifen
- 1047 beitragen. Wir werden auch die unabhängige Patientenberatung stärken und die Patienten-
- 1048 rechte in einem eigenen Patientenschutzgesetz weiterentwickeln.
- 1049
- 1050 • Wir wollen die Motivation und Leistungsbereitschaft in den Gesundheitsberufen stärken und
- 1051 attraktive Bedingungen auch in ländlichen Regionen sichern. Ziel ist es eine leistungsgerechte,
- 1052 qualitätsorientierte und besonderen regionalen Rahmenbedingungen Rechnung tragende
- 1053 vertragsärztliche Vergütung zu gewährleisten, die die Besonderheiten der Leistungen der
- 1054 einzelnen Arztgruppen berücksichtigt und den Ärzten mit festen Euro-Preisen Planungssi-
- 1055 cherheit gibt. Es muss gewährleistet werden, dass die Ausgabensteigerungen sich im Rahmen
- 1056 der allgemeinen Kostenentwicklung im Gesundheitswesen bewegen.
- 1057
- 1058 • Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Kassen und Leistungserbringer mehr
- 1059 Möglichkeiten für passgenaue und einzelvertragliche Regelungen erhalten. So können auf
- 1060 die jeweiligen Versorgungserfordernisse in den Regionen individuell zugeschnittene Versor-
- 1061 gungskonzepte entstehen, die den regionalen Besonderheiten ebenso Rechnung tragen wie
- 1062 den aus unterschiedlichen Versichertenstrukturen der Kassen erwachsenden differenzierten
- 1063 Anforderungen an die Vertragsgestaltung. Unabdingbar ist für uns auch künftig eine kollektiv-
- 1064 vertragliche Regelung zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung im ländlichen
- 1065 Raum. Besonderen Qualitätsanforderungen genügende hausarztzentrierte Versorgung hat für
- 1066 uns dabei eine hohe Priorität. Einen ebenso hohen Stellenwert hat für uns in Zukunft aber
- 1067 auch die Erhaltung eines breiten Spektrums an freiberuflichen niedergelassenen Fachärzten.
- 1068
- 1069 • Mit den Reformen im Bereich der Krankenhäuser haben wir die Grundlage für einen neuen
- 1070 ordnungspolitischen Rahmen geschaffen. Diesen Rahmen werden wir insbesondere im Hin-
- 1071 blick auf die regionalen Besonderheiten weiterentwickeln. Die bestehende Krankenhausfi-
- 1072 nanzierung hat sich bewährt. Einen bundesweiten Einheitspreis lehnen wir ab. Das Recht der
- 1073 Länder, eigenständig zwischen der Förderung durch Investitionspauschalen und der Einzel-
- 1074 förderung von Investitionen zu entscheiden, bleibt erhalten. Zur stärkeren Vernetzung der
- 1075 verschiedenen Fachdisziplinen und Sektoren wollen wir die integrierte Versorgung weiter-
- 1076 entwickeln. Um Synergieeffekte zu erschließen, werden wir durch bessere Versorgungsmodelle die
- 1077 Sektorengrenzen durchlässiger machen. Insbesondere werden wir die palliativmedi-
- 1078 zinischen Versorgungsangebote weiter ausbauen und fördern.
- 1079
- 1080 • Unverzichtbare Anforderungen an die Arzneimittelversorgung sind für uns unabhängige In-
- 1081 formation, Beratung und Betreuung, Sicherheit und Verfügbarkeit sowie Innovation, Vielfalt
- 1082 und Wirtschaftlichkeit. Daher werden wir Auswüchse im Versandhandel eindämmen, den
- 1083 gesetzlichen Rahmen für Rabattverträge im Interesse der Wettbewerbs- und Verbraucher-
- 1084 freundlichkeit überarbeiten und die Vielzahl der zum Teil gegensätzlichen Instrumentarien
- 1085 zur Preisfindung und -festsetzung auf ihre Wirksamkeit und Sinnhaftigkeit hin überprüfen.
- 1086
- 1087 • CDU und CSU bekennen sich nachdrücklich zu einer Stärkung von Prävention und Gesund-
- 1088 heitsförderung im deutschen Gesundheitswesen. Prävention ist eine gesamtgesellschaftliche
- 1089 Aufgabe, denn deren Ausbau verbessert nicht nur Gesundheit, Lebensqualität und Leistungs-

1090 fähigkeit der Menschen, sondern kann auch die künftigen finanziellen Belastungen unserer
1091 Sozialsysteme mindern. Deshalb wollen wir die Prävention aufwerten ohne dabei eine neue
1092 Bürokratie zu schaffen. Prävention braucht keine zentralistische Steuerung sondern klare Re-
1093 gelungen der Zuständigkeiten und Finanzierung nach subsidiären Prinzipien. Vor allem auf
1094 kommunaler und regionaler Ebene wollen wir die Kooperation zwischen den gesellschaftli-
1095 chen Akteuren verstärken, gemeinsame Ziele definieren, vorhandene Maßnahmen auf ihre
1096 Wirksamkeit und Effizienz hin prüfen sowie vorhandene Strukturen nutzen. Ein wichtiger
1097 Schritt zur Stärkung von Eigenverantwortung, Prävention und Gesundheitsförderung ist die
1098 Weiterentwicklung von Bonus-Modellen, Wahl- und Selbstbehalttarifen.

- 1099
- 1100 • Unsere verantwortungsbewusste Drogenpolitik verbindet Prävention, Hilfe zum Ausstieg für
1101 Süchtige und eine Bekämpfung der Drogenkriminalität mit allen rechtsstaatlichen Mitteln.
1102 Eine „Legalisierung“ angeblich „weicher Drogen“ lehnen wir ab.
1103
 - 1104 • Unser Ziel ist es, die Finanzierbarkeit der gesundheitlichen Versorgung zu sichern und die
1105 gesetzliche Krankenversicherung mittelfristig auch im Hinblick auf mehr Generationenge-
1106 rechtigkeit konsequent weiterzuentwickeln. Wir wollen für die Versicherten zusätzliche Be-
1107 lastungen in Grenzen halten und Entlastungsspielräume nutzen. Die Steuerfinanzierung ver-
1108 sicherungsfremder Leistungen ist dabei ein wichtiges Element. Hohe Qualitätsstandards
1109 müssen auch in Zukunft in allen Versorgungsbereichen gewährleistet bleiben. Hinzukommen
1110 muss mehr Transparenz und echte Wahlfreiheit für Versicherte.
1111
 - 1112 • Wir bekennen uns zu leistungsfähigen privaten Krankenversicherungen, die zu einem frei-
1113 heitlichen Gesundheitssystem in Zukunft als Voll- und Zusatzversicherung gehören. Wir
1114 wollen, dass die gesetzlichen Möglichkeiten der Zusammenarbeit von gesetzlicher und priva-
1115 ter Krankenversicherung beim Angebot von Wahl- und Zusatzleistungen stärker als bisher
1116 genutzt und erweitert werden. Eine staatliche Einheitsversicherung lehnen wir ab.
1117
 - 1118 • Die Gesundheitswirtschaft ist eine der größten Wachstumsbranchen in Deutschland. Der me-
1119 dizinisch-technische Fortschritt, der demografische Wandel und ein zunehmendes Gesund-
1120 heitsbewusstsein sprechen dafür, dass diese Branche auch in Zukunft auf Wachstums- und
1121 Beschäftigungskurs bleiben wird. Die Gesundheitsforschung trägt dazu bei, mit Innovationen
1122 die Lebensqualität von Menschen aller Lebensalter zu erhöhen und gleichzeitig die Finan-
1123 zierbarkeit des Gesundheitssystems zu sichern.

1124

1125 **Pflegeversicherung**

1126 Die von CDU und CSU 1995 eingeführte Pflegeversicherung hat sich bewährt. In der vergange-
1127 nen Legislaturperiode wurden zudem erstmals die Leistungen angehoben. Dadurch ist es gelun-
1128 gen, mehr Zuwendung für die Betroffenen, insbesondere für Demenzkranke, mehr Qualität und
1129 Transparenz und weniger Bürokratie durchzusetzen. Ziel ist es, ein hohes Niveau der Pflegelei-
1130 stung sicherzustellen und einen steigenden Zuzahlungsbedarf zu Lasten der Pflegebedürftigen,
1131 ihrer Angehörigen und der Sozialhilfeträger zu verhindern. Wir verstehen Pflege als einen wich-
1132 tigen Dienst am Mitmenschen. Wir wissen, dass dafür Zeit für die persönliche Ansprache und
1133 Zuwendung notwendig sind.

- 1134
- 1135 • Die Pflegeversicherung muss auch in Zukunft einen verlässlichen Beitrag zur Absicherung
1136 des Pflegerisikos leisten und eine hohe Qualität von Betreuung und Pflege bieten. Eine um-
1137 fassende soziale Absicherung ist unverzichtbar. Sie entbindet jedoch den Einzelnen nicht da-
1138 von, seine Eigenverantwortung und Eigeninitiative zur Absicherung des Pflegerisikos und
1139 zur Gestaltung der Pflege wahrzunehmen.

1140

- 1141 • Wir wollen eine neue, differenziertere Definition der Pflegebedürftigkeit. Wir wollen mehr
1142 Leistungsgerechtigkeit in der Pflegeversicherung. Die Pflegebedürftigen sollen die sie betref-
1143 fenden Entscheidungen soweit wie möglich selbst treffen können. Die daraus folgenden not-
1144 wendigen Maßnahmen werden von uns am Beginn der Legislaturperiode in Angriff genom-
1145 men.
1146
- 1147 • Die Arbeit der Kranken- und Altenpflege muss attraktiver werden und zur Professionalisie-
1148 rung der Pflege beitragen. Im Rahmen der Reform der Pflegeversicherung haben wir deshalb
1149 den Beruf der Kranken- und Altenpfleger gestärkt. Nun können mehr Leistungen eigenver-
1150 antwortlich übernommen und zum Teil ärztliche Tätigkeiten auf das Pflegepersonal übertra-
1151 gen werden.
1152
- 1153 • Wir achten die Leistung pflegender Angehöriger und wollen die Pflege in der Familie stär-
1154 ken. Wir wollen die Pflege- und Betreuungsqualität älterer Menschen und die Vereinbarkeit
1155 von beruflichen Tätigkeiten und privater Pflege verbessern. Die Unternehmen sollen moti-
1156 viert werden, sich an Programmen zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu beteiligen. Da-
1157 zu sollen auch Kooperationen der Unternehmen mit Tagespflegeeinrichtungen angestoßen
1158 und organisiert werden. Wir wollen Pflegestützpunkte als Anlaufstellen für Angehörige qua-
1159 lifizieren Wir werden die bereits bestehenden Netzwerke wie z. B. „Erfolgsfaktor Familie“,
1160 „Lokale Bündnisse“ und Mehrgenerationenhäuser für die Unternehmen nutzbar machen.
1161
1162

1163 **II. Chancen eröffnen – Chancengesellschaft verwirklichen**

1164

1165 Auf der Grundlage unseres christlichen Menschenbildes ermöglichen wir jedem Mensch das
1166 Recht auf die freie Entfaltung seiner Person. Es bedeutet aber auch Verantwortung jedes einzel-
1167 nen für sich und seine Mitmenschen. Unser Leitbild der Chancengesellschaft trägt dieser Balance
1168 von Entfaltung und Verantwortung, von Freiheit und Sicherheit Rechnung. Unser Ideal ist eine
1169 wertgebundene, offene Gesellschaft gerechter Chancen. Der Konsens über ein gemeinsames
1170 Wertefundament ist unverzichtbar für ein friedliches Zusammenleben.
1171

1172 **II.1 Miteinander solidarisch handeln**

1173

1174 Für CDU und CSU ist der Zusammenhalt der Generationen eines der entscheidenden gesell-
1175 schaftspolitischen Ziele. Die großen Herausforderungen zur Gestaltung einer guten Zukunft kön-
1176 nen wir nur gemeinsam meistern. Die gestiegene Lebenserwartung in unserem Land eröffnet
1177 neue Chancen für eine aktive Lebensphase der Älteren. Wir achten die Leistung der Generatio-
1178 nen, die Deutschland nach Krieg und Diktatur neu aufgebaut haben. Sie haben in Deutschland
1179 Freiheit und Demokratie und einen für frühere Generationen unvorstellbaren Wohlstand geschaf-
1180 fen. Wir begrüßen die Vielfalt, in der Ältere ihr Leben heute gestalten. Dadurch werden letztlich
1181 neue Vorstellungen vom Alter als positiven Lebensabschnitt geprägt. Die Vorstellungen müssen
1182 fester Bestandteil unserer Gesellschaftspolitik werden.
1183

1184 Wir begrüßen die Bereitschaft der jungen Generation, sich den gewachsenen beruflichen Anfor-
1185 derungen in einer Wissensgesellschaft zu stellen und dabei Familie und Beruf miteinander in
1186 Einklang zu bringen. Wir unterstützen den Wunsch der jüngeren Generation, eine Familie zu
1187 gründen und Kinder großzuziehen. Bedingt durch den demografischen Wandel sieht sich die
1188 junge Generation verstärkt finanziellen Belastungen ausgesetzt. In der Arbeitswelt besteht der
1189 Trend weg von langfristigen Beschäftigungsmustern hin zu flexibleren Formen der Beschäfti-
1190 gung. Dadurch entsteht verstärkt Unsicherheit für die Jüngeren auf dem Arbeitsmarkt. Wir wer-

- 1191 den die veränderten Lebensläufe stärker berücksichtigen. Junge Menschen brauchen die Zuver-
1192 sicht, dass sie in der Familienphase nicht überfordert werden.
1193
- 1194 • Wir lehnen jegliche Form der Altersdiskriminierung ab. Wir setzen uns für eine vorurteils-
1195 freie Prüfung bestehender Altersgrenzen, beispielsweise bei öffentlich bestellten Gutachtern,
1196 bei ehrenamtlichen Schöffen oder bei Professoren, ein. Wir fordern alle Verantwortlichen in
1197 Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf, faktische Altersgrenzen in den Köpfen und im Han-
1198 deln einzureißen.
1199
 - 1200 • Wir wollen generationenübergreifende Projekte ermöglichen und für sinnvolle Teilhabe-,
1201 Beschäftigungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für die Älteren nach ihrer aktiven Berufstätig-
1202 keit sorgen. Kirchen, Bürgerstiftungen, Verbände und Wirtschaft können bei der Schaf-
1203 fung eines ehrenamtlichen Netzwerkes zur Familienunterstützung wichtige Arbeit leisten.
1204 Wir begrüßen und fördern auch die Initiative von Älteren, sich zu Netzwerken und Freiwilli-
1205 genagenturen zusammenzuschließen, um ihre Lebens- und Berufserfahrung weiterzugeben.
1206 Mit den Freiwilligendiensten aller Generationen soll das flexible, für alle Altersgruppen ge-
1207 öffnete Dienstangebot Schritt für Schritt bundesweit flächendeckend umgesetzt und mit den
1208 Strukturen vor Ort vernetzt werden.
1209
 - 1210 • Der Zusammenhalt der Generationen erwächst aus der Weitergabe von Lebenserfahrung, aus
1211 Toleranz und vor allem aus praktischer Hilfe der Generationen füreinander. Mehrgeneratio-
1212 onenhäuser fördern das Miteinander und den Austausch der Generationen und schaffen ein
1213 nachbarschaftliches Netzwerk familiennaher Dienstleistungen.
1214
 - 1215 • Wir wollen die lokale Kooperation von Alzheimergesellschaften ausbauen, um die Enttabui-
1216 sierung des Themas Demenz zu erreichen und damit die betroffenen Familien in die Mitte
1217 der Gesellschaft zu holen.
1218
 - 1219 • Wir wollen neue Wohn-, Pflege- und Betreuungsformen ausbauen und fördern. Für alle, ob
1220 Jung oder Alt, die nicht fit und beweglich sind, müssen wir die Lebensumwelt barrierefrei
1221 gestalten. Dies betrifft beispielsweise die Stadtplanung, den Zugang zu öffentlichen Gebäu-
1222 den oder zu öffentlichen Verkehrsmitteln.
1223
 - 1224 • Unsere nachhaltige Politik achtet die Rechte künftiger Generationen. Im Interesse der Zu-
1225 kunft unseres Landes brauchen wir selbstbewusste und solidarische junge Menschen, die für
1226 die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft aufgeschlossen sind, und sich gesellschaftlich
1227 und politisch engagieren. Jugendpolitik für alle Jugendlichen in Deutschland ist gleicherma-
1228 ßen Familienpolitik, Bildungspolitik, Integrationspolitik und Sozialpolitik. Gerechte Chancen
1229 für alle Kinder und Jugendlichen in unserem Land sind die Grundlagen einer zukunftsorien-
1230 tierten Kinder- und Jugendpolitik. Keiner darf verloren gehen. Jeder hat eine faire Chance
1231 verdient.
1232
 - 1233 • Wir werden die Förderung der verbandlichen und offenen Jugendarbeit fortsetzen. Die viel-
1234 fältige Jugendarbeit in den Jugendverbänden, Jugendringen der offenen Jugendarbeit, der
1235 kommunalen Jugendarbeit und in den Jugendbildungsstätten ist ein Erfolgsmodell.
1236
 - 1237 • Wir geben keinen jungen Menschen verloren, nur weil er in der Schule oder Berufsausbil-
1238 dung schlecht gestartet ist. Alle Jugendlichen haben Stärken und Talente. Wir setzen mit ei-
1239 ner Initiative JUGEND STÄRKEN auf flexible Netzwerke, Allianzen und eine Bündelung
1240 von Ressourcen. Kreative Lösungen gelingen nur durch die intelligente Zusammenarbeit von

1241 bestehenden Einrichtungen, Diensten und Angeboten vor Ort, insbesondere durch die Koope-
1242 ration mit Trägern der Jugendsozialarbeit sowie durch Selbsthilfe der Betroffenen.

1243
1244 • Wir wollen die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen stärken und auf einen pä-
1245 dagogisch sinnvollen Umgang mit den Neuen Medien hinwirken. Die Präventionsarbeit, um
1246 Abhängigkeiten gleich welcher Art zu vermeiden, soll intensiviert werden. Wir wollen eben-
1247 so die Entwicklung hochwertiger, kulturell und pädagogisch wertvoller Unterhaltungsmedien
1248 fördern und dazu den deutschen Computerspielpreis aufwerten.

1249
1250 **Gleichberechtigung von Frauen und Männern**

1251 CDU und CSU wollen die Gleichberechtigung von Frau und Mann in allen Phasen ihres Lebens-
1252 laufs in einer partnerschaftlichen Gesellschaft verwirklichen. Frauen und Männer sollen sich in
1253 Freiheit und Verantwortung so entfalten können, wie es ihren Neigungen, Begabungen und
1254 Wünschen entspricht. Das ist unser Verständnis von Wahlfreiheit. Wir wollen immer noch be-
1255 stehende Benachteiligungen von Frauen in Arbeitswelt, Politik und Gesellschaft beseitigen. Vie-
1256 le Familien leben heute von zwei Einkommen. Mittlerweile beziehen in jeder fünften Familie
1257 Frauen das Haupteinkommen.

1258
1259 • Wir halten den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ für selbstverständlich und leh-
1260 nen unterschiedliche Entgelte für Frauen und Männer bei gleicher Arbeit ab. Die Wirtschaft
1261 muss dieses Prinzip pragmatisch umsetzen. Ein Instrument hierfür sind freiwillige Lohntests
1262 nach Schweizer Vorbild, die Transparenz schaffen.

1263
1264 • Grundvoraussetzung für wachsende Entgeltgleichheit ist die Akzeptanz, dass Kindererzie-
1265 hung und die Pflege von Angehörigen ebenso Aufgabe von Männern wie Frauen ist. Darauf
1266 müssen Unternehmen ihre Arbeits- und Karrierestrukturen ausrichten. Tarifparteien müssen
1267 die Arbeitsbeschreibungen von typischen „Frauen- und Männerberufen“ in den Tarifverträ-
1268 gen überprüfen. Darüber hinaus ist der Ausbau qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung,
1269 Ganztagschulen, Tagesangebote für pflegebedürftige Angehörige und ambulante Dienste
1270 unverzichtbar.

1271
1272 • Wir werden einen umfassenden Bericht über Wiedereinsteigerprogramme für Berufsrückkeh-
1273 rer – vor allem Mütter und Väter nach einer Familienphase – ins Arbeitsleben vorlegen, ge-
1274 zielte Weiterbildungskonzepte entwickeln und anbieten und die Tarifpartner ermutigen, mit
1275 neuen flexiblen Arbeitszeitmodellen den Übergang ins Berufsleben zu erleichtern.

1276
1277 • Wir werden die Vereinbarung der Bundesregierung mit der Wirtschaft zur Förderung der
1278 Chancengleichheit, die nachdrücklich die Förderung von Frauen in Führungspositionen als
1279 Ziel formuliert, fortschreiben und auf ihre Einhaltung und Umsetzung dringen. Wir fordern
1280 von Unternehmen in Deutschland ein, eine höhere Repräsentanz von Frauen im Aufsichtsrat
1281 und auch im Vorstand zu gewährleisten.

1282
1283 • Wir wollen mehr Flexibilität zur Berücksichtigung familiärer und betrieblicher Erfordernisse.
1284 Deshalb werden wir – ohne Ausweitung des Gesamtanspruchs – den Anspruch der Eltern auf
1285 Freistellung bei Krankheit der Kinder um einen Anspruch der Großeltern bei Krankheit ihrer
1286 Enkel ergänzen.

1287
1288 • Wir wollen die Zugangsschwelle gewaltbetroffener Frauen zu Hilfsangeboten senken und
1289 ihnen durch die Einrichtung einer bundesweiten Notruftelefonnummer die Erstberatung an-
1290 bieten. CDU und CSU messen der Arbeit der Frauenhäuser und anderer Unterstützungsange-
1291 bote für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder große Bedeutung bei.

- 1292
1293 **II.2 Wahlfreiheit für Familien**
1294
1295 CDU und CSU wollen eine familiengerechte und kinderfreundliche Gesellschaft in Deutschland.
1296 Wir werden es den Familien leichter machen, so zu leben, wie sie es selbst wollen. Jedes Kind ist
1297 willkommen. Wir wollen, dass sich mehr junge Menschen in Deutschland für Kinder entschei-
1298 den. Wir wollen Zuversicht und Optimismus stärken und objektive Hürden im Alltag senken –
1299 denn die Entscheidung für Kinder fällt leichter, wenn die Eltern Vertrauen in die Zukunft haben.
1300 Ein Leben mit Kindern macht Freude. Wir wollen, dass Familien mehr finanzielle Gerechtigkeit
1301 erfahren und Mütter, Väter und Kinder mehr Zeit füreinander finden. Wir vertrauen den Eltern,
1302 dass sie nur das Beste für die Kinder wollen und mit Liebe, Zuwendung und Zeit ihre Kinder ins
1303 Leben begleiten. Starke Familien sind der beste Kinderschutz. Deshalb wollen wir Familien un-
1304 terstützen und ermutigen, die nötigen Fähigkeiten zu erwerben, um Kinder zu verantwortungsbe-
1305 reiten Menschen zu erziehen.
1306
- 1307 • Wir respektieren die Entscheidungen von Menschen, in vielfältigen Formen des Zusam-
1308 menlebens ihren Lebensentwurf zu verwirklichen. Dies gilt für die Ehe und für nichteheli-
1309 che Lebensgemeinschaften von Frauen und Männern ebenso wie für gleichgeschlechtliche
1310 Partnerschaften. Eine rechtliche Gleichstellung solcher Lebensgemeinschaften mit der Ehe
1311 lehnen CDU und CSU ab.
1312
 - 1313 • Kinder zu haben darf nicht zu Benachteiligung führen. Gemeinsam mit der steuerlichen
1314 Besserstellung von Familien durch die Anhebung des Grundfreibetrages ist auch das Kin-
1315 dergeld anzuheben. Weil es Familien mit mehreren Kindern besonders schwer haben, wol-
1316 len wir das Kindergeld für das dritte Kind und für jedes weitere Kind verbessern.
1317
 - 1318 • Wir wollen das Elterngeld weiterentwickeln und Eltern sowie Betriebe durch die Einfüh-
1319 rung eines Teilelterngeldes unterstützen: Eltern können wählen, ob sie einen vollen oder
1320 einen halben Elterngeldmonat nutzen. Teilelterngeld kann dann bis zu 28 Monate bezogen
1321 werden. Die Eltern arbeiten reduziert, erhalten für das ausfallende Einkommen Teileltern-
1322 geld und können sich Zeit für ihr Neugeborenes nehmen. Die Unternehmen halten ihre
1323 Fachkräfte. Auch Alleinerziehende und Selbständige profitieren ohne Abstriche.
1324
 - 1325 • Wir wollen nicht, dass Eltern zu einem Lebensmodell gedrängt werden, das sie nicht wol-
1326 len. Vielmehr sollen sie selbst entscheiden, wie sie ihre Kinder erziehen. Wir sorgen des-
1327 halb für mehr und bessere Betreuungsangebote. Für Kinder unter drei Jahren wird bis 2013
1328 mit Unterstützung des Bundes durch Länder, Kommunen und freie Träger ein bedarfsge-
1329 rechtes Angebot geschaffen. Danach gilt ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab
1330 dem ersten Lebensjahr. Wir werden die Zusage einlösen, dass Eltern ab 2013 ein Betreu-
1331 ungsgeld monatlich erhalten, wenn sie keinen Krippenplatz in Anspruch nehmen. Das
1332 Betreuungsgeld ist unbürokratisch auszugestalten. Wenn die Ausbauziele für die Kinder-
1333 betreuungseinrichtungen bereits vor 2013 erreicht werden, wollen wir auch das Betreu-
1334 ungsgeld vorzeitig einführen.
1335
 - 1336 • Die frühe Kindheit ist eine Zeit der Prägung, die genutzt werden soll. Zugleich ist es aus
1337 Sicht der Kinder eine Zeit der Entwicklung und der spielerischen Entfaltung, die nicht mit
1338 Ansprüchen überfrachtet werden darf. Eltern müssen sich darauf verlassen können, dass
1339 Erzieherinnen und Erzieher, Tagesmütter und -väter dem gerecht werden. Wir wollen die
1340 Qualität in der Aus-, Fort- und Weiterbildung der pädagogischen Kräfte, in der pädagogi-
1341 schen Konzeption und auch in der Zusammenarbeit mit den Eltern fördern. Unser Ziel ist
1342 es, diese Inhalte für Fachkräfte in der Kinderbetreuung gemeinsam mit Ländern und Kom-

1343 munen praktisch und alltagstauglich zu machen. Wir wollen zwischen Bund, Ländern und
1344 den Tarifpartnern konkrete Schritte verabreden, um gut qualifizierte Erzieherinnen und Er-
1345 zieher zu gewinnen und zu halten.
1346

- 1347 • Den Kindergartenbesuch wollen wir langfristig beitragsfrei ermöglichen und für das Jahr
1348 vor der Einschulung verpflichtend machen. Voraussetzung ist eine solide und nachhaltige
1349 Finanzierung.
1350
- 1351 • Wir wollen die Bedingungen für den Kinderzuschlag weiter verbessern. Es darf nicht sein,
1352 dass erwerbstätige Eltern auf die Grundsicherung angewiesen sind, nur weil sie Kinder ha-
1353 ben.
1354
- 1355 • Wir wollen die von den öffentlichen Händen für Familien und Kinder aufgewendeten Mit-
1356 tel pro Kind erhöhen. Sinkende Kinderzahlen sollen nicht zu Minderausgaben für Familien-
1357 förderung, Kinderbetreuung oder Bildung führen. Wir wollen die Zuständigkeiten für ein-
1358 zelne Maßnahmen der Familienförderung besser auf einander abstimmen. Familienleistun-
1359 gen sollen den Eltern möglichst aus einer Hand angeboten werden.
1360
- 1361 • Wir werden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Gefragt sind familienge-
1362 rechte Arbeitsplätze und nicht arbeitsplatzgerechte Familien. Dazu gibt es viele Wege: Fa-
1363 milienbedingte Teilzeit, abgestufte Teilzeit nach Erziehungsfreistellung, Kinder-Bonuszeit,
1364 Zeitkonten, Telearbeitsplätze, Familienphasen für Mütter und Väter für die Betreuung der
1365 Kinder, aber auch von Pflegebedürftigen. Die bisher dominierende starre Ausrichtung der
1366 Arbeitswelt auf Vollzeitstrukturen lässt zu wenig Raum, die berufliche Entwicklung mit ei-
1367 ner Familienphase zu verbinden. Wir wollen Anreize geben, mit regelmäßigen und umfas-
1368 senden Audit-Verfahren (selbst gewählte Prüfungsverfahren) die Entwicklung familien-
1369 freundlicher Arbeitsbedingungen voranzubringen. Dabei muss der Öffentliche Dienst bei-
1370 spielgebend vorangehen.
1371
- 1372 • CDU und CSU wollen den unterschiedlichen Lebensumständen und Lebensentwürfen von
1373 Alleinerziehenden ebenso gerecht werden wie jedem Kind. Alleinerziehende sind in der
1374 Mehrzahl nicht nur ebenso gut ausgebildet wie Eltern in einer Partnerschaft, sie wollen auf
1375 eigenen Beinen stehen und ihre Kinder so gut wie möglich fördern. Weil sie den Alltag mit
1376 ihren Kindern allein meistern müssen, brauchen sie Unterstützung.
1377
- 1378 • Eltern brauchen Solidarität. Die Verantwortung für die eigenen Kinder ist – bei aller Hilfe
1379 – letztlich unaufhebbar. Die Erfahrung von Liebe, Bindung, Verlässlichkeit und Rücksicht-
1380 nahme vermittelt wichtige soziale und gesellschaftliche Werte. Dabei wollen wir die Fami-
1381 lien unterstützen. Wir werden dazu beitragen, Angebote der Familienbildung und der Er-
1382 ziehungs- und Familienberatung weiterzuentwickeln, besser zu vernetzen und breiter be-
1383 kannt zu machen. Sie sollen allen Eltern und Großeltern offen stehen. Mütter- und Väter-
1384 Kind-Kuren müssen Kassenleistung bleiben.
1385
- 1386 • Zur notwendigen Solidarität mit den Eltern gehört auch, grundlegende Wertentscheidungen
1387 unmissverständlich deutlich zu machen, die für die Erziehung wichtig und unverzichtbar
1388 sind. Der Staat hat die Verpflichtung, durch geeignete gesetzgeberische Maßnahmen und
1389 einem konsequenten Vollzug dafür Sorge zu tragen, dass gewaltverherrlichende Computer-
1390 spiele Kindern und Jugendlichen nicht zugänglich gemacht werden.
1391
- 1392 • Kinder haben ein eigenständiges Grundrecht auf Pflege und Erziehung, auf Förderung und
1393 auf Schutz vor Gefahren für ihre körperliche, geistige und seelische Entwicklung. Das hat

1394 das Bundesverfassungsgericht unmissverständlich klargestellt. In Fällen von Misshandlung
1395 oder Verwahrlosung muss den Kindern gezielt geholfen werden. Wir wollen für diese Kin-
1396 der ein wirksames Netz früher Hilfen knüpfen. Gleichzeitig wollen wir die Kooperation
1397 zwischen Gesundheitswesen mit Geburtshilfe, Kinderärzten, Hebammen über die Kinder-
1398 und Jugendhilfe bis zu den Kindergärten, Schulen, der Polizei und der Justiz darauf aus-
1399 richten.
1400

1401 • Wir werden die Dreifachstrategie gegen Kinderpornografie im Internet weiter vorantreiben:
1402 Täter verfolgen, auch solche, die sich außerhalb des Internets in geschlossenen Foren oder
1403 auf anderen Wegen bewegen, Quellen im In- und im Ausland schließen und den Zugang zu
1404 den Seiten sperren, so wie dies seit vielen Jahren erfolgreich in vielen Ländern erfolgt.
1405 Deutschland wird einen engen Austausch im internationalen Netzwerk sicherstellen und die
1406 Opferforschung ausbauen. Wir werden die Präventionskette durch verbesserte Therapiean-
1407 gebote weiter knüpfen und den Aktionsplan zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor
1408 sexueller Gewalt und Ausbeutung fortschreiben.
1409

1410 • Wir wollen im Immissionsschutz- und Bauplanungsrecht gesetzlich klarstellen: „Kinder-
1411 lärm“ darf kein Grund für Nachbarschaftsklagen gegen Kindergärten, Spielplätze und ähn-
1412 liche Einrichtungen sein.
1413

1414 • Wir bekennen uns dazu, dass dem Menschen in allen Stufen seines Lebens – von der Ver-
1415 schmelzung der Samen- und Eizelle bis zu seinem Tod – ungeteilte Menschenwürde zu-
1416 kommt. Unser Ziel ist es, Schwangerschaftsabbrüche aus finanzieller Bedrängnis zu ver-
1417 meiden und deshalb gerade junge Mütter zu unterstützen. Die Einführung der Großeltern-
1418 zeit war bereits ein erster Schritt dazu.
1419

1420 • Wir halten an den strengen Grundsätzen des deutschen Embryonenschutzgesetzes fest. Wir
1421 lehnen eine Legalisierung der aktiven Sterbehilfe ab. Nützlichkeitsabwägungen dürfen nicht
1422 über den Schutz allen menschlichen Lebens gestellt werden. Wir unterstützen nachdrück-
1423 lich den Einsatz für ein Sterben in Würde wie etwa in der Hospizbewegung.
1424

1425 • Wir wollen Müttern von neugeborenen Kindern helfen, die sich in einer verzweifelten Not-
1426 lage befinden. Durch das Angebot einer „vertraulichen“ Geburt wollen wir drohende
1427 Kindstötungen oder -aussetzungen oder heimliche Entbindungen mit den damit einherge-
1428 henden Gefahren für Mutter und Kind verhindern.
1429

1430 **II.3 Gerechte Chancen in der Bildungsrepublik**

1431

1432 Bildung ist der Schlüssel für ein selbstbestimmtes, solidarisches und verantwortungsbewusstes
1433 Leben. Bildung ist die beste Vorsorge für die Zukunft. Das gilt für jede und jeden Einzelnen wie
1434 auch für unsere Gesellschaft insgesamt. Gut ausgebildete Menschen sind die Quellen der kultu-
1435 rellen Entwicklung, des sozialen Zusammenhalts wie auch des wirtschaftlichen Erfolgs unseres
1436 Landes. Bildung ist die entscheidende Investition in unsere Zukunft. Deshalb müssen wir die
1437 Bundesrepublik als Bildungsrepublik ausbauen. Das heißt, dass wir eines der weltweit besten
1438 Bildungssysteme haben wollen. Deshalb setzen wir die Ziele und Maßnahmen des Bildungsgip-
1439 fels konsequent um. Wir wollen bis 2015 gesamtstaatlich zehn Prozent des Bruttoinlandspro-
1440 dukts in Bildung und Forschung investieren. Bildung bleibt Ländersache, wie es im Grundgesetz
1441 geregelt ist. Gleichzeitig wachsen die länderübergreifende Verantwortung und die Notwendig-
1442 keit, in zentralen Handlungsfeldern nationale Ziele und abgestimmte Maßnahmen von Bund und
1443 Ländern zu verabreden: Bildung hat für CDU und CSU hohe Priorität.
1444

- 1445 • Gute Bildung für alle braucht Chancengerechtigkeit von Anfang an. Die deutsche Sprache ist
1446 der Schlüssel für Bildung und Ausbildung. Wir unterstützen die gezielte Sprachförderung vor
1447 der Schule, verbindliche Sprachstandstests für alle Kinder im Alter ab vier Jahren und eine
1448 intensive Förderung bei erkannten Defiziten sowie unterrichtsbegleitende Sprachprogramme.
1449
- 1450 • Gute Bildung für alle braucht viele Wege, klare Ziele und hochwertige Angebote, die durch
1451 das gegliederte Schulsystem geschaffen werden. Zu jedem Abschluss gehört ein Anschluss.
1452 Jede Familie muss sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder bestmöglich gefördert
1453 werden. Wir wollen für die Bildungseinrichtungen und Bildungsabschlüsse bundesweite
1454 Leistungsmaßstäbe entwickeln und durchsetzen. Wir brauchen einen transparenten und ehrli-
1455 chen Leistungsvergleich zwischen den Schulen in Deutschland.
1456
- 1457 • Unser Bildungssystem ist ein starker Teil des europäischen Bildungsraums. Wir wollen
1458 Lernerfolge in Deutschland und international besser vergleichbar machen. Damit stärken wir
1459 unsere Bildungsabschlüsse, erhöhen die Durchlässigkeit und erleichtern die Mobilität. Oft
1460 sind Abschlüsse der deutschen dualen Berufsausbildung ausländischen Studienabschlüssen
1461 gleichwertig. Die erworbenen Qualifikationen müssen anerkannt werden, um international
1462 Transparenz herzustellen und Mobilität zu erleichtern. Wir wollen mehr Menschen mit beruf-
1463 licher Qualifizierung den Zugang zu Hochschulen ermöglichen und die Zahl hochqualifizier-
1464 ter Fachkräfte erhöhen.
1465
- 1466 • Der Auftrag von Schule und Lehrern geht über die Vermittlung von Wissen weit hinaus.
1467 Junge Menschen brauchen Werte und soziale Tugenden, um ihr Leben erfolgreich zu meis-
1468 tern. Hier ist vorrangig das Elternhaus in der Pflicht, doch auch den Schulen kommt hohe
1469 Bedeutung zu. CDU und CSU treten dafür ein, dass konfessioneller Religionsunterricht in al-
1470 len Ländern zum Kanon der Pflichtfächer zählt. Neben dem evangelischen und katholischen
1471 Religionsunterricht soll bei Bedarf auch Unterricht in anderen Religionen in deutscher Spra-
1472 che mit in Deutschland ausgebildeten Lehrern und unter staatlicher Schulaufsicht angeboten
1473 werden. Die Achtung vor Demokratie und Rechtsstaat muss immer wieder neu vermittelt
1474 werden. Politische Bildung ist ebenso unverzichtbar.
1475
- 1476 • Eine gute Ausbildung ist die beste Vorsorge gegen Arbeitslosigkeit. Unser duales Ausbil-
1477 dungssystem hat in Deutschland einen entscheidenden Beitrag zu einer der niedrigsten Ar-
1478beitslosenquoten unter Jugendlichen im europäischen Vergleich geleistet. Die berufliche
1479 Ausbildung in Schule und Betrieb bietet jungen Menschen Einstiegs- und Aufstiegsmöglich-
1480 keiten. Neue Ausbildungsplätze bleiben auch in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten unser
1481 vorrangiges Ziel. Wir wollen den erfolgreichen Ausbildungspakt mit der Wirtschaft über
1482 2010 hinaus fortführen. Jeder junge Mensch muss die Chance auf einen Ausbildungsplatz er-
1483 halten. Das bewährte duale System wollen wir durch die kontinuierliche Fortentwicklung der
1484 Ausbildungsberufe an veränderte wirtschaftliche und technologische Anforderungen anpas-
1485 sen.
1486
- 1487 • Wir setzen auf Aufstieg durch Bildung und lebenslanges Lernen – unabhängig von finanziel-
1488 licher Lage und sozialer Herkunft. Arbeitnehmer müssen ihre berufliche Weiterqualifizierung
1489 verlässlich planen können. Lernzeitkonten wollen wir vor betrieblichen Insolvenzen schüt-
1490 zen.
1491
- 1492 • Berufliche Aus- und Weiterbildung aus Deutschland wird im Ausland verstärkt nachgefragt.
1493 Ausbildung und Weiterbildung in Deutschland genießen weltweit einen hervorragenden Ruf.
1494 Wir wollen Deutschland zum Weltmeister im Export beruflicher Bildungsangebote machen
1495 und die Vermarktung gezielt fördern.

- 1496
1497 • Im Rahmen des föderalen Bildungssystems werden wir einen Schwerpunkt in den MINT-
1498 Fächern, also Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, setzen. Wir wer-
1499 den gezielt dem unterdurchschnittlichen Anteil von Frauen in wissenschaftlichen Berufen
1500 entgegenwirken.
1501
- 1502 • Wir werden den Hochschulpakt konsequent umsetzen, und damit unseren Beitrag zur Schaf-
1503 fung notwendiger zusätzlicher Studienplätze leisten. Mehr Autonomie für die Hochschulen
1504 soll Forschung und Lehre in Deutschland attraktiver machen. Wir wollen den Wettbewerb
1505 zwischen den Hochschulen fördern, auf geringere Studienabbrecherquoten hinwirken und die
1506 internationale Attraktivität der deutschen Hochschulen ausbauen. Die Reform der Studien-
1507 strukturen nach dem „Bologna-Prozess“ muss unvoreingenommen überprüft und darf nicht
1508 schematisch auf alle Studiengänge erstreckt werden. Wir wollen endlich das Hochschulrah-
1509 mengengesetz abschaffen.
1510

1511 **II.4 Vorfahrt für Integration**

1512

1513 Deutschland ist Integrationsland. Die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund ist für
1514 Deutschland eine Schlüsselaufgabe. Die von uns durchgesetzte Begrenzung und Steuerung der
1515 Zuwanderung hat einen Konsens über Integration in Deutschland möglich gemacht. Wir können
1516 dabei auf eine lange Tradition erfolgreicher Integration zurückblicken. Die meisten Menschen,
1517 die aus anderen Ländern nach Deutschland gekommen sind, wünschen sich eine gute Integration
1518 und tragen erheblich zum Wohlstand unseres Landes bei.
1519

1520 Deutschland ist ein weltoffenes und tolerantes Land. Unser Grundgesetz und unsere ge-
1521 meinsamen Werte sind von Jedem zu achten. Sie bilden die Grundlage für ein Leben, das von
1522 Respekt, gegenseitigem Vertrauen, Zusammengehörigkeitsgefühl und gemeinsamer Verantwor-
1523 tung geprägt ist. Integration bedeutet nicht, sich auf halbem Weg zu treffen. Erfolgreiche Integ-
1524 ration bedeutet für uns: Identifikation mit unserem Land, gleichberechtigte Teilhabe und Verant-
1525 wortung. Sie kann nur mit der nötigen Anpassungsbereitschaft der Zuwanderer und der Aufnah-
1526 mebereitschaft der Einheimischen gelingen; sie braucht das Zusammenwirken aller. Ein erfolg-
1527 reicher Integrationsprozess enthält die Chance, kulturelle und soziale Vielfalt konstruktiv zu nut-
1528 zen. Zugleich trägt er dazu bei, für die Erfordernisse der globalisierten Welt besser aufgestellt zu
1529 sein. Kulturellen und religiösen Konflikten wollen wir vorbeugen. Die beste Integration ist ge-
1530 gesellschaftliche Teilhabe aller. Sie stärkt die innere Einheit und den Zusammenhalt unserer Ge-
1531 sellschaft.
1532

- 1533 • Gute Deutschkenntnisse sind Grundvoraussetzung für Bildung und Ausbildung, für Integra-
1534 tion in den Beruf, für Mitwirkung und sozialen Aufstieg. Die Integrationskurse haben sich
1535 zum wichtigsten Instrument der Sprachförderung entwickelt. Durch stärkeres Fördern und
1536 Fordern wollen wir die erfolgreiche Teilnahme weiter erhöhen. Bis 2010 sollen alle Kinder,
1537 die eingeschult werden, Deutsch sprechen können. Um ihrer Erziehungsverantwortung jeder-
1538 zeit nachkommen zu können, sind Migranteneltern gefordert, Deutsch zu lernen. Sie tragen
1539 Verantwortung dafür, dass ihre Kinder Deutsch lernen sowie für deren kontinuierliche För-
1540 derung und Entwicklung. Der frühe Kontakt zu Kindern mit deutscher Muttersprache ist für
1541 den Spracherwerb von Migrantenkindern von großer Bedeutung.
1542
- 1543 • Wir wollen die Integrationskraft von Kindergärten und Schulen verstärken. Eine frühe Förde-
1544 rung hilft insbesondere auch Zuwandererfamilien. Um dem Einzelnen und seinen Begabun-
1545 gen gerecht zu werden, brauchen Schulen mit vielen Schülerinnen und Schülern aus bil-
1546 dungsfernen Familien mehr Lehrerinnen und Lehrer, darunter auch solche mit Migrati-

1547 onserfahrung. Wir stehen zum bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagsangeboten. Unser
1548 Ziel ist, die Zahl der Schulabbrecher bis 2012 zu halbieren und das Bildungsniveau der Mig-
1549 rantenkinder an das Bildungsniveau der einheimischen Kinder anzugleichen.
1550

- 1551 • Die Mitarbeit in Vereinen bietet besondere Chancen zur Integration. Das wollen wir nutzen
1552 und fördern. Das Engagement vermittelt die positive Erfahrung der gesellschaftlichen Aner-
1553 kennung.
1554
- 1555 • Unter dem Motto „Muslime in Deutschland – Deutsche Muslime“ wurde im Jahr 2006 die
1556 Deutsche Islam Konferenz ins Leben gerufen. Sie ist die Plattform für einen dauerhaft ange-
1557 legten Dialog zwischen Staat und Muslimen in unserem Land. Wir wollen diesen erfolgrei-
1558 chen Dialog fortsetzen, der auch die Differenzen zwischen den Partnern nicht ausklammert
1559 und bereits einen wertvollen Beitrag zum besseren gegenseitigen Verständnis geleistet hat.
1560
- 1561 • Wir wollen das neu entwickelte Instrument der Fortschrittsberichte zur Integration nach ver-
1562 bindlichen Maßstäben konsequent einsetzen und aus den Ergebnissen jeweils zügig die not-
1563 wendigen Schlussfolgerungen ziehen. Der „Nationale Integrationsplan“ hat Schluss gemacht
1564 mit der als Liberalität missverstandenen Gleichgültigkeit gegenüber entstehenden Parallelge-
1565 sellschaften und vermeidbaren Konflikten.
1566
- 1567 • Wir fordern: Die EU-Mitgliedstaaten müssen auch künftig die Zuständigkeit behalten, über
1568 Zuwanderung in nationaler Verantwortung entscheiden zu können. Die Bestrebungen der
1569 EU, das Asylrecht EU-weit weitestgehend einheitlich zu regeln, würden zu einer Aufwei-
1570 chung des deutschen Asylkompromisses führen. Wir lehnen sie deshalb ab.
1571
- 1572 • Der Wille zur Einbürgerung ist das aktive Bekenntnis zu unserem Land und das Bekenntnis
1573 zu den Werten unseres Grundgesetzes. Die Annahme unserer Staatsbürgerschaft ist – ver-
1574 bunden mit der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit – ein starkes Zeichen der Zuge-
1575 hörigkeit zu unserem Land und zur wechselseitigen Verantwortung seiner Bürger. Sie bringt
1576 die vollen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Sie kann Integration nicht ersetzen und ist
1577 kein Mittel, sondern stärkster Ausdruck einer erfolgreichen Integration.
1578
- 1579 • Ein generelles kommunales Wahlrecht für Ausländer lehnen wir ab, denn es eröffnet keine
1580 volle Partizipation als Bürgerin oder Bürger. Stattdessen werben wir dafür, dass Ausländer,
1581 die schon über Jahre in Deutschland leben, arbeiten und gut integriert sind, die Möglichkeit
1582 nutzen, unsere Staatsbürgerschaft anzunehmen. Eine Voraussetzung für die Einbürgerung
1583 sind ausreichende deutsche Sprachkenntnisse. Mit CDU und CSU wird es keine Aufwei-
1584 chung der im Jahr 2007 gesetzlich verankerten Sprachanforderungen geben.
1585
- 1586 • In den nächsten zehn Jahren werden rund 300 000 junge Erwachsene entscheiden, ob sie die
1587 deutsche Staatsangehörigkeit oder die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern behalten. Wir wollen
1588 sie dafür gewinnen, ihre deutsche Staatsangehörigkeit zu behalten und Ja zu sagen zu unse-
1589 rem Land. Eine generelle Hinnahme doppelter Staatsbürgerschaften lehnen wir dabei ab. Um
1590 festzustellen, ob sich das Optionsmodell bewährt, wollen wir Erfahrungen in der praktischen
1591 Anwendung des Optionsrechts sammeln und auswerten. Soweit rechtliche und praktische
1592 Schwierigkeiten bei der Umsetzung dieses Modells erkennbar werden, wollen wir diese be-
1593 heben.
1594
- 1595 • Bislang ist Deutschland viel zu wenig Zielland für die besten Köpfe der Welt. Wir wollen
1596 daher die Attraktivität Deutschlands für Hochqualifizierte aus Deutschland und der Welt stei-
1597 gern. Unzureichend genutzte Potenziale der nach Deutschland Zugewanderten und der Aus-

1598 siedler wollen wir besser ausschöpfen. Wir wollen die Anerkennung der im Ausland erwor-
1599 benen beruflichen Qualifikationen verbessern und dafür eine zentrale Anlaufstelle einrichten.
1600 Gleichzeitig setzen wir alles daran, das heimische Potenzial an Qualifikationen und Fach-
1601 kräften zu nutzen.

- 1602
- 1603 • Wir wollen die Teilnahme zugewanderten Frauen und Mädchen aus allen Kulturkreisen am
1604 öffentlichen und gesellschaftlichen Leben fördern. Dafür brauchen wir eine Bildungs- und
1605 Ausbildungsoffensive für Migrantinnen. Auch auf die Aufklärung über Menschenrechte,
1606 Bürgerrechte und Sozialrechte und auf die Sensibilisierung für die Gleichberechtigung von
1607 Frauen und Männern muss großes Augenmerk gelegt werden. Frauen mit Migrationshin-
1608 tergrund spielen für die Integration von Zuwandererfamilien eine zentrale Rolle. Daher ste-
1609 hen wir Frauen im Integrationsprozess zur Seite und stärken Zuwanderinnen, die sich in einer
1610 Notsituation befinden. Mädchen und junge Frauen müssen an allen Angeboten des schuli-
1611 schen Lebens teilnehmen können. Wir wollen ihre Bildungsmöglichkeiten verbessern, damit
1612 sie gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben unseres Landes teilhaben können.
 - 1613
 - 1614 • Wir wollen die Erwerbsquote der Frauen mit Migrationshintergrund erhöhen. Sprach-
1615 angebote wurden bereits in den Integrationskursen speziell für Frauen zugeschnitten und
1616 durch eine Kinderbetreuung zugänglicher gemacht. Die fast 600 000 Migrantinnenunternehme-
1617 rinnen und -unternehmer leisten heute einen großen Beitrag für die deutsche Volkswirtschaft.
1618 Sie haben eine Vorbildfunktion. Durch gezielte Beratung und Qualifizierung wollen wir be-
1619 stehende Migrantinnenunternehmen stärken und neue Existenzgründer gewinnen.
 - 1620
 - 1621 • Zwangsverheiratung ist eine Verletzung unseres freiheitlich-demokratischen Werteverständ-
1622 nisses und eine eklatante Menschenrechtsverletzung. Im Kampf gegen Zwangsehen werden
1623 wir einen eigenständigen Straftatbestand für Zwangsheirat einführen. Die sexuelle Ausbeu-
1624 tung von Opfern von Menschenhandel und Zwangsprostitution muss unter Strafe gestellt
1625 werden.

1626

1627 **II.5 Kulturation: Identität pflegen – Kreativität entfalten**

1628

1629 Deutschland ist eine europäische Kulturation. Das reiche kulturelle Erbe, das aus der Vielfalt
1630 der Länder und Regionen in Deutschland resultiert, prägt unsere nationale Identität. Unsere Ge-
1631 sellschaft ist heute mehr denn je darauf angewiesen, Kreativität zu entfalten, um Wohlstand zu
1632 sichern. Wir müssen Menschen die Freiheit und die Sicherheit geben, sich durch ihre künstleri-
1633 sche Gestaltungskraft eine auch wirtschaftlich erfolgreiche Existenz zu schaffen und andere kul-
1634 turell zu bereichern. Wir bekennen uns zur Freiheit der Kunst. Staat und Politik sind nicht für die
1635 Kunst, ihre Ausdrucksformen oder Inhalte zuständig, wohl aber für die Bedingungen, unter de-
1636 nen Kunst und Kultur gedeihen können.

1637

1638 Freie und starke Medien sind ein wesentliches Element unserer freiheitlichen Ordnung. Die Digi-
1639 talisierung und das Internet stellen Kultur und Medien vor grundlegende Herausforderungen.
1640 Wir wollen diesen Innovationsschub in Deutschland unterstützen. Er muss so gestaltet werden,
1641 dass neben der Vielfalt und der Qualität der Medien auch das Bewusstsein für den Wert kulturel-
1642 ler Leistungen gestärkt wird. Eine unmittelbare oder mittelbare finanzielle Beteiligung politi-
1643 scher Parteien an nicht klar in ihrem parteipolitischen Auftrag erkennbaren Medien und Medien-
1644 unternehmen lehnen wir ab.

- 1645
- 1646 • Wir haben die Ausgaben des Bundes für die Kultur in den vergangenen Jahren deutlich er-
1647 höht. Dazu stehen wir auch in der Krise. Kulturförderung ist keine Subvention, sondern eine
1648 unverzichtbare Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft.

- 1649
- 1650 • Die Kultur und Kreativwirtschaft sind wichtige Standortfaktor unseres Landes mit hohem
1651 Wachstumspotenzial. Die Stärkung kreativer Potenziale besitzt herausragende Bedeutung für
1652 die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Wir werden die Initiative Kultur- und Kreativwirt-
1653 schaft fortführen und weiter ausbauen.
- 1654
- 1655 • CDU und CSU haben Änderungen beim Arbeitslosengeld I zur besseren sozialen Absiche-
1656 rung von Kulturschaffenden durchgesetzt, die bisher auf drei Jahre befristet sind. Wir werden
1657 sie, wenn sie sich bewähren, entfristen und die Notwendigkeit weiterer Verbesserungen auch
1658 für die Kulturbranche prüfen. Die Künstlersozialversicherung ist eine wichtige kulturpoliti-
1659 sche Errungenschaft von CDU und CSU und wird fortgeführt.
- 1660
- 1661 • Der Deutsche Filmförderfonds hat unser Land als Filmstandort international gestärkt. Wir
1662 stehen zur Fortführung dieser erfolgreichen und transparenten Förderung des deutschen
1663 Films über das Jahr 2012 hinaus. Wir werden sie den neuen Herausforderungen auf dem in-
1664 ternationalen Filmmarkt verlässlich anpassen. Neue digitale Techniken tragen zu Innovatio-
1665 nen und einem deutlichen Wachstum in der Zukunft bei. Wir wollen das Kino als Kulturgut
1666 attraktiv erhalten.
- 1667
- 1668 • Das Markenkennzeichen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss die Qualität sein. Der
1669 private Rundfunk hat eine gesellschaftliche Verantwortung und darf auf Qualität im Pro-
1670 gramm nicht verzichten. Die Rundfunkanstalten werden aufgefordert, Qualitätskriterien für
1671 ihre Programme unter Einbeziehung der Gremien transparent zu entwickeln und die Einhal-
1672 tung der Kriterien in der Umsetzung zu überprüfen.
- 1673
- 1674 • Es ist eine gemeinsame Aufgabe von Politik und Verlagen, verstärkt das Bewusstsein für den
1675 Wert und die Relevanz von Zeitungen und Zeitschriften in der Gesellschaft als Kulturgut zu
1676 verankern. Im Online-Bereich dürfen die Verlage nicht schlechter gestellt werden als andere
1677 so genannte Werkvermittler. Falls erforderlich werden wir ein eigenes Leistungsschutzrecht
1678 für Verlage zum Schutz der Presseprodukte im Internet schaffen.
- 1679
- 1680 • Wir wollen, dass die nationale Identität und die kulturelle Vielfalt in Europa stärker berück-
1681 sichtigt werden. Kultur- und Medienpolitik auf europäischer Ebene muss von unten nach o-
1682 ben wachsen. Wir streben eine noch engere Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der
1683 europäischen Medienpolitik an, um deutsche Positionen erfolgreich vertreten zu können.
- 1684
- 1685 • Dem zunehmenden Wert des geistigen Eigentums für die Kreativen muss durch die Siche-
1686 rung der Rechtsstellung der Urheber im digitalen Zeitalter durch das Urheberrecht Rechnung
1687 getragen werden.
- 1688
- 1689 • Wir setzen uns dafür ein, national wertvolles Kulturerbe besser zu sichern und leichter zu-
1690 gänglich zu machen. Unser kulturelles Erbe ist ein Schatz, den wir hüten und weitertragen
1691 wollen. Dazu gehört auch die Bewahrung unseres Filmerbes.
- 1692
- 1693 • Wir werden mit einer engagierten auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik einen wichtigen
1694 Beitrag zur Pflege internationaler Zusammenarbeit leisten, die Kenntnis der deutschen Spra-
1695 che fördern und ihre Stellung in der Welt stärken. Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik
1696 erschließt uns andere Länder und Kulturkreise. Sie soll ein umfassendes, historisch und kul-
1697 turell breit fundiertes Bild von Deutschland zeigen. Wir werden die Zusammenarbeit mit den
1698 Mittlern der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik – den Goethe-Instituten, der Hum-

1699 boldt-Stiftung, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst, den Auslandsschulen, dem
1700 Deutschen Archäologischen Institut und vielen mehr – verlässlich fortführen.

1701

1702 **II.6 Zur aktiven Bürgergesellschaft ermutigen**

1703

1704 CDU und CSU wollen, dass die Gesellschaft in Deutschland ein menschliches Gesicht zeigt und
1705 behält. Das ehrenamtliche Engagement und der bürgerschaftliche Einsatz vieler Frauen und
1706 Männer bereichern unsere Gesellschaft. Freiheit und Verantwortungsbereitschaft gehören zu-
1707 sammen. Wir wollen eine neue Partnerschaft von Bürgern und staatlichen Institutionen nach dem
1708 Konzept der „aktiven Bürgergesellschaft“. Wir wollen Eigeninitiative und Selbstorganisation der
1709 gesellschaftlichen Gruppen stärken und so eine neue Balance zwischen Eigennutz und Gemein-
1710 wohl herbeiführen. Wir wollen ehrenamtliches Engagement erleichtern, die Bürgerinnen und
1711 Bürger zu ehrenamtlichem Engagement ermutigen und den ehrenamtlich Tätigen den Rücken
1712 stärken. Mit dem Zukunftsprojekt „Ehrenamt“ werden wir dafür exemplarische Beispiele unter-
1713 stützen.

1714

1715 • Wir messen den christlichen Kirchen eine große Bedeutung für das geistige Klima und das
1716 menschliche Miteinander in Deutschland zu. Religionsgemeinschaften vermitteln Werte, die
1717 einen positiven Einfluss auf unsere Gesellschaft ausüben. Mit ihrem Engagement sind sie
1718 Teil unseres Landes. Wir achten religiöse Bekenntnisse. Sie stiften für viele Menschen den
1719 Sinn ihres Lebens und tragen so zur Wertorientierung bei.

1720

1721 • Wir wissen: Die Präsenz der vielfältigen christlichen Organisationen im öffentlichen Raum
1722 ist unverzichtbar für die Vermittlung der christlich-abendländischen Tradition. An der Kir-
1723 chensteuer halten wir fest. Sie ist Ausdruck des besonderen Verhältnisses von Staat und Kir-
1724 chen in unserer Verfassungsordnung. Zusammen mit den frei-gemeinnützigen Wohlfahrts-
1725 verbänden leisten Kirchen und Religionsgemeinschaften auf dem Feld der sozialen Dienste
1726 am Menschen hervorragende Arbeit.

1727

1728 • Der hohe Anteil der ehrenamtlichen Kräfte bei Feuerwehr, Rettungsdiensten, Hilfsorganisa-
1729 tionen und Technischem Hilfswerk stellt ein außergewöhnlich hohes Maß bürgerschaftlicher
1730 Mitwirkung dar. Er sichert ein flexibles System effizienter Gefahrenabwehr und Hilfeleis-
1731 tung, das zudem für den Bürger außerordentlich günstig ist. Diejenigen, die sich aufopfernd
1732 und unentgeltlich rund um die Uhr für die Sicherheit ihrer Mitmenschen einsetzen, müssen
1733 deshalb dauerhaft unterstützt werden. Sie sind Vorbilder in unserer Gesellschaft. Schon jetzt
1734 engagieren sich Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund bei Feuerwehr und Hilfs-
1735 organisationen; mit Blick auf eine immer älter werdende Gesellschaft werden sie mehr denn
1736 je gebraucht. Wir wollen daher alles dafür tun, diese Dienste attraktiv zu gestalten und die
1737 Angehörigen dieser Dienste dauerhaft zu unterstützen. Wir treten deshalb dafür ein, die In-
1738 vestition in Ausstattung, Aus- und Fortbildung der Angehörigen der Feuerwehren, Hilfsorga-
1739 nisationen und Rettungsdienste deutlich auszubauen.

1740

1741 • Wir werden Nachteile für die Feuerwehren, Rettungsdienste, die technischen Hilfsdienste
1742 und den Katastrophenschutz durch die Umstellung auf die Fahrzeugklassen des EU-
1743 Führerscheins so schnell wie möglich beseitigen.

1744

1745 • Wir wissen, dass neben der staatlichen Verantwortung bürgerschaftliches Engagement in der
1746 Kulturförderung unersetzlich ist. Der Bürger ist durch das Spenden von Zeit und Geld einer
1747 der wichtigsten Kulturförderer in Deutschland. Wir haben die Rahmenbedingungen für priva-
1748 te Kulturförderung durch Stiftungen, Mäzenatentum und Sponsoring weiter verbessert und
1749 damit das Ehrenamt gestärkt. Bürokratische Hürden sollen weiter abgebaut werden. Die

1750 Empfehlungen der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des 15. und 16. Deutschen
1751 Bundestages sollten hierbei herangezogen werden.
1752

1753 • Wir werden für mehr Anerkennung für das Ehrenamt sorgen und ehrenamtlich Engagierte
1754 von Bürokratie entlasten. Wir dringen auf die Anerkennung von ehrenamtlicher Arbeit und
1755 geleisteten Freiwilligen-Jahren in den Berufsbiografien. Wir wollen die Einrichtung von Eh-
1756 renamtsbörsen und Freiwilligenagenturen anstoßen und fördern. Wir wollen die Ehrenamts-
1757 card als ein zentrales Element der Ehrenamtskultur weiterentwickeln.
1758

1759 • Dienstleistungen zur Abwicklung von Jugendfreiwilligendiensten, die für einzelne Vereine in
1760 deren Dachverbänden erbracht werden, sind bisher umsatzsteuerpflichtig. Das werden wir
1761 ändern und Ungleichbehandlungen der Sportvereine im Kinder- und Jugendhilferecht besei-
1762 tigen. Für ehrenamtlich geführte Vereine mit gelegentlichem Schankbetrieb sollen Form- und
1763 Meldevorschriften im Steuerrecht vereinfacht werden.
1764

1765 • Sportler sind Botschafter Deutschlands in der Welt. Der Sport eint, bildet, aktiviert, begeis-
1766 tert und integriert. Sport fördert die Gesundheit und trägt bei zur Ausbildung humaner Werte
1767 wie Fairness, Gemeinsinn, Leistung, Wettbewerb, Verantwortung, Erkennen eigener Grenzen
1768 und Achtung anderer.
1769

1770 • Jeder dritte Deutsche gehört einem Sportverein an. Die Vereine sind die Basis des deutschen
1771 Sports. Die verlässliche Förderung der Vereine und der dort Ehrenamtlichen sind wesentliche
1772 Ziele unserer Sportpolitik. Sport, Bewegung und Ernährung leisten einen wichtigen Beitrag
1773 zur Erhaltung der Gesundheit. Vorschulischer Bewegungserziehung und Schulsport kommt
1774 eine besondere Bedeutung zu, ebenso dem Seniorensport.
1775

1776 • Wir bekennen uns zum Leistungsprinzip im Sport und zu einem humanen Spitzensport, der
1777 eine wichtige Vorbildfunktion hat. Spitzensport übt eine wichtige Vorbildfunktion für den
1778 Breitensport aus. Wir werden die bewährte Sportförderung bei der Bundeswehr, der Bundes-
1779 polizei und im Zoll fortführen.
1780

1781 • Sportverbände müssen Doping konsequent bekämpfen. Wir werden dies tatkräftig unterstüt-
1782 zen. Wir werden prüfen, ob die neu eingeführte Strafbarkeit des Besitzes von Dopingmitteln
1783 in nicht geringen Mengen für eine effektive Dopingbekämpfung ausreichend ist.
1784

1785 • Wir setzen uns für neue Konzepte der gezielten und systematischen Förderung des sportli-
1786 chen Nachwuchses ein. Sportliche, schulische und berufliche Bildung müssen auf einander
1787 abgestimmt und koordiniert werden. Intakte Sportstätten und eine vielfältige Sportinfrastruk-
1788 tur sind unabdingbare Voraussetzungen für ein reges Sporttreiben in Breite und Spitze. Die
1789 Sportstättenförderung des Bundes werden wir fortsetzen. Wir werden das Immissionsschutz-
1790 recht nach dem Grundsatz umgestalten, dass für Sportplätze und ähnliche Gemeinschaftsein-
1791 richtungen keine strengeren Grenzwerte als für Straßen gelten sollen.
1792

1793 • Das bürgerschaftliche Engagement mit und von Zuwanderern zur Gestaltung des Zusammen-
1794 lebens wirkt identitätsstiftend. Es vermittelt die positive Erfahrung gesellschaftlicher Aner-
1795 kennung. Wir wollen es daher besonders fördern. Gerade der Sport ist dabei ein wichtiger
1796 Vorreiter. Er vermag es, Menschen über die Grenzen der Sprachen, Kulturen und Religionen
1797 hinweg zusammenzubringen und dabei Werte und Normen zu vermitteln. Gemeinsam mit
1798 dem organisierten Sport sind Fortschritte etwa bei der Ausbildung von Übungsleitern und der
1799 Gewinnung ehrenamtlicher Helfer erzielt worden. Über den Sport wollen wir weitere Ver-

1800 besserungen bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland er-
1801 reichen.

1802
1803 • Wir setzen die Förderung des Behindertensports fort. Die Möglichkeiten und Anreize für
1804 Menschen mit Behinderung, Sport treiben zu können, müssen erweitert werden. Der barriere-
1805 freie Zugang zu Sportstätten muss gewährleistet sein.

1806
1807 • Unser Grundsatz in der Politik für Menschen mit Behinderungen ist die Beteiligung der Be-
1808 troffenen als Experten in eigener Sache bei allen Entscheidungen. Ziel ist, alle Lebensberei-
1809 che für Menschen mit und ohne Behinderungen zu gestalten. Voraussetzung hierfür ist Bar-
1810 rierfreiheit in allen Bereichen von Schule über Ausbildung bis zum Beruf sowie von Ver-
1811 kehr über Medien und Kommunikationstechnik bis hin zum Städtebau. Politische Entschei-
1812 dungen, die Menschen mit Behinderungen direkt oder indirekt betreffen, müssen sich an den
1813 Inhalten der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen messen las-
1814 sen.

1815
1816 • CDU und CSU wollen die sogenannten „Gemeinsamen Servicestellen“ so stärken, dass sie
1817 die im Gesetz vorgesehene qualifizierte, unabhängige Beratung und Koordinierung tatsäch-
1818 lich leisten. Damit erreichen wir, dass Menschen mit Behinderung ein möglichst selbstbe-
1819 stimmtes Leben führen können. Wir wollen das auch mit Eingliederungszuschüssen und
1820 durch Berufsbildungswerke und Berufsförderwerke fair unterstützen.

1821
1822 • Der Rückhalt, den Menschen mit Behinderung in ihren Familien finden, verdient hohen Re-
1823 spekt. Wir wollen Angehörige von Behinderten von Bürokratie entlasten und den Behinder-
1824 tenpauschbetrag erhöhen.

1825

1826

1827 **III. Deutschland lebenswert erhalten**

1828
1829 CDU und CSU wissen um den besonderen Wert von Heimat. Gerade in Zeiten wachsender Glo-
1830 balisierung und einer zunehmenden Entwurzelung brauchen die Menschen Halt und Orientie-
1831 rung. Die eigene Herkunft, das gewohnte Umfeld – all das sind mehr als nur äußere Umstände.
1832 Heimat ist für uns nicht nur ein Ort. Heimat bedeutet für uns Lebensgefühl, Kultur und das Be-
1833 kenntnis zu seinen Wurzeln. Wir wollen, dass Deutschland unsere lebens- und lebenswerte
1834 Heimat bleibt. Schließlich ist gerade dies ein Urmotiv des bürgerlich-konservativen Handelns in
1835 der Politik: die Liebe zur Heimat.

1836
1837 Mit der Bereitschaft unsere Pflichten zu erfüllen, Verantwortung zu übernehmen und Solidarität
1838 zu üben, wollen wir unserem Land dienen. Die überwältigende Mehrheit der Menschen in
1839 Deutschland identifiziert sich mit unserem Land, mit seiner Sprache und Kultur und den Werten
1840 des Grundgesetzes. Demokratie und Rechtsstaat, die Soziale Marktwirtschaft, Innovationskraft
1841 und Soziale Sicherheit, Weltoffenheit und ehrliches Interesse für andere Länder und Kulturen,
1842 Hilfsbereitschaft in Notlagen überall in der Welt – das alles und vieles mehr ist Grund, stolz auf
1843 Deutschland zu sein. Die Identifikation mit dem eigenen Land stärkt Mut und Zuversicht.

1844

1845 **III.1 Aus Verantwortung vor der Geschichte und unseren Werten handeln**

1846
1847 In diesem Jahr feiern wir 60 Jahre Gründung der Bundesrepublik Deutschland und 20 Jahre
1848 friedliche Revolution in der ehemaligen DDR. Das 1949 verabschiedete Grundgesetz hat die
1849 Grundlage für die weitere demokratische und rechtsstaatliche Entwicklung Deutschlands in Frie-
1850 den, Freiheit und Wohlstand gelegt. Mit der friedlichen Revolution von 1989 schufen die Bürger
1851 der ehemaligen DDR aus eigener Kraft und im Vertrauen auf Freiheit, Demokratie und Soziale
1852 Marktwirtschaft die Voraussetzungen für die historische Chance zur Überwindung der Teilung
1853 unseres Landes. Diese historischen Erfahrungen und Werte sind die Grundlage für den Zusammen-
1854 halt in unserer Gesellschaft und tragen die Leitkultur in Deutschland. Unsere Kultur ist in
1855 Geschichte, Gegenwart und Zukunft europäisch geprägt und orientiert. Diese europäische Di-
1856 mension wird im Zuge der fortschreitenden Einigung Europas weiter an Bedeutung gewinnen.

1857
1858 Alle wichtigen historischen Weichenstellungen auf dem Weg zu einem in Frieden und Freiheit
1859 vereinten Deutschland – die Westbindung, die Soziale Marktwirtschaft, die europäische Eini-
1860 gung – wurden von CDU und CSU durchgesetzt. Die Kraft dazu hatten und haben wir, weil un-
1861 sere Politik auf einer festen Basis von Werten gründet: Das christliche Menschenbild ist und
1862 bleibt für CDU und CSU der Orientierungspunkt. Der Mensch ist für uns nicht das Maß aller
1863 Dinge, denn wir wissen um seine Fehlerhaftigkeit und seine Verantwortung vor Gott. Zugleich
1864 steht der Mensch im Mittelpunkt unserer Politik, zu dessen unantastbarer Würde wir uns beken-
1865 nen. Aus diesen Quellen schöpfen wir die Zuversicht, Deutschland gestärkt aus der schwierigen
1866 Lage zu führen, in die unser Land durch die internationale Wirtschafts- und Finanzmarktkrise
1867 geraten ist.

1868
1869 • Wir erinnern an den Nationalsozialismus und seine grauenhaften Verbrechen, die millionen-
1870 fach Tod und Leid über die Welt gebracht und vor allem mit der Ermordung von sechs Milli-
1871 onen Juden in Europa eine unauslöschliche Mahnung hinterlassen haben. Diese Erinnerung
1872 nicht in Vergessenheit geraten zu lassen ist um so wichtiger, als bald keine Zeitzeugen mehr
1873 von ihren Schicksalen berichten können.

1874
1875 • Verantwortung gebietet Gedenken. Wir führen die bewährte Gedenkstättenförderung des
1876 Bundes nach der Konzeption „Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung verstärken, Ge-
1877 denken vertiefen“ verlässlich fort.

1878
1879 • Die Geschichte der deutschen Teilung und der SED-Diktatur müssen zentraler Inhalt des
1880 Schulunterrichts in ganz Deutschland werden. Dabei sind verstärkt Zeitzeugen zu Gesprä-
1881 chen einzuladen, die den Unterdrückungsapparat der DDR verdeutlichen können. Wir wol-
1882 len, dass allen Schülerinnen und Schüler einmal die Teilnahme einer Klassenfahrt nach Ber-
1883 lin angeboten werden kann. Berlin macht die Schatten- und Lichtseiten der deutschen Ge-
1884 schichte erlebbar und erfahrbar. Museen in den ehemaligen Stasi-Gefängnissen sollen das
1885 Gedenken an die Opfer wach halten.

1886
1887 • CDU und CSU unterstützen die zügige Umsetzung des Bundestagsbeschlusses zum Bau des
1888 Humboldt-Forums am historischen Ort und in der äußeren Gestalt des Berliner Stadtschlos-
1889 ses.

1890
1891 • Die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, der Wahr-
1892 heit zu dienen, Brücken zu bauen und die Völkerverständigung zu fördern. CDU und CSU
1893 halten daran fest, dass die Verbände der deutschen Heimatvertriebenen über ihre Vertretung
1894 im Rat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ selbst entscheiden können.

1895

- 1896 • Für uns steht fest: Das kulturelle Erbe der deutschen Vertriebenen ist fester Bestandteil der
1897 deutschen Kultur und Teil der deutschen und europäischen Identität. Wir werden dies
1898 unter Einbeziehung der Vertriebenen und ihrer Verbände verlässlich weiter fördern wie zum
1899 Beispiel durch die Einrichtung eines Sudetendeutschen Museums in München. Das Recht auf
1900 die Heimat gilt. Vertreibungen jeder Art müssen international geächtet und verletzte Rechte
1901 anerkannt werden.
1902
- 1903 • CDU und CSU bekennen sich zur Geschichte aller Deutschen. Wir sehen eine besondere
1904 Verantwortung für die Aussiedler, die lange und hart unter den Folgen des Zweiten Welt-
1905 krieges und des Stalinismus gelitten haben. Wir treten für das im Grundgesetz garantierte
1906 Recht zur Aussiedlung nach Deutschland ein. Wir halten an der gesetzlichen Vermutung des
1907 allgemeinen Kriegsfolgenschicksals für die Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion fest.
1908 Wir setzen uns dafür ein, dass deutschen Minderheiten in den Ländern, in denen sie leben,
1909 eine Perspektive zum Bleiben geboten wird. Alle Deutschen sollen selbst entscheiden kön-
1910 nen, ob sie in Deutschland leben oder in den Herkunftsgebieten bleiben wollen.
1911
- 1912 • Wir setzen uns auch weiterhin für öffentliche Gelöbnisse vor dem Deutschen Bundestag ein.
1913 Wir wollen dadurch das Bewusstsein für die Leistung der Bundeswehr zur Verteidigung von
1914 Demokratie und Rechtsstaat in Deutschland und weltweit schärfen. Die verdiente Anerken-
1915 nung für den Dienst der Soldatinnen und Soldaten findet in der Tapferkeitsmedaille und dem
1916 Ehrenmal für Angehörige der Bundeswehr ihren angemessenen Ausdruck.
1917

1918 **III.2 Deutschlands Einheit vollenden**

1919
1920 Mit der friedlichen und gewaltlosen Revolution 1989 übten die Menschen in der ehemaligen
1921 DDR mit Mut und Kraft ihr Selbstbestimmungsrecht aus. Sie beendeten dadurch den erzwunge-
1922 nen und unfreien Zustand von über 40 Jahren Diktatur und sozialistischer Planwirtschaft. Dafür
1923 gebührt den Menschen in Ostdeutschland Respekt und Anerkennung.
1924

1925 Wir wollen eine selbsttragende Wirtschaftsentwicklung in den Neuen Ländern erreichen. Nur
1926 mit einer starken Wirtschaft können wir gut bezahlte Arbeitsplätze und soziale Sicherheit errei-
1927 chen. Die wichtigste Herausforderung bleibt daher, die Wirtschaftskraft in den Neuen Ländern
1928 weiterzuentwickeln. Dazu brauchen wir gute Bedingungen für Unternehmensgründungen, wirt-
1929 schaftliches Wachstum, die Ansiedlung neuer Unternehmen, eine Fortsetzung des Industrie-
1930 wachstums sowie den weiteren Ausbau der regionalen Innovationsleistungen. Wichtige Aufga-
1931 ben liegen insbesondere in den ländlichen, strukturschwachen Regionen mit hohen Abwande-
1932 rungsraten noch vor uns. Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gehören nach
1933 wie vor zu unseren zentralen Aufgaben. Wir wollen, dass sich die Neuen Länder in den kom-
1934 menden Jahren zu den wettbewerbsfähigsten und innovativsten Regionen in der Mitte Europas
1935 entwickeln.
1936

- 1937 • Wir stehen zu dem fest vereinbarten und gesetzlich beschlossenen Solidarpakt II und werden
1938 ihn erfüllen. Wir werden die Investitionszulage bis 2013 verlängern und die Gemeinschafts-
1939 aufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“ auf hohem Niveau und nach bundesweit einheitli-
1940 chen Indikatoren fortführen. Die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit (VDE) sollen für die
1941 Straße bis 2010 und für die Schiene bis 2017 vollständig abgeschlossen werden.
1942
- 1943 • Trotz der erfreulichen Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in den vergangenen Jahren in
1944 Deutschland ist insbesondere der Anteil der Langzeitarbeitslosen in den Neuen Ländern wei-
1945 terhin hoch. Wir wollen zum Abbau der Arbeitslosigkeit die Chancen des Mindesteinkom-
1946 mens nutzen. Um die Zahl der Langzeitarbeitslosen und der besonders schwer vermittelbaren

- 1947
1948
1949
1950
1951
1952
1953
1954
1955
1956
1957
1958
1959
1960
1961
1962
1963
1964
1965
1966
1967
1968
1969
1970
1971
1972
1973
1974
1975
1976
1977
1978
1979
1980
1981
1982
1983
- Arbeitsuchenden zu reduzieren, wurden mit der „Bürgerarbeit“ erstmals in Sachsen-Anhalt neue Wege erprobt. Aufgrund der großen Erfolge wurde das Modell „Bürgerarbeit“ auf Thüringen und Bayern mit guten Erfolgen ausgedehnt. Daher wollen wir dieses Konzept weiter vorantreiben und seine Übertragbarkeit auf größere Arbeitsmarktregionen prüfen.
- Wir wollen die Programme zu Forschungs- und Innovationsförderung in den Neuen Bundesländern fortsetzen. Die exzellente Hochschulinfrastruktur muss stärker für Bewerber aus ganz Deutschland genutzt werden.
 - In Europa und vor allem in Deutschland geht die Bevölkerungszahl zurück. Die Entwicklung verläuft jedoch nicht überall gleich stark. Aufgrund der relativ hohen Abwanderungsraten und des Einbruchs der Geburtenrate sind die ostdeutschen Länder in stärkerem Maße vom demografischen Wandel betroffen als die westdeutschen Bundesländer. Zur Gestaltung des demografischen Wandels setzen wir uns für neue Formen der Sicherung der privaten und öffentlichen Infrastruktur (interkommunale Zusammenarbeit) ein. Insbesondere wollen wir eine stärkere Förderung einer familiennahen Infrastruktur, um jungen Menschen eine Perspektive in geringer besiedelten Regionen aufzuzeigen.
 - Das gesetzliche Rentensystem hat sich auch in den Neuen Ländern bewährt. Wir setzen uns für ein einheitliches Rentensystem in Ost und West ein.
 - Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 und die friedliche Revolution vom Herbst 1989 sind Ereignisse der deutschen Geschichte, die fester und wahrnehmbarer Bestandteil in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik Deutschland sein müssen. Der friedlichen Revolution vom Herbst 1989 als einzige erfolgreiche Freiheitsrevolution der Deutschen Geschichte kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu. Als sichtbaren Ausdruck setzen sich CDU und CSU für die Errichtung eines Nationalen Freiheits- und Einheitsdenkmals auf der Berliner Schlossfreiheit ein. Wir unterstützen die Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals in Leipzig.
 - CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass ein Lehrstuhl zur Erforschung und wissenschaftlichen Aufarbeitung des DDR-Unrechtsregimes an einer Berliner Universität dauerhaft etabliert wird.
 - Auf Initiative von CDU und CSU ist es 2007 endlich gelungen, eine Opferpension für mehr als 40.000 SED-Opfer einzuführen. Dies ist ein wichtiger Schritt in unseren Bemühungen, Ungerechtigkeiten des SED-Regimes anzuerkennen und auszugleichen.

III.3 Ländliche Räume und Landwirtschaft stärken

1984
1985
1986
1987
1988
1989
1990
1991
1992
1993
1994
1995
1996

Wir wollen ein Miteinander von Stadt und Land. CDU und CSU stehen daher für lebenswerte ländliche Räume und für eine gesunde und leistungsstarke Landwirtschaft. Beides gehört untrennbar zusammen. Ländliche Räume haben ihren eigenen Wert. Sie sind stark und bieten Perspektiven. Die mittelständisch geprägte Land- und Ernährungswirtschaft ist das Rückgrat lebensfähiger ländlicher Räume. Sie ist eine wichtige Zukunftsbranche und gehört zu den bedeutenden Wirtschaftszweigen in Deutschland. Ihre Aufgaben gehen längst über die Produktion hochwertiger Lebensmittel hinaus. Landwirte produzieren nachwachsende Rohstoffe, betreiben Landschaftspflege und betätigen sich im Tourismus. Die Land- und Forstwirtschaft gestaltet maßgeblich Deutschlands Kulturlandschaft, den Lebensraum der Tiere und Pflanzen: Mehr als die Hälfte der deutschen Landesfläche wird landwirtschaftlich genutzt, ein weiteres Drittel ist Wald.

1997 **Für lebenswerte ländliche Räume und deren Vielfalt**

1998 Deutschland braucht starke ländliche Räume. Die Mehrheit der Deutschen wohnt und arbeitet in
1999 ländlichen Regionen. Ländliche Räume geben Millionen Menschen Heimat, Arbeit, sozialen und
2000 kulturellen Zusammenhalt. CDU und CSU stehen für eine Politik, die die Leistungen der Men-
2001 schen in ländlichen Räumen anerkennt und ihre Chancen für die Zukunft sichert. Wir wollen,
2002 dass sie gute Lebens-, Bildungs- und Arbeitsbedingungen haben, eine flächendeckende medizi-
2003 nische, soziale Versorgung und eine moderne Infrastruktur nutzen können. Deshalb werden wir
2004 weiter in alle Regionen investieren.

- 2005
- 2006 • Wir werden die Vielfalt der ländlichen Räume erhalten und deren Stärken und Wirtschaftskraft fördern. Wir werden dafür insbesondere die Gemeinschaftsaufgaben zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur und der Agrarstruktur einsetzen. Wir werden die Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes aufstocken und mit Blick auf den Schutz der Gebirgsregionen fortentwickeln. Attraktive ländliche Räume benötigen eine dezentrale Versorgung mit erneuerbaren Energien. Die ländlichen Räume müssen mit gezieltem Regionalmanagement und Regionalmarketing ihr Profil schärfen. Das werden wir unterstützen.
 - 2015 • Wir werden für eine integrierte Entwicklung der ländlichen Räume Sorge tragen und den kontinuierlichen Ausbau der Infrastruktur der ländlichen Räume fördern, besonders in den Bereichen Arbeitsplätze, medizinische Versorgung, Verkehr, Bildungsangebote und Kultur. Den Zugang ländlicher Räume zu den überörtlichen Verkehrsachsen werden wir durch leistungsfähige Anbindungen voranbringen.
 - 2021 • Wir werden die bislang noch nicht versorgten ländlichen Gebiete mit Breitbandtechniken anschließen und deren Leistungsfähigkeit schnell ausbauen. Genauso wie Kommunalstraßen, Wasser- und Abwasserleitungen gehören heute auch Breitbandkabel zur Daseinsvorsorge und sind ein wichtiger wirtschaftlicher Standortfaktor. Durch unsere Breitbandoffensive wollen wir die Gemeinden bei ihren Konzepten zur Versorgung des ländlichen Raums mit Breitbandanschlüssen unterstützen. Die Förderung muss sich dabei zukünftig noch stärker an den Bedürfnissen vor Ort ausrichten und auch eigene Kabellösungen einschließen. In engem Dialog mit den Gemeinden werden wir daher die Förderprogramme weiterentwickeln.

2030 **Für eine gesunde und starke Land- und Forstwirtschaft**

2031 Die Versorgung der Menschheit mit Nahrungsmitteln und Energie sowie der Klimaschutz gehören zu den zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Diese Herausforderungen machen bewusst, wie wertvoll unsere heimische Landwirtschaft ist. Das vertraute vielfältige Angebot qualitativ hochwertiger und preiswerter Lebensmittel wäre nicht denkbar ohne die starke Landwirtschaft in Deutschland. Faire Rahmenbedingungen für die Landwirte sorgen für Versorgungssicherheit und faire Preise. Eine gesunde und starke Landwirtschaft sichert die Ernährung, erhält unsere Kulturlandschaft, produziert nachwachsende Rohstoffe und trägt zur Energiesicherheit bei. CDU und CSU wollen, dass unsere Landwirte vernünftige Einkommen erwirtschaften können und für ihre Leistungen für das Gemeinwohl die verdiente Anerkennung bekommen. Dabei wollen wir den Reichtum der unterschiedlichen Formen der Landwirtschaft in Deutschland erhalten, denn sie prägen die kulturelle und landschaftliche Vielfalt Deutschlands. Dazu gehört ein wirksamer Verbraucher-, Natur- und Tierschutz, der das Vertrauen der Verbraucher in unsere Lebensmittelproduktion sichert.

- 2044
- 2045 • Wir werden die politischen Rahmenbedingungen so setzen, dass sich unsere Land- und Forstwirtschaft – konventionell und ökologisch wirtschaftende, Familienbetriebe und Gemeinschaftsunternehmen – gut entwickeln können. Wir wollen ein Miteinander, kein Gegen-

2048 einander in der Landwirtschaft.
2049

- 2050 • Wir werden dafür sorgen, dass die zeitliche Befristung der Steuersenkung beim Agrardiesel
2051 aufgehoben wird und die Entlastung dauerhaft wirksam ist. Die deutsche Landwirtschaft
2052 braucht Wettbewerbsgleichheit mit den anderen EU-Ländern. Wir werden weiter auf den
2053 Abbau überflüssiger Bürokratie in der EU-Agrarpolitik drängen. Darüber hinaus tragen wir
2054 Sorge für eine wettbewerbsneutrale („1 zu 1“) Umsetzung von EU-Richtlinien. Wir setzen
2055 uns in Europa für einheitlich strenge Standards ein. Die EU ihrerseits muss in den weltweiten
2056 Handelsübereinkommen für die Anerkennung von Standards des Verbraucher-, Umwelt- und
2057 Tierschutzes eintreten.
2058
- 2059 • Wir werden den Weg der Marktorientierung mit Augenmaß weiter gehen und für faire Rah-
2060 menbedingungen für die landwirtschaftlichen Betriebe sorgen. An der Vorsteuerpauschale,
2061 am Ausgleich für den Strukturwandel zur Beitragsstabilisierung in der agrarsozialen Siche-
2062 rung und am Bundeszuschuss zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung lassen wir nicht
2063 rütteln. Auf das Instrument der Direktzahlungen, auf das insbesondere landwirtschaftliche
2064 Betriebe in Mittelgebirgsregionen, im Bergland und in Grünlandgebieten angewiesen sind,
2065 kann nicht verzichtet werden.
2066
- 2067 • Die Milchwirtschaft prägt die Heimat in weiten Regionen Deutschlands. Wir werden die
2068 Milchbauern nicht ungeschützt und unvorbereitet dem freien Spiel der Marktkräfte überlas-
2069 sen, sondern die Milchviehbetriebe gezielt unterstützen, auch durch die Mittel des durch
2070 Deutschland in Brüssel erwirkten Milchfonds. Für uns stehen dabei die Stärkung der Wett-
2071 bewerbsfähigkeit durch Investitionsförderung und die Sicherung der Milcherzeugung in na-
2072 turräumlich benachteiligten Regionen, in Grünland-, Berg- und Mittelgebirgsregionen mit
2073 der Ausgleichzulage und tierhaltungsbezogenen Grünland- und Weideprämien im Vorder-
2074 grund.
2075
- 2076 • Die Verbesserung der Strukturen und der Marktstellung der Molkereien ist eine der zentralen
2077 Zukunftsaufgaben der deutschen Milchbranche. Wir werden Sorge dafür tragen, dass die
2078 notwendige Entwicklung im Einklang mit dem Kartell- und Wettbewerbsrecht möglich ist.
2079 Zudem werden wir den Ausbau von Milcherzeugergemeinschaften weiter fördern, um die
2080 Stellung der Produzenten gegenüber den privaten Molkereien zu stärken. Die vereinbarte
2081 Milchmengensteuerung bis 2015 muss vor dem Hintergrund der realen Entwicklung der
2082 Weltwirtschaft zukunftsfähig gestaltet werden.
2083
- 2084 • Wir wollen die steuerrechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, die künftig auf den Märk-
2085 ten zunehmenden Preisschwankungen durch Risikorücklagen abfedern können.
2086
- 2087 • Die verstärkte Erschließung von Exportmärkten ist für die deutsche Land- und Ernährungs-
2088 wirtschaft unverzichtbar. Wir werden die Exportoffensive fortsetzen und die Stellung der
2089 mittelständischen Agrar- und Ernährungswirtschaft auf den Auslandsmärkten mit einem ab-
2090 gestimmten Konzept und zielgerichteten Maßnahmen stärken. Die Veredelungs- und Milch-
2091 wirtschaft haben dabei hohe Priorität.
2092
- 2093 • Wir werden Investitionen und Innovationen in der Land- und Ernährungswirtschaft fördern,
2094 die sie effizienter machen und gleichzeitig tier- und umweltfreundlich sind. Wir wollen eine
2095 Innovations- und Qualifizierungsoffensive über die gesamte Wertschöpfungskette. Dazu ge-
2096 hören eine Stärkung der Agrarforschung und die Sicherung des hohen Niveaus der Ausbil-
2097 dung.
2098

- 2099 • Wir setzen bei der Weiterentwicklung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik auf das
2100 europäische Agrarmodell einer nachhaltigen, multifunktionalen und vielfältigen Landwirt-
2101 schaft und die flächendeckende Erhaltung der Kulturlandschaften. Wir wollen es im EU-
2102 Haushalt nach 2013 absichern und damit auch einen Beitrag zur Sicherung der Welternäh-
2103 rung leisten. Wir treten ein für Marktorientierung, Ausgleich der höheren europäischen Pro-
2104 duktionsstandards, Honorierung der Leistungen der Landwirtschaft für Gesellschaft und Na-
2105 tur sowie Schaffung eines verlässlichen Sicherheitsnetzes gegen krisenhafte Preisabstürze.
2106 Die produktionsunabhängigen Direktzahlungen sind dabei ein unverzichtbares Instrument
2107 und müssen in angemessener Höhe erhalten bleiben. Wir brauchen dafür eine starke erste
2108 Säule und eine finanziell gut ausgestattete zweite Säule der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik.
2109 Eine Vereinfachung der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik und regional angepasste Lösungen
2110 werden ihre Akzeptanz in Landwirtschaft und Gesellschaft steigern.
- 2111
- 2112 • Politik muss die Sorgen der Bürger bei grüner Gentechnik ernst nehmen und darf keine un-
2113 nötigen Risiken eingehen.
- 2114
- 2115 • Wir werden den Anbau nachwachsender Rohstoffe unterstützen, ohne die Ernährungssicher-
2116 heit zu gefährden. Biomasse eröffnet nicht zuletzt als eine der erneuerbaren Energien eine
2117 Vielfalt von Möglichkeiten – von der Wärme über Biokraftstoffe bis zu Biogas. Wir setzen
2118 uns für verlässliche Rahmenbedingungen ein, damit die bäuerliche Landwirtschaft diese
2119 Möglichkeiten nutzen kann. Dabei wird die Verwendung biogener Reststoffe für den energie-
2120 getischen Bereich zukünftig eine größere Rolle spielen. Die Besteuerung von Biokraftstoffen
2121 wollen wir unter aktueller Berücksichtigung der Ölpreisentwicklung so gestalten, dass die
2122 heimische Produktion von Biodiesel und Rapsölkraftstoff wettbewerbsfähig bleibt.
- 2123
- 2124 • Wir werden die Stärkung der Partnerschaft zwischen Landwirtschaft, Natur- und Umwelt-
2125 schutz über freiwillige Programme weiter stärken. Wir werden uns am Vorrang des Ver-
2126 tragsnaturschutzes orientieren. Die Umstellung auf den Ökolandbau werden wir weiter för-
2127 dern und die Forschung intensivieren.
- 2128
- 2129 • Wir wollen den Verlust landwirtschaftlicher Flächen durch Baumaßnahmen und ökologische
2130 Ausgleichsflächenregelungen eindämmen. Jeder Eingriff, der landwirtschaftliche Nutzfläche
2131 der Produktion entzieht, muss abgewogen werden und kommt nur als letzte Möglichkeit in
2132 Frage. Wir werden dafür sorgen, dass die Landwirte frühzeitig in geplante Vorhaben einge-
2133 bunden werden und die Verantwortung für Ausgleichsflächen möglichst beim Landwirt be-
2134 lassen, das Flächenmanagement für Ausgleichsflächen verbessert und die Möglichkeit für ei-
2135 nen finanziellen Ausgleich erweitert wird.
- 2136
- 2137 • Wir wenden uns gegen Patente auf Tiere und Pflanzen. Die gegenwärtige europäische Ge-
2138 setzgebung zum Patentrecht muss überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Die Zucht
2139 von landwirtschaftlichen Nutztieren durch Kreuzung und Selektion muss patentfrei bleiben.
- 2140
- 2141 • Wir wollen eine Politik für Landwirtschaft und ländliche Räume aus einem Guss. Mit dieser
2142 Zielrichtung werden wir das Landwirtschaftsgesetz novellieren und ein modernes Gesetz zur
2143 Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume schaffen. Dort werden wir die
2144 gute fachliche Praxis in der Landwirtschaft verankern und viele rechtliche Regelungen und
2145 Förderungen für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum zusammenfassen.
- 2146

2147 **III.4 Tourismus in Deutschland – vielfältig und attraktiv**

2148
2149 Der Tourismus ist eine verlässliche Wachstumslokomotive für Deutschland. CDU und CSU wol-
2150 len ihn mit guten Rahmenbedingungen weiter stärken. Die deutsche Tourismuswirtschaft steht
2151 unter einem enormen Globalisierungs- und Wettbewerbsdruck, wozu auch die Mehrwertsteuer-
2152 belastung beiträgt. Unser Ziel ist, Urlaub in Deutschland noch attraktiver zu machen. Wir orien-
2153 tieren uns an einem in sozialer, kultureller und ökologischer Hinsicht verträglichen sowie wirt-
2154 schaftlich erfolgreichen Tourismus.

- 2155
2156 • Wir werden eine noch stärkere Vernetzung von Kultur und Tourismus fördern. Wir werden
2157 die Anpassung des Tourismus an die demografischen und gesellschaftlichen Herausforde-
2158 rungen in unserem Land unterstützen, beispielsweise durch die Förderung des barrierefreien
2159 Tourismus.
- 2160
2161 • Wir setzen zur Stärkung der regionalen Strukturen auf eine Förderung des Tourismus im
2162 ländlichen Raum. Dabei gilt es auch durch einen gezielten und umweltverträglichen Ausbau
2163 der Verkehrsinfrastruktur die Erreichbarkeit von touristischen Zielen zu erhöhen.
- 2164
2165 • Wir wollen den Bürokratieabbau für unsere mittelständische Tourismuswirtschaft vorantrei-
2166 ben. Wir streben die Erhöhung der Mittel für die Auslandsvermarktung der Tourismusbran-
2167 che an.
- 2168
2169 • Wir unterstützen die Bewerbung Münchens, Garmisch-Partenkirchens und des Landkreises
2170 Berchtesgadener Land um die Ausrichtung der XXII. Olympischen und XII. Paralympischen
2171 Winterspiele 2018. Wir setzen auf eine nachhaltige und ökologischen Anforderungen umfas-
2172 send gerecht werdende Durchführung. Von den Spielen sollen wichtige Impulse für den Tou-
2173 rismus in Deutschland ausgehen.

2174 2175 **III.5 Unsere Städte – weltoffen und lebenswert**

2176
2177 Städte sind Schnittpunkte der wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklung.
2178 Sie sind Experimentierfelder für Innovation und Fortschritt ebenso wie bevorzugte Ziele der
2179 Zuwanderung. Sozialer Zusammenhalt und Integration sind in besonderem Maße Herausforde-
2180 rungen für lebenswerte Städte. Sie müssen in gleichem Maße offen und attraktiv sein für alle –
2181 für junge Familien und Ältere. Architektur und Stadtplanung müssen sich diesen Zielen ver-
2182 pflichtet fühlen. Attraktiv macht unsere Städte ihr vielfältiges kulturelles Angebot. Städte müs-
2183 sen vor allem auch hochqualifizierten Menschen in der Kultur- und Kreativwirtschaft Raum ge-
2184 ben. Sie treten damit in einen internationalen Wettbewerb und müssen diesen als Chance begrei-
2185 fen.

- 2186
2187 • Voraussetzung für die Attraktivität von Städten ist eine hohe Integrationsfähigkeit. Bildung
2188 ist der Schlüssel zur Integration. Mit dem Pakt für Deutschland ermöglichen wir in der Krise
2189 kommunale Investitionen in Bildung und damit in die Zukunft.
- 2190
2191 • Wir wollen die Förderung des Bundes für kulturelle Leuchtturmprojekte in ganz Deutschland
2192 verlässlich fortsetzen. Der kulturelle Reichtum vieler Städte prägt Deutschland.
- 2193
2194 • Lebenswerte Städte brauchen eine verlässliche Perspektive für den demografischen Wandel.
2195 Um ein attraktives Stadtumfeld und eine zuverlässige Infrastruktur zu sichern, wollen wir
2196 den Stadtbau als eine wichtige Herausforderung mit milieu- und zielgruppenorientierten
2197 Angeboten gestalten. Hierzu zählen insbesondere ein kinder- und familienfreundliches

2198 Wohnumfeld und Angebote für barrierefreies Wohnen. Hinzu kommen auch neuen Wohn-
2199 formen für die ältere Generation. Chancen auf Wohneigentum erhöhen die Verbundenheit
2200 mit der eigenen Stadt. Dazu gehört auch, die öffentlichen Räume sicher, lebendiger und für
2201 die Menschen benutzbar zu gestalten.

2202
2203 • Leben und Arbeiten in der Stadt gehören zusammen. Stadtplanung und Infrastrukturausbau
2204 müssen gemeinsam entwickelt und organisiert werden. Attraktive Städte müssen ihre Bedeu-
2205 tung als Kultur-, Tourismus- und Wirtschaftsstandorte stärken. Wir wollen Kooperationen
2206 über die Grenzen von Städten und Regionen hinweg weiter fördern.

2207
2208 • Der europäische Integrationsprozess wird die Bedeutung der großen Städte und Metropolen
2209 in Europa weiter erhöhen. Vor diesem Hintergrund muss die Bundespolitik darauf hinwirken,
2210 die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Städte und die Fortentwicklung des
2211 europäischen Modells der Stadt als einem von ihren Bürgern aktiv gestalteten und gelebten
2212 Organismus zu fördern.

2213 2214 **Leistungsfähige Kommunen**

2215 In einer Welt, die einerseits kleiner aber andererseits unübersichtlicher wird, wächst das Bedürf-
2216 nis nach Identität und Heimat. In unserer Zeit der Globalisierung und der fortschreitenden Euro-
2217 päisierung sind die selbstverwalteten Kommunen ein wichtiger Bezugs- und Ankerpunkt unserer
2218 Gesellschaft. Engagement vor Ort und die Möglichkeit, an Entscheidungen teilzuhaben, führen
2219 zu einem Gefühl der Zusammengehörigkeit im Gemeinwesen und stärken die Akzeptanz unserer
2220 freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Föderalismus und kommunale Selbstverwaltung sind
2221 tragende Säulen unseres Gemeinwesens.

2222
2223 • Für uns steht fest: Zentralismus, also die Bündelung aller Aufgaben beim Bund oder in Euro-
2224 pa, ist die falsche Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit. Zur Vielfalt unseres Lan-
2225 des gehört gerade, dass jede Gemeinde unterschiedliche Bedürfnisse, Stärken und Schwächen
2226 hat. Was in einer Region richtig ist, muss noch lange nicht in anderen Regionen sinnvoll
2227 sein. CDU und CSU wollen diese innovationsfördernde Vielfalt erhalten. Im Interesse der
2228 Bürger muss Klarheit über die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten geschaffen werden,
2229 damit Dienstleistungen für den Bürger im Vordergrund stehen.

2230
2231 • Wir wollen die Kommunen als Partner für die Bürger stärken. Die kommunalpolitischen
2232 Aufgaben ergeben sich aus dem alltäglichen Miteinander. Deshalb bekennt sich CDU und
2233 CSU seit jeher zum Subsidiaritätsprinzip. Wir wollen, dass öffentliche Aufgaben so nah wie
2234 möglich bei den Bürgerinnen und Bürgern erfüllt werden und setzen uns auf nationaler und
2235 auf europäischer Ebene für dezentrale Strukturen ein. Wir wollen die Kommunen auf allen
2236 Ebenen in unsere Gestaltungsmöglichkeiten mit einbeziehen.

2237
2238 • Die Sorge für die Finanzkraft der Kommunen ist für CDU und CSU ein wichtiger Baustein
2239 einer erfolgreichen Politik für Wachstum und Beschäftigung. Die finanzielle Leistungskraft
2240 der Kommunen wirkt sich auf den Alltag der Bürger unmittelbar aus. Deshalb brauchen wir
2241 krisenfeste und zukunftsfähige Kommunalfinanzen. Wir wollen, dass künftig die Bürokratie-
2242 kosten der Kommunen, aber auch der gesamten öffentlichen Verwaltung gemessen werden.

2243
2244 • CDU und CSU bekennen sich zur Verantwortung der Kommunen, ihren Bürgern den Zugang
2245 zu allen Gütern und Leistungen, die für ein menschliches Dasein notwendig sind, zu gewähr-
2246 leisten. Die öffentliche Hand stößt bei der Aufgabenerfüllung häufig finanziell an ihre Gren-
2247 zen. Daher müssen im Sinne der Nachhaltigkeit rentable Möglichkeiten der privaten Finan-
2248 zierung intensiver als bisher genutzt werden. Dabei ist aber eine vollständige Privatisierung

2249 nicht grundsätzlich die beste Lösung. Wir wollen eine optimale Aufgabenverteilung zwi-
2250 schen staatlichen und privaten Wirtschaftseinheiten, die die Vorteile eines fairen Wettbe-
2251 werbs nutzt, aber nicht zu Lasten einer sicheren und hochwertigen Daseinsvorsorge geht.
2252 Unser Ziel ist die Verbesserung von Qualität und Effizienz der Daseinsvorsorge für alle Bür-
2253 ger. Dazu können gerade auch öffentlich-private Partnerschaften beitragen.
2254

2255 **III.6 Umwelt- und Klimaschutz – Für die Zukunft unserer Erde**

2256

2257 Die Bewahrung der Schöpfung und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sind Kernan-
2258 liegen unserer Politik. Der globale Klimawandel ist bereits heute Realität. Er beschleunigt sich
2259 und wird zur Gefahr für die Schöpfung und die Lebenschancen künftiger Generationen. Dieser
2260 Entwicklung entgegenzusteuern und die negativen Auswirkungen der globalen Erwärmung zu
2261 begrenzen, ist unser Ziel. Ökologie wird für die Ökonomie des 21. Jahrhunderts immer wichti-
2262 ger. Aus dieser engen und sich wechselseitig befruchtenden Verbindung erwachsen für Deutsch-
2263 land immense Entwicklungspotenziale. CDU und CSU stehen in Klima- und Umweltpolitik für
2264 einen kooperativen Stil, der Verbraucher und Unternehmen dazu selbst ermutigt, Verantwortung
2265 für Umwelt und Klima zu übernehmen. Anreize und marktwirtschaftlich orientierte Instrumente
2266 sind staatlichen Regulierungen und Vorschriften vorzuziehen. Wir brauchen einen „Umweltpakt
2267 Deutschland“ als eine neue Form der Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Staat in den Schlüs-
2268 selfragen von Ökologie und Ökonomie. Unser gemeinsames Ziel ist es, wirtschaftliches Wachs-
2269 tum in einer intakten Umwelt jetzt und für künftige Generationen zu sichern.
2270

2271 **Verantwortung für Klimaschutz wahrnehmen**

2272 Erfolgreicher Klimaschutz erfordert weltweit gemeinsames Handeln. Unser Ziel ist es, dazu bei-
2273 zutragen, die durchschnittliche Erwärmung der Erdatmosphäre auf maximal zwei Grad Celsius
2274 im Vergleich zur vorindustriellen Ausgangssituation zu begrenzen.
2275

- 2276 • Wir setzen uns für ein verbindliches Kyoto-Plus-Abkommen ein und wollen die Weltklima-
2277 konferenz im Dezember 2009 in Kopenhagen zum Erfolg bringen. Wir wollen gemeinsam
2278 mit den USA verbindliche Klimaschutzziele vereinbaren und Entwicklungs- und Schwellen-
2279 länder beim Klimaschutz mitziehen.
2280
- 2281 • Wir wissen: Der Klimawandel fordert auch Strategien zur Anpassung an seine regional ganz
2282 unterschiedlichen voraussichtlichen Auswirkungen. Wir werden uns für den Schutz beson-
2283 ders sensibler Naturräume, wie des Wattenmeeres und der Alpen, sowie den Waldumbau hin
2284 zu klimaresistenteren Wäldern und für die Stärkung des Hochwasserschutzes einsetzen. Wir
2285 wollen verstärkt in ausreichende Wasserrückhalteräume, in die Sicherung der Wasserres-
2286 sourcen und in die stärkere Vernetzung der Wasserversorgungen investieren.
2287
- 2288 • Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, dass Europa durch Erfüllung dieser ambitionierten
2289 Ziele seiner Vorreiterrolle im Klimaschutz gerecht wird. Die Europäische Union hat sich be-
2290 reits jetzt auf eine Reduzierung ihrer CO₂-Emissionen um mindestens 20 Prozent bis 2020
2291 festgelegt. Darüber hinaus sollen bis 2020 die Energieeffizienz um 20 Prozent im Vergleich
2292 zu 1990 gesteigert und der Anteil der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch eben-
2293 falls auf 20 Prozent erhöht werden.
2294
- 2295 • Wir sehen im marktwirtschaftlich orientierten europäischen Emissionshandelssystem einen
2296 zielführenden Weg zu einer ausgewogenen Balance zwischen Ökonomie und Ökologie. Wir
2297 wollen den Emissionshandel unter Beachtung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und
2298 europäischen Industrie fortentwickeln. Wir setzen uns zugleich für eine verstärkte Vernet-
2299 zung mit Staaten und Handelssystemen außerhalb der Europäischen Union ein. Wachsende

2300 einseitige Belastungen aus dem Emissionshandel müssen an anderer Stelle ausgeglichen
2301 werden, die Erlöse national verfügbar sein. Langfristig ist unser Ziel, den Emissionshandels
2302 zu einem globalen System weiterzuentwickeln und auch weitere Branchen mit einzubezie-
2303 hen. Wir wollen, dass mit Einnahmen aus dem Emissionshandel auch die Klimaanpassung
2304 finanziell unterstützt wird.

- 2305
- 2306 • Wir setzen Deutschland ehrgeizige Ziele. Bis 2020 soll der CO₂-Ausstoß im Vergleich zu
2307 1990 um 40 Prozent sinken. Der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung soll
2308 dann bei 30 Prozent liegen. Die Energieeffizienz soll sich im Vergleich zu 1990 verdoppeln.
2309 Die Förderung erneuerbarer Energien, ein breiter Energiemix sowie Anreize für mehr Ener-
2310 gieeffizienz und Energiesparen sind unser Weg zum Klimaschutz. Energieeffizientes Bauen
2311 und energetische Gebäudesanierung sind besonders wirksame Maßnahmen zur Treibhausgas-
2312 reduzierung.
 - 2313
 - 2314 • Wir begreifen die Umwelttechnologien als eine große Chance für den Exportweltmeister
2315 Deutschland. In diesem Zusammenhang ist es eine unsere vordringlichsten Zukunftsaufga-
2316 ben, Klimaschutz und Mobilität in Einklang zu bringen. Ziel müssen sparsamere und von
2317 fossilen Brennstoffen unabhängige Antriebstechnologien sein. Um deutsche Arbeitsplätze zu
2318 sichern und unsere ehrgeizigen Klimaziele zu erreichen, werden wir den Dialog zwischen In-
2319 dustrie, Wissenschaft und Politik mit dem Ziel einer Strategie für Zukunftstechnologien des
2320 Automobils fördern. Dabei setzen wir auch auf eine verbesserte Motorentchnik zur Redu-
2321 zierung des CO₂-Ausstoßes.
 - 2322
 - 2323 • Die Entwicklung alternativer Kraftstoffe wie Biokraftstoffe, Biogas und Wasserstoff oder
2324 innovativer Antriebstechnologien kann einen wesentlichen Beitrag zur Reduktion von CO₂-
2325 Emissionen leisten. Zudem wollen wir die Biokraftstoffstrategie überarbeiten, um die weitere
2326 Nutzung der Biomasse wirtschaftlicher und nachhaltiger zu gestalten. Die Entwicklung von
2327 Biokraftstoffen der 2. Generation wollen wir ebenfalls vorantreiben.
 - 2328

2329 **Umweltpolitik – Schöpfung bewahren und Zukunft sichern**

2330 Für CDU und CSU ist die biologische Vielfalt ein Kernelement der Schöpfung. Naturreichtum
2331 und eine hohe Artenvielfalt von Pflanzen, Tieren und Mikroorganismen sind Voraussetzungen
2332 für sauberes Wasser, reine Luft und fruchtbare Böden, auf denen gesunde Nahrungsmittel in aus-
2333 reichendem Umfang erzeugt werden können. Eine intakte Natur ist auch ein zentraler Wirt-
2334 schaftsfaktor. Sie sichert Wertschöpfung und Beschäftigung. Der Schutz der Umwelt in unserem
2335 Land war in den vergangenen Jahren eine Erfolgsgeschichte, zu der auch CDU und CSU beige-
2336 tragen haben. Wir wollen den Naturreichtum und die Artenvielfalt unserer Heimat weiter bewah-
2337 ren und auch unsere Verantwortung für den internationalen Umweltschutz engagiert wahrneh-
2338 men. Dabei stehen wir für eine Umweltpolitik mit Augenmaß. Ziel ist, die hohen Umweltstan-
2339 dards zu wahren, aber überflüssige Bürokratie zu vermeiden. Wo Andere verbieten, setzen wir
2340 Rahmenbedingungen für einen kooperativen Umweltschutz, der die Eigenverantwortung der
2341 Beteiligten stärkt und ihr neuen Schwung verleiht. Nur so findet Umweltschutz Akzeptanz und
2342 Unterstützung.

- 2343
- 2344 • Wir stehen für eine Harmonisierung der Umweltstandards in Europa. Maßgabe muss das
2345 Verursacherprinzip sein. Regionale Defizite müssen behoben und Vorleistungen in Mitglied-
2346 staaten mit hohem Umweltniveau wie in Deutschland anerkannt werden.
 - 2347
 - 2348 • Wir wollen eine innovative und flexible Naturschutzpolitik. Instrumente und Maßnahmen
2349 müssen den jeweiligen lokalen und regionalen natürlichen Gegebenheiten sowie den ökonomi-
2350 schen, ökologischen und sozialen Bedingungen angepasst werden. Kooperation mit den

- 2351 Betroffenen vor Ort ist unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Naturschutzpolitik.
2352 Dabei ist das ehrenamtliche Engagement, beispielsweise in den Naturschutzverbänden, un-
2353 verzichtbar.
2354
- 2355 • Der Erhalt der Wälder hat eine zentrale Bedeutung, denn sie sind Lebensraum vieler Arten
2356 und die Lunge der Welt zugleich. Stärker als jemals zuvor müssen wir den Schutz der Wäl-
2357 der regional, national und international intensivieren. Im Rahmen einer nationalen Strategie
2358 fordern wir ein mit Ländern und Kommunen, mit Waldbesitzern und Landnutzern eng abge-
2359 stimmtes Bundesprogramm zum Schutz der biologischen Vielfalt. Wir sprechen uns für die
2360 Vernetzung ökologisch besonders wertvoller Gebiete in einem Verbundsystem aus. Wir stre-
2361 ben ein europa- und weltweites System von Schutzgebieten unter stärkerer Einbindung der
2362 regional unterschiedlichen Kulturlandschaften an.
2363
 - 2364 • Wir fordern, dass die bestehende nationale Strategie für die nachhaltige Nutzung und den
2365 Schutz der Meere konsequent umgesetzt wird. In diesem Zusammenhang sprechen wir uns
2366 auch für ein umfassendes Walfangverbot aus.
2367
 - 2368 • CDU und CSU fühlen sich dem Tierschutz in besonderem Maße verpflichtet. Es ist uns
2369 wichtig, den Tierschutz in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung im Einklang mit der
2370 Wirtschaftlichkeit voranzubringen. Wir wollen unsere hohen Tierschutzstandards EU-weit
2371 durchsetzen. Wir setzen uns dafür ein, dass Tiertransportzeiten in der EU weiter begrenzt
2372 werden. Zur Reduzierung von Tierversuchen werden wir die Entwicklung von Ersatzmetho-
2373 den weiter fördern. Auch im internationalen Tier- und Artenschutz werden wir uns weiter
2374 engagieren.
2375
 - 2376 • Wir setzen uns für einen vernünftigen Bodenschutz ein. Die Wiederverwendung bereits ge-
2377 nutzter Flächen muss Vorrang vor Flächenneuverbrauch haben. Hierzu müssen die notwen-
2378 digen Rahmenbedingungen geschaffen werden wie etwa durch die Setzung von Anreizen für
2379 interkommunale, regionale Abstimmung bei Gewerbeansiedlungen. Eine EU-Richtlinie zum
2380 Bodenschutz lehnen wir ab.
2381
 - 2382 • Wir wollen die Qualität der deutschen Gewässer weiter verbessern. Hierzu wollen wir an-
2383 spruchsvolle Anforderungen an die Gewässergüte in Europa gemeinsam mit unseren Nach-
2384 barn umsetzen, Schadstoffe weiter vermindern sowie unseren zukunftsweisenden Gewässer-
2385 schutz entwickeln.
2386
 - 2387 • Die Versorgung der Bevölkerung und Industrie mit Trinkwasser sowie die Entsorgung des
2388 Abwassers sind Aufgaben der Daseinsvorsorge und liegen in der Zuständigkeit der Städte
2389 und Gemeinden. Sie entscheiden darüber, wie sie im Miteinander mit privaten Unternehmen
2390 die Aufgabenerfüllung gestalten. Deutschland muss hier Liberalisierungstendenzen der EU
2391 einen Riegel vorschieben. Wir stehen ein für den Erhalt der kommunalen Verantwortung bei
2392 Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung.
2393
 - 2394 • Wir wollen die Abfallwirtschaft und das Ressourcenmanagement im europäischen Kontext
2395 weiter entwickeln. Unser Ziel ist dabei eine ökologisch und ökonomisch effizientere sowie
2396 eine verbraucherfreundliche Ausrichtung der Abfallwirtschaft. Vorrang hat ist die Abfall-
2397 vermeidung. Nicht vermeidbare Abfälle müssen soweit wie möglich verwertet werden. An-
2398 gesichts der zunehmenden rechtlichen Rahmensetzungen durch die europäische Ebene ist ei-
2399 ne umfassende Harmonisierung auf hohem Niveau innerhalb der EU in Praxis und Vollzug
2400 dringend notwendig.
2401

- 2402 • Wir wollen dafür sorgen, dass die abfallrechtlichen Regelungen übersichtlicher und die tech-
2403 nischen Standards einfacher, klarer und eindeutiger werden. Dabei sind insbesondere die In-
2404 halte der Verpackungsverordnung zu überprüfen. Ein besonderes Anliegen ist uns dabei eine
2405 Stabilisierung des Mehrwegsystems, das ökologisch wertvoll und effizient ist.
2406
- 2407 • Zwei Drittel der Deutschen fühlen sich im Wohnumfeld durch Straßenlärm gestört. Lärm
2408 kostet Lebensqualität und schadet der Gesundheit. Die Lärmbekämpfung muss vorrangig an
2409 der Quelle erfolgen. Wir fordern, dass die geltenden Lärmsanierungswerte abgesenkt werden.
2410 Wir sprechen uns für die Fortführung der Bundesmittel für Lärmsanierung über das Kon-
2411 junkturprogramm hinaus aus. Wir wollen die Lärmbekämpfung durch verstärkte Verbauung
2412 von lärmarmem Asphalt, durch Verkehrsvermeidung und -verlagerung und durch Lärm-
2413 schutzwände und -wälle entlang von Straßen und Schienenstrecken voranbringen.
2414
- 2415 • Die Luftqualität ist Ausdruck gesunder Lebensbedingungen. Wir setzen uns dafür ein, die
2416 Schadstoffe bereits an der Quelle zu reduzieren. Mit Augenmaß wollen wir uns vor allem für
2417 eine Senkung der Feinstaub- und Stickoxidemissionen einsetzen. Unsere besondere Auf-
2418 merksamkeit gilt dem Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Er trägt zur
2419 Senkung der Feinstaubemissionen bei und sichert die Funktionsfähigkeit und Lebensqualität
2420 unserer Städte.
2421

2422 **III.7 Verbraucherschutz verwirklichen**

- 2423
2424 CDU und CSU setzen auf den mündigen Verbraucher. Verbraucher können heute aus einem sehr
2425 großes Angebot auswählen und sind gleichzeitig gefordert wie nie. Wir wollen, dass sie in allen
2426 Lebensbereichen und Altersstufen für sich die richtige Entscheidung treffen können. Nicht Be-
2427 vormundung, sondern Befähigung ist unser Ziel. Unsere Politik ermöglicht den Verbrauchern,
2428 sich in einer immer komplexer werdenden Waren- und Dienstleistungswelt zu orientieren. Wir
2429 setzen auf klare Regeln, aussagekräftige Kennzeichnungen, Informationspflichten, Verbrau-
2430 cherbildung, effektive Rechtsdurchsetzungsmöglichkeiten und wettbewerblich organisierte
2431 Märkte. Wir stehen auch für eine Verbraucherpolitik, die die Menschen vor unsicheren und ge-
2432 sundheitsgefährdenden Produkten schützt und ihnen hilft, wenn sie getäuscht werden.
2433
- 2434 • Wir werden die Verbraucherforschung und -berichterstattung im Interesse einer effizienten
2435 Politikberatung weiterentwickeln. Ziel ist die Einrichtung eines unabhängigen Sachverständigenrates für Verbraucherfragen.
2436
2437
- 2438 • Verbraucher sollen sich leicht informieren können, sie sollen gut beraten und ihre Interessen
2439 gut vertreten werden. Deshalb werden wir die Arbeit der Stiftung Warentest und des Bun-
2440 desverbandes der Verbraucherzentralen weiterhin verlässlich unterstützen. Das Verbraucher-
2441 informationsgesetz werden wir weiterentwickeln. Zudem werden wir ein zentrales Verbrau-
2442 chertelefon mit Lotsenfunktion an die einheitliche Behördennummer 115 angliedern. Den
2443 Medien wollen wir mit einem Preis für guten Verbraucherjournalismus Anreize geben zur
2444 Vermittlung von Verbraucherthemen.
2445
- 2446 • Wir stehen dafür, dass der europäische Binnenmarkt auch den Verbrauchern Vorteile bringt.
2447 Das hohe Schutzniveau der deutschen Verbraucher muss erhalten und gestärkt werden. Die
2448 Zusammenarbeit der EU-Staaten bei Verstößen gegen Produktsicherheit und Verbraucher-
2449 rechte, sei es bei belastetem Spielzeug oder bei Verstößen gegen Fahrgastrechte im grenz-
2450 überschreitenden Flug- oder Bahnverkehr, werden wir vorantreiben. Das deutsche GS-
2451 Prüfzeichen „Geprüfte Sicherheit“ wollen wir erhalten und nach seinem Vorbild ein freiwill-

2452 liges europäisches Sicherheitszeichen einführen.

- 2453
- 2454 • Sichere Lebensmittel haben für uns Priorität. Wir wollen die Lebensmittelsicherheit verbessern, ohne den bürokratischen Aufwand zu steigern. Das Qualitäts- und Sicherheitsbewusstsein über die gesamte Lebensmittelkette bis hin zum Verbraucher muss noch stärker entwickelt werden. Wir setzen auf den Ausbau privatwirtschaftlich organisierter Qualitätssicherungssysteme und ihre Verzahnung mit der staatlichen Lebensmittelkontrolle.
- 2455
- 2456 Wir werden die Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen weiter intensivieren
- 2457 und ein Frühwarnsystem einrichten.
- 2458
- 2459
- 2460
- 2461
- 2462 • Wir wollen die Menschen unterstützen, sich gut zu ernähren. Die Initiative „IN FORM für gesunde Ernährung und mehr Bewegung“ werden wir fortsetzen. Wir werden in diesem Rahmen auch Programme für Menschen und Bevölkerungsgruppen entwickeln, die bisher kaum Zugang zu gesundheitsförderlichen Angeboten haben.
- 2463
- 2464
- 2465
- 2466
- 2467 • Eine klare Lebensmittelkennzeichnung ist uns wichtig. Wir setzen uns für übersichtliche Informationen auf der Verpackung über Nährwerte, Inhaltsstoffe und Abdeckung des Tagesbedarfs auf der Grundlage einheitlicher Bezugsgrößen ein. Wir werden zudem die Transparenz bei der Herkunftskennzeichnung verbessern. Das gilt auch für das Biosiegel. Unser Ziel ist eine verbindliche nationale Herkunftskennzeichnung in Abgrenzung vom Verarbeitungsort. Mit mehr Klarheit bei Zutatenlisten und Bezeichnungen wollen wir verhindern, dass dem Verbraucher beispielsweise Käse oder Milchprodukte vorgespiegelt werden, die gar keine sind. Im Falle einer weiteren Umgehung der zugrunde liegenden Regelungen ohne eine entsprechende eindeutige Kennzeichnung werden wir eine verschärfte Kennzeichnungspflicht auf europäischer Ebene einfordern.
- 2468
- 2469
- 2470
- 2471
- 2472
- 2473
- 2474
- 2475
- 2476
- 2477
- 2478 • Wir wollen den Verbrauchern nachhaltigen Konsum einfach machen. Sie sollen mehr Informationen darüber erhalten, unter welchen Bedingungen die Lebensmittel produziert wurden (Zweites Preisschild). Dabei setzen wir vorrangig auf freiwillige Siegel, die internationale Sozial- und Nachhaltigkeitsstandards wiedergeben und die Entwicklung glaubwürdiger Kennzeichnungen für umwelt- und klimafreundliche Produkte.
- 2479
- 2480
- 2481
- 2482
- 2483
- 2484 • Wir wollen, dass Verbraucher besser vor vermeidbaren Verlusten und falscher Finanzberatung geschützt werden. Dafür haben wir bereits das Beratungsprotokoll verpflichtend gemacht und die Verjährungsfristen verlängert. Wir werden darüber hinaus einheitliche Regelungen für alle Vermittler schaffen. Sie müssen ihre Qualifikation nachweisen und eine Berufshaftpflichtversicherung haben. Kein Produkt und kein Anbieter von Finanzprodukten soll sich mehr der staatlichen Finanzaufsicht entziehen können. Die Finanzaufsicht soll in Zukunft auch im Interesse der Verbraucher tätig sein. Wir werden die Transparenz von Finanzprodukten erhöhen. Die Kunden müssen die wesentlichen Bestandteile einer Kapitalanlage, sämtliche Kosten und Provisionen, das Risiko und die Verfügbarkeit von Finanzprodukten schnell erkennen können. Wir werden für eine eindeutige Kennzeichnung und knappe aussagekräftige Produktinformation sorgen.
- 2485
- 2486
- 2487
- 2488
- 2489
- 2490
- 2491
- 2492
- 2493
- 2494
- 2495
- 2496 • Damit die Verbraucher die Möglichkeiten des Internets, der Telekommunikation und des elektronischen Geschäftsverkehrs nutzen können, setzen wir uns national und international für fairen Zugang, Datensicherheit sowie Schutz vor Belästigungen und Betrügereien ein. Wir werden Bürgerportale und fälschungssichere E-Mail-Verbindungen zur sicheren Kommunikation im Internet voranbringen. Bei der Einführung von Funkerkennungsetiketten (RFID) gewährleisten wir den Datenschutz. Gleichzeitig werden wir die Bürger, insbesondere die Jugendlichen, verstärkt für einen verantwortlichen Umgang mit persönlichen Da-
- 2497
- 2498
- 2499
- 2500
- 2501
- 2502

2503 ten sensibilisieren. Kriminellen Datenhandel werden wir ahnden.

- 2504
- 2505 • Wir werden die Transparenz über die Qualität von Anbietern im Grenzbereich Gesundheit-
2506 Schönheit-Wohlfühlen steigern und für notwendige Schutzregelungen und Mindestqualitäts-
2507 standards sorgen. Verbraucherschutz wird zu einem immer wichtigeren Handlungsfeld im
2508 Gesundheitsbereich.

2509
2510

2511 **IV In Sicherheit und Freiheit leben**

2512
2513 Die Menschen in Deutschland wollen frei und sicher leben. Freiheit und Sicherheit schließen
2514 sich nicht aus, sondern bedingen einander. CDU und CSU wollen, dass Deutschland eines der
2515 sichersten Länder der Welt bleibt. Sicherheit ist eine Voraussetzung für Freiheit. Recht und Ord-
2516 nung durchsetzen und die Freiheit der Bürger schützen – diese Ziele bringt eine bürgerliche Poli-
2517 tik in ein vernünftiges Gleichgewicht. Denn nur wer keine Angst hat, kann in Freiheit leben. Die
2518 Verhinderung von Straftaten, der Schutz vor Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ord-
2519 nung sowie die Aufklärung und Ahndung von Verbrechen und Vergehen sind unabdingbare Vor-
2520 aussetzungen für ein friedliches Zusammenleben der Bürger und das Vertrauen in den Staat.

2521

2522 **IV.1 Freiheit und Sicherheit für die Bürger**

2523
2524 Deutschlands Sicherheitsbehörden leisten hervorragende Arbeit und genießen bei den Bürgern
2525 ein hohes Maß an Vertrauen. Wir erleben heute neue Formen von Bedrohung. Terrorismus und
2526 organisierte Kriminalität gehören zu den größten dieser Bedrohungen. Sie stehen im Wider-
2527 spruch zu Freiheit und Sicherheit und damit zu den höchsten Werten, die unser Grundgesetz prä-
2528 gen. Deutschland ist Teil eines weltweiten Gefahrenraums. Darauf müssen wir uns einstellen.
2529 Nur so kann der Rechtsstaat Freiheit und Sicherheit seiner Bürger auch künftig schützen und
2530 bewahren. Die Unterschiede zwischen innerer und äußerer Sicherheit sind angesichts der heuti-
2531 gen Bedrohungen unscharf. Wir wollen Wege finden, wie alle Potenziale und Mittel der inneren
2532 und äußeren Sicherheit optimal genutzt werden können, um Bedrohungen wirksam ab zuwehren.
2533 In besonderen Gefährdungslagen muss ein Einsatz der Bundeswehr im Innern mit ihren spezifi-
2534 schen Fähigkeiten im Katastrophenschutz sowie bei der Bewältigung terroristischer Gefahren
2535 ergänzend zu Länder- und Bundespolizei im Rahmen festgelegter Grenzen möglich sein. Hierfür
2536 sind klare Rechtsgrundlagen zu schaffen. Die strikte Trennung von Polizei und Militär muss da-
2537 bei gewahrt bleiben.

2538
2539 CDU und CSU sorgen bestmöglich für Sicherheit im Alltag und für Sicherheit vor Ort. Wir wol-
2540 len, dass sich alle Bürger auf Straßen und Plätzen, in Bussen und Bahnen, auf Bahnhöfen zu je-
2541 der Tages- und Nachtzeit ohne Angst vor Verbrechen frei bewegen können. In allen öffentlichen
2542 Räumen muss durch präventive Stadtgestaltung, bessere Beleuchtung, den verstärkten Einsatz
2543 von Videokameras an Brennpunkten und präventives Sozialmanagement Verwahrlosung, Graffi-
2544 ti-Schmierereien, Vandalismus, Diebstählen, Wohnungseinbrüchen sowie Gewalt vorgebeugt
2545 werden. Es darf keine rechtsfreien, sondern nur angstfreie Räume geben.

- 2546
- 2547 • Wir wollen die Leistungsfähigkeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften und die Effektivität
2548 der Strafverfahren wo nötig verbessern. Bagatellisierung von Kriminalität ist der falsche
2549 Weg. Das Rechtsbewusstsein nimmt erheblichen Schaden, wenn Delikte nur deshalb nicht
2550 strafrechtlich verfolgt werden, weil sie massenhaft begangen werden. Hemmschwellen wer-
2551 den so gesenkt, Rechtsbrecher ermutigt und kriminelle Karrieren begünstigt. Wer Recht
2552 bricht und sich damit gegen die Werteordnung unserer Gesellschaft stellt, muss mit konse-
2553 quenter Verfolgung und zügiger Bestrafung rechnen.

- 2554
2555
2556
2557
2558
2559
- Wir werden die Bürger vor rückfälligen Straftätern wirksamer schützen. Bestehende Lücken bei der Sicherungsverwahrung werden wir daher schließen. Opferschutz geht vor Täterschutz. Wir wollen die Identifizierung von Kriminellen durch den „genetischen Fingerabdruck“ deutlich verbessern.
- 2560
2561
2562
2563
2564
2565
2566
2567
2568
2569
2570
2571
- CDU und CSU setzen Vertrauen in Polizei und Justiz. Eine „sichtbare“ Polizei verstärkt das Sicherheitsgefühl der Bürger, gerade auch der älteren Bürger. Um das bestmögliche Ergebnis im Kampf gegen Kriminalität, Gewalt und Terror zu erzielen, muss die Polizei personell, organisatorisch und technisch, insbesondere im Bereich der Informationstechnologie, handlungsfähig sein. Unser Ziel ist es daher, als Bund unseren Beitrag für einen zeitgemäßen Technologiestandard für ganz Deutschland zu leisten. Dafür wollen wir Sorge tragen. Wir wollen gezielt noch mehr Interessenten mit Migrationshintergrund für den Polizeiberuf gewinnen. Sie sind wichtige „Brückenbauer“. Ihrer beruflichen Aufgabe im Dienst der Allgemeinheit werden gerade auch Polizisten zur Zielscheibe von Gewalt. Die Angehörigen solcher Berufe verdienen unseren Schutz. Der Respekt für ihre wichtige Arbeit gebietet es, den Strafanspruch des Staates in solchen Fällen konsequent zur Geltung zu bringen.
- 2572
2573
2574
2575
2576
2577
2578
2579
2580
2581
2582
- CDU und CSU wollen Sicherheit aktiv gestalten, gedeihliches Zusammenleben fördern und Sozialverträglichkeit stärken. Unsere vorausschauende Politik richtet ihren Fokus darauf, unseren freiheitlich demokratischen Verfassungsstaat so zu gestalten, dass sich so viele Menschen wie möglich dieser Gesellschaft zugehörig fühlen. Je besser dies gelingt, desto weniger Menschen rutschen in Gewalt und Extremismus ab. Wir werden daher Angebote stärken, die bereits im Vorfeld Gewalt- und Kriminalitätskarrieren oder das Abgleiten in Extremismus verhindern. Unsere Politik des gesellschaftlichen Zusammenhalts unterstützt mit einer breit angelegten Förderung vielfältige Initiativen. Dies ist entscheidend für eine lebendige Demokratie, ein friedliches Zusammenleben und damit letztlich auch für die Vorbeugung von Straftaten.
- 2583
2584
2585
2586
2587
2588
2589
- Kinder- und Jugendkriminalität nimmt immer brutalere Formen an. Die Täter werden immer jünger. Kinder- und Jugendkriminalität können nur dann wirkungsvoll bekämpft werden, wenn Prävention, Strafverfolgung, Strafvollstreckung und Opferschutz konzeptionell zusammen wirken. Der Rechtsstaat muss wachsam bleiben, falls erforderlich gesetzlich nachjustieren und entschlossen mit jungen Straftätern umgehen. Dazu gehört auch, dass Sanktionen rasch spürbar sein müssen.
- 2590
2591
2592
2593
2594
2595
2596
2597
2598
2599
2600
2601
2602
- Wir wollen, dass das Jugendstrafrecht differenziertere Sanktionen vorsieht, um noch besser auf den einzelnen Täter einwirken zu können. CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass neben einer zur Bewährung ausgesetzten Jugendstrafe die Anordnung eines „Warnschussarrests“ möglich ist. Jugendliche Straftäter müssen frühzeitig - nicht erst nach einer langen kriminellen „Karriere“ - mit einem therapeutischen Gesamtkonzept ein Leben mit fester Struktur und Respekt vor Anderen lernen. Um die Verantwortung für das eigene Handeln bewusst zu machen, sind Jugendliche stärker zur Wiedergutmachung zu verpflichten. Für Täter ab einem Alter von 18 Jahren wollen wir bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres die Anwendung des Erwachsenenstrafrechts zum Regelfall, das Jugendstrafrecht zur Ausnahme machen. Wir treten dafür ein, das Fahrverbot oder die Verhinderung des Erwerbs eines Führerscheins als eigenständige Sanktion im Jugendstrafrecht zu verankern und den Anwendungsbereich auf alle Arten von Straftaten zu eröffnen.
- 2603
2604
- Für uns steht fest: Es darf nichts unversucht bleiben, insbesondere unsere Kinder mit allen rechtsstaatlich zulässigen Möglichkeiten zu schützen. Wir wollen Wertungswidersprüche im

- 2605 Sexualstrafrecht bereinigen und den Kindesmissbrauch grundsätzlich wieder als Verbrechen
2606 bestrafen.
2607
- 2608 • Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Wo es angesichts der geringen Schwere von Strafta-
2609 ten vertretbar ist, soll eine Selbstregulierung greifen. Wir möchten nach britischem und fran-
2610 zösischem Vorbild Rechtsverletzungen effektiv unterbinden, indem die Vermittler von Inter-
2611 netzugängen Rechtsverletzer verwarnen und nötigenfalls ihre Zugänge sperren. Wir werden
2612 auf den Ausbau der internationalen Zusammenarbeit gegen Internet-Kriminalität drängen. In
2613 Deutschland treten wir für eine stärkere Bündelung der Aktivitäten im Kampf gegen Internet-
2614 Kriminalität ein. Bundeskriminalamt, Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
2615 und die entsprechenden Einrichtungen der Länder sind hierfür personell und technisch weiter
2616 zu stärken. Die Bemühungen um die Aufklärung der Nutzer und die Verbesserung der Me-
2617 dienkompetenz müssen intensiviert werden.
2618
 - 2619 • CDU und CSU sind für Datenschutz mit Augenmaß. „Schwarzhandel“ mit Adressen, Dieb-
2620 stahl von Daten bis hin zu illegalen Kontoabbuchungen sind die negativen Begleiterschei-
2621 nungen der legalen Nutzung von Kundendaten. Der Bürger muss darauf vertrauen können,
2622 dass seine Daten vor Missbrauch geschützt sind. Deshalb darf die Weitergabe von Kunden-
2623 daten nur mit seiner Zustimmung erfolgen.
2624
 - 2625 • Für uns gilt: Wer in Deutschland lebt, muss sich auch an unsere Regeln halten. Zur Abwehr
2626 der Gefahren durch kriminelle Ausländer und durch Terrorismusverdächtige wollen wir das
2627 Ausweisungsrecht konsequent vereinfachen. Ausländer müssen bereits bei einer Gefängnis-
2628 strafe von mindestens einem Jahr ohne Bewährung ausgewiesen werden können. Dies soll
2629 auch bei ausländischen jugendlichen Intensivtätern möglich sein. Ein Aufenthaltstitel soll bei
2630 einer rechtskräftigen Verurteilung wegen vorsätzlicher Straftaten zu mehr als drei Jahren
2631 Freiheitsstrafe kraft Gesetzes erlöschen. Ein neuer Ausweisungstatbestand soll für massiv in-
2632 tegrationsfeindliches Verhalten geschaffen werden – wie etwa die Erziehung zur Gewalt oder
2633 die Misshandlung Schutzbefohlener.
2634
 - 2635 • CDU und CSU halten eine nationale Visa-Einlader- und Warndatei für dringend geboten, um
2636 Visummissbrauch effektiv zu bekämpfen. Gefälschte und erschlichene Visa für Deutschland
2637 und Europa werden von der Organisierten Kriminalität in großer Zahl eingesetzt, um vielfäl-
2638 tige Delikte bis hin zu Menschenhandel und Zwangsprostitution zu begehen. Auch besteht
2639 die Gefahr, dass so Terrorgruppen Täter einschleusen.
2640
 - 2641 • CDU und CSU setzen für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger auf verstärkte europäi-
2642 sche Zusammenarbeit. EUROPOL muss als Kompetenzzentrum für Informationen und koor-
2643 dinierende Unterstützung weiter entwickelt werden. Wir werden die grenzüberschreitende
2644 polizeiliche Zusammenarbeit zum Schutz der Außengrenzen der EU weiter ausbauen. Für eu-
2645 ropaweit abrufbare Fahndungsausschreibungen und den notwendigen Abgleich von Ermitt-
2646 lungsdaten werden wir die Entwicklung einer europäischen Strategie zum Informationsaus-
2647 tausch voranbringen. Dabei sind Datenschutzinteressen mit dem Interesse an einer wirksa-
2648 men Kriminalitätsbekämpfung in Einklang zu bringen. Datenschutz darf aber nicht zum Tä-
2649 terschutz werden.
2650
 - 2651 • Wir treten Extremisten aller Art entschlossen entgegen. Die wehrhafte Demokratie darf auf
2652 keinem Auge blind sein. Es darf in Deutschland keine Landstriche, keine Stadtviertel und
2653 keine Plätze geben, in denen Extremisten das Sagen haben. Recht und Freiheit dürfen Un-
2654 recht und Willkür nirgendwo weichen. Dafür wollen wir Sorge tragen. Hysterie und Vorver-
2655 urteilung sind ebenso falsche Reaktionen wie Ignoranz und Verharmlosung. Wir stehen für

2656 eine konsequente Verfolgung und Ahndung extremistischer Straftaten. Wir dulden keine Zu-
2657 sammenarbeit mit Extremisten. Vielmehr muss der Schutz unseres Grundgesetzes de-
2658 mokratischer Konsens sein. CDU und CSU unterstützen weiterhin die Beobachtung extre-
2659 mistischer Gruppierungen und Organisationen durch den Verfassungsschutz.

- 2660
- 2661 • Der Umfang rechtsextremistischer Straftaten ist zunehmend besorgniserregend. Die Ur-
2662 sachen für rechtsextremistische Einstellungen zu beheben, ist erklärtes Ziel von CDU und
2663 CSU. Nur durch langfristiges Engagement und nachhaltige Prävention wird die Ausbreitung
2664 rechtsextremistischen Gedankenguts verhindert. Hierzu gehört die Stärkung der Bürgerge-
2665 sellschaft. Wir werden die Unterstützung der bürgerschaftlichen Projekte, die Arbeit der de-
2666 mokratischen politischen Nachwuchsverbände im Ring Politischer Jugend (RPJ) und Aus-
2667 steigerprogramme gegen Extremismus weiterentwickeln und dabei Schwerpunkte in gefähr-
2668 deten Regionen setzen. Ausstiegsprojekte werden wir konsequent weiter fördern.
 - 2669
 - 2670 • Auch Linksextremisten sind erklärte Gegner unserer freiheitlich demokratischen Staats- und
2671 Gesellschaftsordnung. Die Gefahr linksextremistischer Straftaten wird in der Öffentlichkeit
2672 unterschätzt. Wir halten an der Beobachtung der extremistischen Strukturen in der Partei
2673 „DIE LINKE“ durch den Verfassungsschutz fest.
 - 2674
 - 2675 • Wachsamkeit ist auch gegenüber dem Extremismus islamistischer Gruppen geboten, der sich
2676 regelmäßig mit Antisemitismus verbindet. Wir werden nicht zulassen, dass Deutschlands
2677 freiheitliche Grundordnung durch islamistische, an der Scharia orientierte Ordnungsvorstel-
2678 lungen ausgehöhlt wird. Wir werden für eine konsequentere Überwachung und Sanktionie-
2679 rung antisemitischer und antiwestlicher Propaganda in islamistischen Zeitungen, Büchern
2680 und Webseiten sorgen.
 - 2681
 - 2682 • Der öffentliche Raum darf kein Raum der Gewalt sein. Der Staat muss der durch Extremisten
2683 ausgeübten Gewalt wie der alljährlich anlässlich des 1. Mai in Berlin mit aller Entschlossen-
2684 heit entgegentreten. Gegenüber gewaltbereiten Chaoten darf es keine Deeskalationsstrategie
2685 des Staates geben, die dazu führt, dass die Gesundheit unserer Polizeibeamten auf unverant-
2686 wortliche Weise aufs Spiel gesetzt wird.
 - 2687
 - 2688 • Die beste Prävention gegen extremistische Ideologien ist die Stärkung der Demokratie. Des-
2689 halb müssen wir die politische Bildung, die schulische Bildung und die gesellschaftliche
2690 Aufklärung über alle Formen des Extremismus verstärken. Wir werden uns dafür einsetzen,
2691 der Extremismusbekämpfung und der Vermittlung demokratischer Werte und Streitkultur in
2692 Arbeit der Zentralen für politische Bildung ein weiterer Raum gegeben wird.

2693

2694 **Recht sichert Freiheit - Für einen starken Rechtsstaat**

2695 Unsere Rechtsordnung garantiert Freiheit, Eigentum und soziale Sicherheit der Bürgerinnen und
2696 Bürger. Die hervorragende Arbeit der deutschen Justiz schafft Rechtssicherheit und gewährleis-
2697 tet so, dass Jeder seine Rechte auch durchsetzen kann. So entsteht Vertrauen in unseren Staat.
2698 Für die deutsche Wirtschaft ist dies ein entscheidender Standortvorteil im globalen Wettbewerb.
2699 Auch das deutsche Recht hat im weltweiten Vergleich Vorbildfunktion. CDU und CSU werden
2700 dafür sorgen, dass das deutsche Rechtssystem im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, aber
2701 auch der Unternehmen, die im globalen Wettbewerb stehen, fortentwickelt und unsere Justiz
2702 weiter gestärkt wird.

- 2703
- 2704 • In der Globalisierung stehen auch Recht und Rechtspflege in einem internationalen Wettbe-
2705 werb. Wertvorstellungen und Lösungen des deutschen Rechts wollen wir europaweit und
2706 weltweit offensiv vertreten. Dies gilt umso mehr, als sich immer mehr Länder am deutschen

2707 Recht orientieren.

- 2708
- 2709 • Wir werden das bewährte deutsche Zivilrechtssystem behutsam in den europäischen Bin-
2710 nenmarkt hinein weiterentwickeln. Eine Übernahme strukturfremder Rechtsfiguren aus dem
2711 anglo-amerikanischen Recht, wie z. B. Sammelklagen, lehnen wir ab.
 - 2712
 - 2713 • Wir wollen einen umfassenden Datenschutz garantieren. Wir wollen keine unnötigen Daten-
2714 mengen speichern und kämpfen gegen den „Gläsernen Bürger“. Das Gebot der Verhältnis-
2715 mäßigkeit muss stets gewahrt bleiben.
 - 2716
 - 2717 • Einheit vollenden bedeutet auch den Rechtsfrieden mit den Menschen herstellen, denen Ent-
2718 schädigungsansprüche zugesprochen sind. Diese müssen unverzüglich auf der Basis der An-
2719 fang der neunziger Jahre getroffenen Regelungen erfüllt werden. Die durch den Zeitablauf
2720 eingetretenen Änderungen dürfen nicht zu Lasten der Betroffenen gehen. Fristen müssen an-
2721 gepasst werden.
 - 2722
 - 2723 • Der Bürger muss das Recht verstehen können, wenn er es befolgen soll. Wir fordern ein
2724 übersichtlicheres und verständlicheres Recht. CDU und CSU wollen, dass Gesetze und Be-
2725 scheidende der Verwaltung in einer für den Bürger verständlichen Sprache verfasst werden. Wir
2726 fordern die konsequente Umsetzung der Grundsätze der „besseren Gesetzgebung“ in
2727 Deutschland und der EU.
 - 2728

2729 **IV.2 Internationale Sicherheit festigen**

2730

2731 CDU und CSU stehen für die weltweite Anerkennung der Menschenwürde, für Freiheit und
2732 Frieden, für Freundschaft mit unseren Nachbarn und für Bündnistreue und das Eintreten für die
2733 Interessen Deutschlands. Wir sind mit unserer Außen- und Sicherheitspolitik einer großen Tradi-
2734 tion verpflichtet und haben die Fundamente der erfolgreichen deutschen Außen- und Sicher-
2735 heitspolitik gelegt. Die Bundeswehr leistet dazu mit ihren Soldatinnen und Soldaten einen unver-
2736 zichtbaren Beitrag. Die Werte des Grundgesetzes, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger,
2737 die Interessen und die globale Verantwortung Deutschlands und Europas müssen die Maßstäbe
2738 deutscher Außen- und Sicherheitspolitik sein.

2739

2740 Die großen Herausforderungen der Zukunft – die Gestaltung der Globalisierung und die Verhin-
2741 derung von Wirtschaftskrisen, die Begrenzung des Klimawandels und die Sicherung der Ener-
2742 gieversorgung oder die Bewältigung von Migrationsproblemen und die Verhinderung von Terror
2743 – kann kein Staat alleine meistern. Ein sicheres Leben in Deutschland ist auf gute Nachbarschaft
2744 und stabile Partnerschaften angewiesen. Es ist unsere Verantwortung, dies für die Zukunft zu
2745 sichern. Wer auf Partner angewiesen ist, muss auch selbst solidarisch handeln. Deshalb kommt
2746 Deutschland seinen Bündnispflichten nach und leistet im Rahmen der Vereinten Nationen und
2747 der OSZE, der NATO und der Europäischen Union einen aktiven Beitrag zur Wahrung des in-
2748 ternationalen Friedens und der Sicherheit.

- 2749
- 2750 • Wir werden jede Chance nutzen, gemeinsam mit dem neuen US-Präsidenten die transatlanti-
2751 sche Partnerschaft zu festigen. Europa und Amerika stützen sich auf ein Fundament gemein-
2752 samer Werte. Die transatlantischen Partner können zur Lösung der Probleme der Welt weit
2753 mehr erreichen, wenn sie effektiv zusammenwirken. Wir wollen im Rahmen der transatlanti-
2754 schen Wirtschaftspartnerschaft Handelshemmnisse abbauen und langfristig einen transatlan-
2755 tischen Markt schaffen. Von entscheidender Bedeutung ist dabei eine Harmonisierung der
2756 Importstandards. In Anlehnung an den europäischen Binnenmarkt wollen wir so den transat-
2757 lantischen Handel und die Investitionsbeziehungen fördern. Wir wollen eine deutsch-

2758 amerikanische Initiative zur Energieeffizienz starten, um unabhängiger von Energieträgern
2759 wie Öl und Gas zu werden. Damit können wir Schwellenländern glaubwürdig gegenübertreten
2760 und diese für ein Kyoto-Plus-Abkommen gewinnen.
2761

- 2762 • Wir bekennen uns zur NATO und werden uns für ein neues strategisches Konzept der NATO
2763 einsetzen, das auf die sicherheitspolitischen Veränderungen angemessen antwortet. Es muss
2764 einen neuen Konsens über Risiken, Bedrohungen, Aufgaben und Reichweite des Bündnisses
2765 stiften. Die zentrale Verpflichtung ist und bleibt die kollektive Verteidigung der Mitglieder
2766 des Bündnisses – auch wenn Einsätze zur Sicherung von Frieden, Freiheit und Stabilität den
2767 Schwerpunkt der aktuellen Aufgaben bilden. Die NATO soll für neue Mitglieder weiterhin
2768 offen sein, die die Werte des Bündnisses und seiner Mitgliedstaaten teilen und deren Auf-
2769 nahme mehr Sicherheit für alle Mitgliedstaaten bringt. Wir werden zu einer gemeinsamen
2770 strategischen Kultur von NATO und EU und einer besseren Zusammenarbeit beider Organi-
2771 sationen beitragen. Damit wirken wir darauf hin, dass NATO und EU auf der Grundlage ei-
2772 ner pragmatischen Arbeitsteilung ihre zivilen und militärischen Fähigkeiten zur Krisenprä-
2773 vention und Krisenreaktion effizienter nutzen.
2774
- 2775 • Wir werden weltweit konsequent und erkennbar für die Werte einstehen, die Deutschland mit
2776 seinen Partnern verbinden. Deutschland muss eine einflussreiche Stimme für Recht, Freiheit
2777 und Menschenrechte bleiben.
2778
- 2779 • Wir bekennen uns zu der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel. Wir
2780 treten für das Existenzrecht und die Sicherheit Israels ein. Deutschland und Europa haben ein
2781 hohes Interesse an Frieden und Stabilität im Nahen und Mittleren Osten. Unser Ziel ist und
2782 bleibt eine Zweistaaten-Lösung mit einem Israel in dauerhaft sicheren Grenzen und einem
2783 existenzfähigen palästinensischen Staat, die in friedlicher Nachbarschaft leben.
2784
- 2785 • Deutschland und seine europäischen Partner brauchen enge Beziehungen zu Russland – denn
2786 ein Leben in Frieden und ein florierender Handel sind im Interesse aller. Wir setzen auf ein
2787 stabiles und verlässliches Russland, das nach rechtsstaatlichen Prinzipien handelt und seine
2788 Stärke zur internationalen Konfliktlösung und zur Bewältigung globaler Herausforderungen
2789 einbringt. Wir treten für eine zuverlässige, in der Europäischen Union eng abgestimmte E-
2790 nergie-Zusammenarbeit mit Russland auf der Grundlage transparenter und nichtdiskriminie-
2791 render Bedingungen ein.
2792
- 2793 • Wir setzen uns dafür ein, dass die Vereinten Nationen an Handlungsfähigkeit, Stärke und
2794 Effizienz gewinnen – denn die Vereinten Nationen sind unverzichtbar bei der Lösung globa-
2795 ler Probleme. Ihre Stärkung erfordert sowohl interne Reformen als auch eine Weiterentwick-
2796 lung des Völkerrechts. Nur so können die Vereinten Nationen einen effektiveren Beitrag zur
2797 weltweiten Durchsetzung von Freiheit und Menschenrechten leisten. Wir wollen das Ge-
2798 waltmonopol der Staaten stärken und setzen uns für eine strikte Kontrolle und Beschränkung
2799 der Tätigkeit privater Sicherheitsunternehmen ein. Die UN-Konvention gegen Söldnertum
2800 muss erneuert werden.
2801
- 2802 • Wir werden unsere internationale Verantwortung gerecht werden und im Rahmen der Ver-
2803 einten Nationen wirksam und entschlossen gegen Piraterie vorgehen. Denn Schifffahrt
2804 braucht Sicherheit. Wir treten für die Einrichtung eines internationalen Pirateriegerichtshof
2805 ein.
2806
- 2807 • Wir verfolgen weiterhin konsequent das Ziel, Frieden zu schaffen mit immer weniger Waf-
2808 fen. Die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen zu erschweren und eine Weiter-

- 2809 gabe an Terroristen zu verhindern, ist und bleibt Aufgabe deutscher Sicherheitspolitik. Jede
2810 faire und der internationalen Sicherheit dienende Initiative, Nuklearwaffen zu reduzieren und
2811 die konventionellen Streitkräfte zu begrenzen, werden wir unterstützen. Eine Vereinbarung
2812 über eine drastische Reduzierung der Nuklearpotentiale eröffnet die Aussicht, das Nicht-
2813 verbreitungsregime zu stärken und das Streben weiterer Staaten in den Kreis der Nuklear-
2814 mächte zu stoppen. Die Überprüfungs- und Verifikationsinstrumente der Internationalen A-
2815 tomenergieorganisation gilt es zu stärken.
2816
- 2817 • Wir wollen die Gefahr bannen, dass von Afghanistan Instabilität und Terror auf andere Teile
2818 der Welt ausstrahlen – auch auf Europa und Deutschland. Deshalb leisten wir einen Beitrag,
2819 damit Afghanistan selbst für seine und damit unsere Sicherheit sorgen kann. Dies erfordert
2820 die Bereitschaft zu nachhaltiger Ausbildung und Unterstützung des afghanischen Sicherheits-
2821 sektors (Armee, Polizei und Justiz) und zum zivilen Wiederaufbau. Die Schaffung tragfähiger
2822 staatlicher Strukturen ist die Voraussetzung für eine spätere Reduzierung und schließlich
2823 zur Beendigung unseres militärischen Engagements. Militärische Sicherheitspräsenz und zi-
2824 viler Aufbau sind untrennbar voneinander abhängig. Ohne Sicherheitspräsenz ist kein Wie-
2825 deraufbau, ohne Erfolge beim Wiederaufbau keine Reduzierung der Sicherheitspräsenz mög-
2826 lich. Dem Ansatz der „vernetzten Sicherheit“ muss auch durch eine enge Koordination der
2827 am Afghanistan-Engagement beteiligten Bundesressorts Rechnung getragen werden.
2828
 - 2829 • Wir stehen zum Dienst unserer Soldatinnen und Soldaten und zollen ihrer Leistung hohen
2830 Respekt. Deutschland braucht eine leistungsfähige Bundeswehr. Im Konzept vernetzter Si-
2831 cherheit ist die Bundeswehr ein unverzichtbares Instrument sowohl für die Landes- und
2832 Bündnisverteidigung als auch für internationale Krisenvorsorge und Krisenbewältigung.
2833
 - 2834 • Das Leitbild „Bürger in Uniform“ ist und bleibt Markenzeichen der Bundeswehr als Armee
2835 in der Demokratie. Die Wehrpflicht als „legitimes Kind“ der Demokratie ist auch angesichts
2836 der neuen Bedrohungen der Sicherheit unseres Landes zukünftig notwendig. Sie ist ein wich-
2837 tiges Instrument der Sicherheitsvorsorge. Die Wehrpflicht verbindet Bundeswehr und Gesell-
2838 schaft. Wir wollen jedoch für mehr Wehrgerechtigkeit sorgen und die Wehrpflicht attraktiver
2839 gestalten. Den Zivildienst wollen wir als Ersatzdienst erhalten. Er hat große sozial- und ju-
2840 gendpolitische Bedeutung.
2841
 - 2842 • Für uns steht fest: Die Soldatinnen und Soldaten müssen die bestmögliche Ausrüstung, Aus-
2843 bildung und Betreuung zur Vorbereitung, zur Durchführung und nach ihren Einsätzen erhal-
2844 ten. Dafür müssen der Bundeswehr ausreichend Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden.
2845 Dies gilt auch für die Gewinnung qualifizierten Personals und für attraktive Rahmenbedin-
2846 gungen des Dienstes. Die deutsche wehrtechnische Industrie hat hohe Bedeutung – sowohl
2847 im Hinblick auf ihre technologische Leistungsfähigkeit wie auch ihre hochqualifizierten Ar-
2848beitsplätze. Bei internationaler und europäischer Kooperation muss der deutsche Einfluss er-
2849 halten bleiben.
2850
 - 2851 • Die Bundeswehr muss wichtige Interessen unseres Landes und seiner Partner verteidigen und
2852 dabei auch in geografisch weiter Entfernung zum Einsatz kommen können. Die personellen,
2853 militärischen und finanziellen Ressourcen der Bundeswehr sind begrenzt. Die Entscheidung
2854 über Auslandseinsätze treffen wir unter Beteiligung des Bundestages nach den Werten und
2855 Interessen Deutschlands und im Lichte unserer internationalen Bündnisverpflichtungen. Aus-
2856 landseinsätze müssen in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz und dem Völkerrecht erfol-
2857 gen und der Bewahrung oder Wiederherstellung des Friedens und der internationalen Sicher-
2858 heit dienen. Einsätze müssen eindeutig definierte, erreichbare Ziele verfolgen. Die Bundes-

2859 wehr muss einen glaubwürdigen Beitrag dazu leisten können, diese Ziele zu erreichen. Der
2860 Einsatz muss in seinen Risiken berechenbar sein.

2861

2862 **IV.3 Konsequent für Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit**

2863

2864 Für CDU und CSU basieren Entwicklungspolitik und das Engagement für die Menschenrechte
2865 auf unserem christlichen Menschenbild und sind Ausdruck unserer wertegebundenen Politik.

2866 Wir bekennen uns zur Unteilbarkeit der Menschenrechte. Unsere Entwicklungspolitik lässt sich
2867 von drei Prinzipien leiten: der Verantwortung für die Menschen in Not, und für die Schöpfung,
2868 der Abwehr globaler Risiken und der Stärkung unserer weltweiten Partnerschaften, von denen
2869 Deutschland auf vielfältige Weise profitiert.

2870

2871 Entwicklungspolitik ist für uns keine Einbahnstraße, sondern eine strategische Partnerschaft. Sie
2872 dient sowohl den Interessen der Empfängerländer als auch Deutschlands. Im Zeitalter der Globa-
2873 lisierung ist jedes Land unser Nachbar. Diese Tatsache muss zukünftig in jedem Politikfeld be-
2874 rücksichtigt werden. Entwicklungspolitik, die Armut bekämpft und damit Migrationsdruck min-
2875 dert, die Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fördert, die zum Frieden beiträgt
2876 und Stabilität schafft, die Klima- und Umweltschutz zum Ziel hat und die den Außenhandel flan-
2877 kiert, dient zugleich Deutschland und seiner Sicherheit.

2878

2879 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, transparente und gute Regierungsführung sowie die Orientie-
2880 rung am Modell der Sozialen Marktwirtschaft sind die besten Voraussetzungen, damit Entwick-
2881 lungszusammenarbeit im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe wirken kann. Entwicklung ist die urei-
2882 gene Verantwortung der Entwicklungsländer selbst. Deshalb fordern und fördern wir Subsidiari-
2883 tät und Eigenverantwortung in den Entwicklungsländern. Insbesondere wirken wir auf Rahmen-
2884 bedingungen hin, die privatwirtschaftliche Initiativen in Entwicklungsländern stärken.

2885

2886 • Menschenrechtspolitik und Entwicklungspolitik gehören zusammen und müssen eng aufein-
2887 ander abgestimmt werden. Bei der Mittelvergabe in der Entwicklungszusammenarbeit müs-
2888 sen gute Regierungsführung und Fortschritte im Bereich der Menschenrechte maßgebliche
2889 Kriterien sein. Ein besonderes Anliegen ist uns die Unterstützung von Menschen, die sich
2890 weltweit in friedlicher Weise für den Schutz der Menschenrechte einsetzen.

2891

2892 • Wir wollen die internationale Arbeitsteilung zwischen den Geberländern – auch in der EU –
2893 weiter verbessern. Dies bedeutet aber nicht, unkritisch jedem internationalen Trend – wie et-
2894 wa der direkten Budgethilfe – zu folgen und bewährte deutsche Grundsätze der Entwick-
2895 lungspolitik aufzugeben. Zudem werden wir – nicht zuletzt durch eine konsequente Perso-
2896 nalpolitik – verstärkt dafür Sorge tragen, dass die deutsche Stimme in internationalen Ent-
2897 wicklungsorganisationen auch dem Gewicht unserer finanziellen Beiträge entspricht. Dem
2898 Gedanken einer nachhaltigen Entwicklungspolitik werden wir künftig in allen internationalen
2899 Verhandlungen und Foren besondere Beachtung beimessen.

2900

2901 • Wir wollen für ein effizientes strategisches Vorgehen sorgen. Dazu wollen wir die entwick-
2902 lungspolitisch relevanten Strukturen des deutschen Außenhandelns optimieren und zu einer
2903 kohärenten Entwicklungspolitik zusammenführen. Wir werden dazu die Entwicklungspolitik
2904 als eigenständiges Politikfeld für die Koordinierung der Aktivitäten Deutschlands in Ent-
2905 wicklungsländern stärken. Die entwicklungspolitischen Instrumente wollen wir effizienter
2906 gestalten. Deshalb werden wir die notwendigen Strukturveränderungen bei staatlichen
2907 Durchführungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit vornehmen. Der bilateralen
2908 Entwicklungszusammenarbeit werden wir wieder größere Bedeutung verschaffen.

2909

- 2910 • Die Stärkung der Effizienz der deutschen Entwicklungszusammenarbeit verlangt eine Kon-
2911 zentration unserer Maßnahmen auf bestimmte Länder und Sektoren. Armutsbekämpfung
2912 bleibt ein Kernanliegen unserer Entwicklungspolitik. Unsere entwicklungspolitischen Ziele
2913 gehen jedoch weit darüber hinaus. Wir werden auf gute Regierungsführung in den Entwick-
2914 lungsländern hinwirken. Nur so können wir in den Schlüsselsektoren unserer Entwick-
2915 lungszusammenarbeit – Wirtschaft und Infrastruktur, Bildung und Gesundheit, ländliche Entwick-
2916 lung, Frieden und Sicherheit, Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz – erfolgreich wirken.
2917 Wir wollen mit moderner Entwicklungspolitik die wirtschaftliche Zusammenarbeit intensi-
2918 vieren. Diese stärkt das Wachstum in Entwicklungsländern. Wir wollen auch die deutsche
2919 Wirtschaft und insbesondere den Mittelstand stärker für die Entwicklungszusammenarbeit
2920 gewinnen. Entwicklungspolitik ist somit eine Politik zum beiderseitigen Nutzen sowie des
2921 gegenseitigen und fairen Interessenausgleichs.
2922
- 2923 • Wir werden die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit und das unverzichtbare zivil-
2924 gesellschaftliche Engagement der Kirchen, Nichtregierungsorganisationen und politischen
2925 Stiftungen ebenso wie die Kooperation mit der deutschen Privatwirtschaft noch enger mit-
2926 einander vernetzen. Das zivilgesellschaftliche Engagement wollen wir fördern, denn die Erst-
2927 verantwortung für die deutsche Entwicklungspolitik liegt bei den Bürgern. Wir wollen in der
2928 Bevölkerung den Gedanken der Solidarität mit Menschen in Not wieder stärken.
2929
- 2930 • Wir stehen zu unseren internationalen Verpflichtungen, die Mittel für die öffentliche Ent-
2931 wicklungszusammenarbeit auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu steigern. Eine
2932 quantitative Erhöhung der Mittel der Entwicklungszusammenarbeit muss aber mit einer Stei-
2933 gerung der Effizienz des entwicklungspolitischen Instrumentariums und der Absorptionsfä-
2934 higkeit in den Entwicklungsländern einhergehen.
2935

2936 **IV.4 Starkes Europa – Sichere Zukunft**

2937
2938 Das vereinte Europa bietet seinen Bürgern alle Möglichkeiten, ihre Zukunftschancen zu verwirk-
2939 lichen und ihr Leben in Frieden und Freiheit zu führen.
2940

2941 CDU und CSU wollen ein starkes und bürgernahes Europa. Wir stehen für den Weg aus der Kri-
2942 se, weil gemeinsames europäisches Handeln international erfolgreicher ist. Wir stehen für kluge
2943 nationale und europäische Interessenwahrnehmung. Und wir stehen für eine gefestigte EU, denn
2944 Europa muss Grenzen haben.
2945

- 2946 • Wir wissen: Eine starke Europäische Union ist die beste Voraussetzung für Wachstum, die
2947 Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen sowie für soziale Sicherheit in unserem Land.
2948 Die Soziale Marktwirtschaft, die wir in Europa und auch international verankern wollen, ist
2949 das beste Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, um diese Ziele zu erreichen und damit unse-
2950 re Zukunft zu sichern. Sie ist die erfolgreiche und menschliche Antwort auf die gescheiterten
2951 Systeme der sozialistischen Planwirtschaft und des ungezügelter Kapitalismus.
2952
- 2953 • Wir wollen im EU-Binnenmarkt Wettbewerb und Verbraucherschutz garantieren und über-
2954 flüssige Bürokratie beseitigen. Es bleibt eine ständige Aufgabe in der EU, Bürokratie zu
2955 vermeiden. Dazu fordern wir, einen grundsätzlichen Bürokratiecheck für europäische Ent-
2956 scheidungen. Die Industrie, kleine und mittlere Unternehmen, landwirtschaftliche Betriebe,
2957 die Freien Berufe und das Handwerk müssen von unnötigen Regulierungen entlastet werden.
2958 Gerade in der aktuellen Krise darf es keine zusätzlichen Belastungen für die Wirtschaft ge-
2959 ben, die Arbeitsplätze gefährden.
2960

- 2961
2962
2963
2964
2965
2966
2967
2968
2969
2970
2971
2972
2973
2974
2975
2976
2977
2978
2979
2980
2981
2982
2983
2984
2985
2986
2987
2988
2989
2990
2991
2992
2993
2994
2995
2996
2997
2998
2999
3000
3001
3002
3003
3004
3005
3006
3007
3008
3009
3010
3011
- Wir stehen für eine starke, handlungsfähige Außen- und Sicherheitspolitik der EU, um unsere Interessen in der Welt des 21. Jahrhunderts erfolgreich vertreten zu können. Sie muss auf einer weiterentwickelten gemeinsamen Sicherheitsstrategie fußen, den Hohen Beauftragten für Außenpolitik stärken sowie die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik einschließlich einer Beistandsverpflichtung ergänzend zur transatlantischen Partnerschaft ausbauen.
 - Wir streben eine langfristige Energiepolitik der Europäischen Union an, die den Einfluss der EU auf den globalen Energiemärkten erhöht. Europa nimmt beim Klimaschutz, der nur gemeinsam erreicht werden kann, eine Vorreiterrolle ein. Das EU-Klimaschutzprogramm ist maßgeblich von CDU und CSU gestaltet worden. Deutschland wird weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung des globalen Klimawandels leisten. Eine einseitige Belastung einiger weniger EU-Staaten und deren Wirtschaft darf es nicht geben.
 - Für uns steht fest: Eine stabile Währung ist Voraussetzung für eine starke Wirtschaft und stabile politische Verhältnisse. Wir stehen für ein Europa der Haushaltsdisziplin und der Beitragsgerechtigkeit sowie Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank. EU-Steuern lehnen wir ab.
 - Wir wollen ein Europa, das sich zu seinen christlich-abendländischen Wurzeln und den Ideen der Aufklärung bekennt und aus ihnen lebt. Wir halten an unserem Ziel fest, dieses Werteverständnis auch mit einem Gottesbezug im EU-Vertrag deutlich zu machen.
 - Die EU muss die Identität der Nationen mit ihren Regionen und Kommunen achten. Deutsch ist die meistgesprochene Muttersprache und eine der drei Verfahrenssprachen der EU. Wir setzen uns daher für die Stärkung der deutschen Sprache in Europa ein, um ihre faktische Benachteiligung in den europäischen Institutionen zu beenden.
 - Wir verlangen, dass gemäß dem Subsidiaritätsprinzip Aufgaben so nah wie möglich bei den Menschen erledigt werden. Brüssel darf sich nicht einmischen, wenn Aufgaben auf bundes-, landes- oder kommunalpolitischer Ebene ausreichend oder besser geregelt werden können. Im Binnenmarkt brauchen wir aber weniger detaillierte Regelungen und mehr Freiraum. Bei künftigen EU-Vertragsänderungen wollen wir überprüfen, ob Kompetenzen von der europäischen Ebene auf die Nationalstaaten zurückverlagert werden können.
 - Wir wissen: Die bisherigen EU-Erweiterungen waren ein Erfolg und im Interesse Deutschlands und Europas. Nach der Erweiterung um zwölf neue Mitgliedstaaten und einem Beitritt Kroatiens muss es eine Konsolidierungsphase im EU-Erweiterungsprozess geben, um die Identität und die Institutionen der EU zu festigen. Für Staaten mit einer europäischen Beitrittsperspektive gilt, dass für die Aufnahme neuer Mitglieder in die Europäische Union das Kriterium der Aufnahmefähigkeit der EU ebenso wichtig ist, wie die vollständige Erfüllung aller politischen und wirtschaftlichen Kriterien durch die Bewerberländer, zu denen insbesondere die Meinungsfreiheit, die Gleichheit von Frau und Mann, der Minderheitenschutz oder die Religionsfreiheit zählen. Die Türkei erfüllt die Voraussetzungen nicht. Wir halten eine privilegierte Partnerschaft anstelle einer Vollmitgliedschaft der Türkei mit der EU für die richtige Lösung.
 - Für die europäischen Nachbarn der EU, die nicht oder noch nicht Vollmitglied werden können, brauchen wir eigene Formen der Zusammenarbeit wie die „östliche Partnerschaft“. Für nicht-europäische Nachbarn brauchen wir im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik maßgeschneiderte Partnerschaftsabkommen ohne Beitrittsperspektive.